



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

**Boliviens und Ecuadors Außenpolitik, mit Schwerpunkt
auf die Beziehungen zu den USA, im Vergleich**

Unter besonderer Rücksichtnahme der Kleinstaatentheorie und ihrer Anwendbarkeit
auf Südamerika

Verfasser:

Mario Kircher

Angestrebter akademischer Grad:

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Uni. Doz. Dr. Gernot Stimmer

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig verfasst habe. Direkt oder indirekt übernommene Gedanken aus anderen Quellen sind eindeutig als solche gekennzeichnet.

Diese Arbeit wurde bisher weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer andern Prüfungsbehörde vorgelegt und bislang nicht veröffentlicht.

Kircher Mario

Wien, am __. __. 2012

DANKSAGUNG

Mein Dank für die Unterstützung bei der Verfassung dieser Diplomarbeit gilt in erster Linie Herrn Univ. Doz. Prof. Stimmer für dessen geduldige Betreuung.

INHALTSVERZEICHNIS

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG	2
DANKSAGUNG	3
INHALTSVERZEICHNIS	4
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	6
1. EINLEITUNG	7
1.1. EINFÜHRUNG	8
1.2. FORSCHUNGSFRAGEN UND METHODEN	9
2. DIE IDEE DES KLEINSTAATS ALS THEORETISCHER HINTERGRUND	13
2.1. GESCHICHTE DER KLEINSTAATENTHEORIE	13
2.2. GRUNDZÜGE DER KLEINSTAATENTHEORIE NACH VÄRYNEN	15
2.2.1. UMLEGUNG DER KLEINSTAATENTHEORIE NACH VÄRYNEN AUF BOLIVIEN UND ECUADOR	18
USA	20
2.3. GRUNDZÜGE DER KLEINSTAATENTHEORIE NACH GESER	22
2.3.1. UMLEGUNG DER KLEINSTAATENTHEORIE NACH GESER AUF BOLIVIEN UND ECUADOR	23
2.4. FAZIT: SIND BOLIVIEN UND ECUADOR KLEINSTAATEN?	25
3. HISTORISCHE HINTERGRÜNDE	26
3.1. HISTORISCHER ABRISS BOLIVIENS	26
3.1.1. BOLIVIANISCHE GEBIETSVERLUSTE	26
3.1.2. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN BOLIVIENS	28
3.1.3. AUßENPOLITISCHE FREMDBESTIMMUNG	34
3.1.4. 2002 BIS 2005: WAS FÜHRTE ZUM WAHLSIEG VON EVO MORALES?	35
3.2. HISTORISCHER ABRISS ECUADORS	39
3.2.1. ECUADORIANISCHE GEBIETSVERLUSTE	40
3.2.2. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN ECUADORS	41
3.2.3. 2002 BIS 2006: WAS FÜHRTE ZUM WAHLSIEG RAFAEL CORREAS?	48
3.3. FAZIT: WELCHE AUSWIRKUNGEN HATTE DIE MACHTÜBERNAHME MORALES UND CORREAS AUF DIE BEZIEHUNGEN ZU BRASILIEN, VENEZUELA UND DEN USA?	52
4. EXKURS: DAS POLITISCHE SYSTEM BOLIVIENS UND ECUADORS	53
4.1. DAS POLITISCHE SYSTEM ECUADORS	53
4.2. DAS POLITISCHE SYSTEM BOLIVIENS	55
5. MILITÄRISCHE AUßENPOLITISCHE BEZIEHUNGEN BOLIVIENS UND ECUADORS	57
5.1. DIE OAS ALS REGIONALES MILITÄRBÜNDNIS	57
5.2. DIE ‚NATO DES SÜDENS‘ ALS ZUKÜNFTIGES, INTERNATIONALES MILITÄRBÜNDNIS?	60
5.3. EXKURS: BEZIEHUNGEN BOLIVIENS UND ECUADORS ZU DEN USA	61
5.3.1. LATEINAMERIKA UND DIE USA: EINE ASYMMETRISCHE BEZIEHUNG	61
5.3.2. BOLIVIEN UND DIE USA: DAS VERHÄLTNIS BIS 2006	65
5.3.3. ECUADOR UND DIE USA BIS 2006	76
5.3.4. FAZIT: WELCHE GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE BESTEHEN IN DER US-AUßENPOLITIK BOLIVIENS UND ECUADORS?	85

<u>6. AUßENWIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN BOLIVIENS UND ECUADORS: ZUSAMMENSCHAU ÄLTERER UND JÜNGERER INTEGRATIONSANSÄTZE</u>	87
6.1. DER <i>BOLÍVARISMUS</i> ALS FUNDAMENT DER LATEINAMERIKANISCHEN INTEGRATIONSBESTREBUNGEN	87
6.2. CEPAL VERSUS <i>DEPENDENCIA</i>: SCHAFFUNG VON FREIHANDELSZONEN ALS ÄLTERER INTEGRATIONSANSATZ	88
6.2.1. ISI, ALADI UND ALALC:	89
IMPORTSUBSTITUTION ALS INTEGRATIONSANSATZ	89
6.2.2. DER ANDENPAKT ALS SUBREGIONALER INTEGRATIONSANSATZ	92
6.2.3. DIE MCCA: VERSUCH EINER ZENTRALAMERIKANISCHEN FREIHANDELSZONE	94
6.3. „OFFENER REGIONALISMUS“ ALS JÜNGERER INTEGRATIONSANSATZ	95
6.3.1. DIE RIO-GRUPPE: EUROPA ALS HANDELSPARTNER	95
6.3.2. DER MERCUSOR: EIN GEMEINSAMER MARKT DES SÜDENS ALS INTEGRATIONSANSATZ	97
6.3.3. DIE ALCA ALS PANAMERIKANISCHER INTEGRATIONSANSATZ	99
6.3.4. DIE ALBA ALS ‚BOLIVARISCHER‘ GEGENENTWURF	101
6.3.5. DIE NAFTA ALS NORDAMERIKANISCHE FREIHANDELSZONE	101
6.4. FAZIT: ERMÖGLICHEN REGIONALE UND INTERNATIONALE BÜNDNISSE WIRTSCHAFTLICHE UNABHÄNGIGKEIT?	103
<u>7. SCHLUSSBETRACHTUNGEN</u>	104
7.1. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE	104
7.2. AUSBLICK: ANNÄHERUNGSVERSUCHE OBAMAS VS. MILITÄRBASIS AUF COSTA RICA	107
7.2. CONCLUSIO	110
<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	113
INTERNETQUELLEN	116
BILDNACHWEIS	118
<u>ABSTRACT</u>	120

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ACI	Andean Counterdrug Initiative
ADN	Acción Democrática Nacionalista
ALALC	Asociación Latinoamericana de Libre Comercio
ALBA	Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América
ALADI	Asociación Latinoamericana de Integración
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia
BIP	Bruttosozialprodukt
CDU	Christlich Demokratischen Union Deutschlands
CELC	Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CIF	Ecuadorian Interinstitutional Committee Against Fumigations
CONAIE	Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador
CRS	Congressional Research Service
CSU	Christlich Soziale Union
DEA	Drug Enforcement Administration
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
ELNC	Ejército de Liberación Nacional de Colombia
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia
FELCN	Fuerza Especial de Lucha contra el Narcotráfico
FTAA	Free Trade Area of the Americas
HIV	Human Immunodeficiency Virus
ISI	Industrialisierung zur Substitution von Importen
IWF	Internationaler Währungsfond
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
MAS	Movimiento al Socialismo
MIR	Movimiento de Izquierda Revolucionaria
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario
MRTA	Movimiento Revolucionario Túpac Amaru
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NIDA	National Institute on Drug Abuse
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
ONDCP	Office for National Drug Control Policy
PCP-SL	Partido Comunista del Perú – por el Sendero Luminoso de José Carlos Mariátegui
PSC	Partido Social Cristiano
SL	Sendero Luminoso
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS
UNASUR	Unión de Naciones Suramericanas
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
USA	United States of America
USAID	United States Agency for International Development
WPF	World Food Programme

1. Einleitung

Während meines Studiums der Politikwissenschaften habe ich ein Jahr in Peru gelebt. Vorher hatte ich schon meinen Auslandszivildienst in Bolivien geleistet. Die Erfahrungen und Eindrücke, die ich während dieser jeweils einjährigen Aufenthalte sowie auf meinen Reisen durch Ecuador sammeln durfte, haben den Entschluss, das Thema meiner Diplomarbeit dem Wandel der bolivianischen und ecuadorianischen Außenpolitik zu widmen, maßgeblich beeinflusst. Immerhin konnte ich mir dadurch vor Ort ein Bild von dem außenpolitischen Wandel zwischen 2002 und 2007 machen.

2000 hielt ich mich in Bolivien auf, damals regiert von dem ehemaligen Diktor Hugo Banzer (*1926 – † 2002). Dieser hatte den USA beinahe seine gesamte Außenpolitik überantwortet. Davon ausgenommen waren lediglich die alljährlichen Polemik-Kampagnen auf den ‚Erzfeind‘ Chile.¹ Das Jahr 2007 verbrachte ich in Peru. Während meines Studiums an der Universidad Privada de Iquitos wurde in den peruanischen Nachbarländern der bereits vollzogene Linksruck mitunter kontrovers diskutiert. Mittlerweile war Evo Morales (*1959) fester Bestandteil internationaler Medien und politikwissenschaftlicher Diskurse geworden. In Ecuador hingegen knüpfte der linksgerichtete Raffael Correa (*1963) nach seinem Wahlsieg 2006 erste Kontakte zu Venezuela, insbesondere zu Hugo Chávez (*1954).

Meine Vorgehensweise, die eben skizzierten, politischen Prozesse auf Basis der Kleinstaatentheorie nachzuvollziehen, erscheint mir wiederum reizvoll, weil ich dieses Konzept nicht als ein ‚genuin europäisches‘ begreife. Es ist mir vielmehr ein Anliegen, anhand meines scheinbar eigenwilligen methodischen Ansatzes aufzuzeigen, dass sich die Grundsätze der Theorie auch auf die Politik von Staaten außerhalb des

¹ Durch den Salpeterkrieg (1879) verlor Bolivien seinen Meereszugang und ist seitdem ein Binnenland. Nach wie vor wird jedes Jahr der ‚Tag des Meeres‘ – ‚*Día del Mar*‘ – gefeiert, der symbolisch die Rückgabe des Zugangsgebiets von Chile einfordert.

europäischen Raums anwenden lassen, ohne dabei ihre Gültigkeit zu verlieren.

1.1. Einführung

Bolivien und Ecuador werden oft als die ‚wirtschaftlichen Leichtgewichte‘ Südamerikas bezeichnet: 2009 lagen die Schätzungen des bolivianischen Bruttonettoprodukts (BIP) pro Kopf bei US\$ 4.700², jenes Ecuadors bei US\$ 7.500.³ Damit bleiben beide Länder beispielsweise weit hinter Argentinien zurück, welches aufgrund seines BIP pro Kopf von US\$ 14.561 im Jahre 2009 von der Medienagentur MercoPress als „kaufkräftigster Staat Südamerikas“⁴ bezeichnet wurde. Seit dem im Superwahljahr 2006 vollzogenen Linksruck versuchen die beiden Länder jedoch mit neuem Selbstvertrauen aufzutreten - wenn auch auf unterschiedliche Weise. Aktuell werden neue Handelspartner gesucht und neue Wirtschaftsabkommen in Betracht gezogen.



² CIA World Factbook (Stand 19.08.2010): Bolivia <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

³ CIA World Factbook (Stand 19.08.2010): Ecuador <<https://www.cia.gov/library/publications/the-worldfactbook/geos/ec.html>>

⁴ MercoPress: Argentina with the Highest GDP Per Capita PPP in 2009 (Stand 05.05.2010) <<http://en.mercopress.com/2010/05/05/argentina-with-the-highest-gdp-per-capita-ppp-in-2009>>

Abb. 2 - Basisdaten Bolivien			
		Fläche	1.098.581 km²
		Hauptstadt	La Paz
Gesamtbevölkerung	in Millionen	2010	9,78
Anteil Personen <15 Jahre	% der Gesamtbevölkerung	2010	35,5
Lebenserwartung	in Jahren	2010	66,89
HIV/AIDS - Prävalenz	% der Erwachsenen (<15 Jahre)	2007	0,2
Alphabetisierungsrate	% der Erwachsenen (<15 Jahre)	2010	86,7
BIP pro Kopf	in US\$	2009	4.700

Abb. 3 - Basisdaten Ecuador			
		Fläche	283.561 km²
		Hauptstadt	Quito
Gesamtbevölkerung	in Millionen	2010	14,57
Anteil Personen <15 Jahre	% der Gesamtbevölkerung	2010	31,1
Lebenserwartung	in Jahren	2010	75,3
HIV/AIDS - Prävalenz	% der Erwachsenen (<15 Jahre)	2007	0,3
Alphabetisierungsrate	% der Erwachsenen (<15 Jahre)	2010	91
BIP pro Kopf	in US\$	2009	7.500

1.2. Forschungsfragen und Methoden

Die Kleinstaatentheorie dient als theoretisches Fundament dieser Diplomarbeit, deren Ziel es ist, die Klassifizierungen der europäischen Kleinstaatenforschung schlüssig auf die Lateinamerikanischen Länder Bolivien und Ecuador zu übertragen. Zu diesem Zweck ist es zielführend, die Außenpolitik der beiden Länder zu vergleichen. Im Rahmen dieser vergleichenden Analyse sollen vier zentrale Forschungsfragen beantwortet werden.

1.) Sind Bolivien und Ecuador Kleinstaaten?

Da die Kleinstaatentheorie bislang fast ausschließlich im europäischen Kontext angewandt wurde muss zuerst gezeigt werden, dass sich die

Theorie auch auf den südamerikanischen Raum übertragen lässt. Das erste Kapitel soll daher nicht nur die Prinzipien der Kleinstaatentheorie erläutern, sondern diese in einem nächsten Schritt schlüssig auf Bolivien und Ecuador übertragen. Als Quellen dienen all jene Dokumente, aus denen bolivianische sowie ecuadorianische Positionen gegenüber ihren Nachbarstaaten und Staatenbündnissen hervorgehen. Dabei soll sich außerdem zeigen, inwiefern sich Bolivien und Ecuador in ihren aktuellen außenpolitischen Strategien als Kleinstaat ähneln und worin sie sich voneinander unterscheiden.

2.) Welche Auswirkungen hatte die Machtübernahme Morales und Correas auf die Beziehungen zu Brasilien, Venezuela und den USA?

Wie bereits erwähnt, will die vorliegende Arbeit ihr Hauptaugenmerk auf die außenpolitische Neuorientierung Boliviens und Ecuadors legen, wobei neben wirtschaftlichen Aspekten auch strategische Veränderungen im Bereich der Sicherheitspolitik Beachtung finden sollen. Um diese Entwicklungen schlüssig nachvollziehen zu können, soll ein Kapitel einen historischen Abriss der Entwicklung der beiden Länder während der letzten 15 Jahre bieten.

In Anlehnung an das zentrale thematische Interesse dieser Arbeit soll insbesondere die Geschichte der Außenpolitik mit besonderem Augenmerk auf die jeweiligen Wirtschaftsbeziehungen skizziert werden. Es gilt also, aus historischer Perspektive die Frage danach zu beantworten, wie sich Bolivien und Ecuador seit der Weltwirtschaftskrise 1929 und in den 90er Jahren bis zum politischen Linksruck, außenpolitisch entwickelt haben, unter Berücksichtigung der ähnlichen Probleme, mit denen sich beide Staaten konfrontiert sahen: neben internen Konflikten und kleineren Grenzkonflikten, besonders im Falle Boliviens, eine schwache Wirtschaft. Außerdem gilt es kritisch zu hinterfragen, inwiefern sich die Vorannahme, dass Bolivien und Ecuador ihre Außenpolitik vor allem nach den Interessen der Vereinigten Staaten gerichtet haben, als haltbar erweist.

Auf Basis dieses vorhergehenden, historischen Abrisses wird der thematische Fokus im dritten Kapitel darauf abzielen die außenpolitischen Auswirkungen des Wahlsieges Evo Morales 2005 in Bolivien und des ebenfalls linksgerichteten Rafael Correa 2006 in Ecuador aufzuzeigen. Die Relevanz dieser Ereignisse schlägt sich am deutlichsten am Verhältnis Boliviens und Ecuadors zu den USA nieder. Die Frage danach, inwiefern sich die Beziehungen zu den USA durch die Wahlerfolge linksgerichteter Politiker verkompliziert haben, soll im Zentrum der Betrachtung stehen.

Ausgangspunkt der Analyse soll dabei jener Umstand sein, dass sich die bilateralen Beziehungen wesentlich verschlechtert haben und beide Staaten zurzeit aus ihrer einstigen Passivität heraustreten. Dass sich das Verhältnis der beiden Länder zu den USA maßgeblich zum Negativen gewandelt hat, zeigte sich in der Vergangenheit beispielsweise anhand medialer Drohgebärden gegen die Vereinigten Staaten seitens der bolivianischen Regierung, die an den entsprechenden Stellen durch konkrete Beispiele veranschaulicht werden sollen.

3.) Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen in der US-Außenpolitik Boliviens und Ecuadors?

Die Betrachtungen des dritten Kapitels sollen sich des Weiteren mit der Fragestellung auseinandersetzen, inwiefern sich diese neue, offensive Haltung tatsächlich auf Basis der Annäherung beider Staaten zu Venezuela erklären lässt. Zu diesem Zweck muss veranschaulicht werden, durch welche wirtschaftlichen sowie sicherheitspolitischen Implikationen sich besonders die Hinwendung Ecuadors zu Venezuela auszeichnet, um schlüssig nachzuvollziehen, weshalb die politische Hinwendung des Staates zu seinem Nachbarn von den USA gegenwärtig als ein Affront aufgefasst wird. Andererseits muss geklärt werden, weshalb es für Bolivien vorteilhaft sein könnte, seine diplomatische Eiszeit zu den USA, die seit 2008 besteht, allmählich in ein ‚Tauwetter‘ zu überführen.

4.) Ermöglichen regionale und internationale Bündnisse wirtschaftliche Unabhängigkeit?

Diese wirtschaftlichen Überlegungen sind eng verknüpft mit der Frage nach den Chancen und Problemen, die auf Bolivien und Ecuador durch deren neue außenpolitische Positionierung zukommen. Es gilt einerseits negative Auswirkungen zu diskutieren und zu beurteilen, inwiefern die angespannten, außenpolitischen Beziehungen mit den USA ausländische Investoren abschrecken und somit die inländische Wirtschaft beider Staaten schwächt. Zusätzlich verkompliziert wird diese Situation durch den Umstand, dass sowohl Bolivien als auch Ecuador nach wie vor hohe Summen an Entwicklungsgeldern von den Vereinigten Staaten erhalten. Es gilt an dieser Stelle also außerdem zu klären, inwiefern Bolivien und Ecuador nach wie vor abhängig von den USA sind und wie schwerwiegend die wirtschaftlichen Folgen etwaiger Sanktionen der Vereinigten Staaten wären. Andererseits müssen mögliche positive Aspekte in Betracht gezogen werden: Es gilt abzuschätzen, worin die Chancen der neuen, aktiveren Außen- und Wirtschaftspolitik liegen könnten, da beide Staaten ihre Abhängigkeit gegenüber den USA scheinbar verringern und somit ihren Spiel- und Verhandlungsrahmen gegenüber anderer Staaten vergrößern.

Als Methode zur Beantwortung der oben formulierten Forschungsfragen dient die Auswertung folgender Quellen: Als Primärquellen dienen Statements aus Interviews staatlicher Akteure über Medien sowie Auszüge von Satzungen bilateraler und multilateraler Abkommen. Durch die Auswertung von Sekundärliteratur soll sich erstens ein Einblick in die Klassifizierungen der Kleinstaatentheorie ergeben; zweitens soll der Einfluss historischer und zeitgeschichtlicher Ereignisse durch statistische Daten veranschaulicht werden.

2. Die Idee des Kleinstaats als theoretischer Hintergrund

Vor allem durch die Europäische Union (EU) und der fortschreitenden Osterweiterung rücken die Kleinstaaten wieder vermehrt in das Interesse der Wissenschaft. Mittlerweile überwiegen die Kleinstaaten zahlenmäßig in der EU. Die vorliegende Arbeit soll veranschaulichen, dass sich die theoretischen Ansätze der Kleinstaatenforschung, welche sich bislang hauptsächlich mit europäischen Staaten auseinandersetzt, auf Südamerika übertragen lassen.

Die wichtigste Frage, die es in diesem Zusammenhang zu beantworten gilt, ist jene nach den aktuellen außenpolitischen Strategien der beiden Kleinstaaten bzw. worin sich diese Strategien unterscheiden. Zentrale Aspekte sind dabei zum einen die bilateralen Beziehungen zu den USA und zum anderen die bilateralen Beziehungen zu Venezuela, die im vierten Kapitel im Detail behandelt werden.

2.1. Geschichte der Kleinstaamentheorie

Die politikwissenschaftliche Definition des Begriffs *Kleinstaat* ist sehr umstritten. Wo fängt der Kleinstaat an, wo hört er auf? Oder anders gefragt: Wie groß sind Mikrostaaten und was sind Mittelmächte?

Den Begriff *Kleinstaat* hat Annette Baker Fox 1959 mit ihrem Werk *The Power of Small States* (1959) in die Wissenschaft eingeführt.⁵ Damals beschrieb sie die Kleinstaaten als lokale Mächte mit lokal sehr begrenzten Einflussmöglichkeiten. Die von Baker untersuchten und als Kleinstaaten bezeichneten Länder waren Finnland, Schweden, Norwegen, Spanien und die Türkei. Im Brennpunkt ihrer Forschung lag das Verhalten dieser neutralen Staaten im zweiten Weltkrieg. Das Werk A.B. Backers wurde

⁵ Baker Fox, Annette. *The Power of Small States: Diplomacy in World War II*. Chicago: Univ. of Chiacago Press, 1959.

von Kollegen in Europa und den USA als einzigartige und brillante Pionierarbeit gewürdigt.⁶

In den 1960er Jahren rückte das Interesse der Kleinstaatenforschung auf die militärisch schwachen Länder und deren Überlebensstrategien gegenüber den Supermächten USA und Sowjetunion. Außerdem wurden die neuen unabhängig gewordenen, ehemaligen Kolonialstaaten Gegenstand der Kleinstaatenforschung. Durch das Aufkommen des *Behaviorismus* gegen Ende der 1960er Jahre wurde die Kritik an der Kleinstaaten-theorie laut. Vor allem Robert O. Keohane machte darauf aufmerksam, dass die Definition der Kleinstaaten in der Zwischenkriegszeit und während des zweiten Weltkrieges noch Sinn machte. In Anbetracht der Supermächte USA und Sowjetunion müsste man nun aber streng genommen so gut wie alle anderen Staaten der Welt als Kleinstaaten bezeichnen.⁷

Wilhelm-Christmas Moller bezeichnet die Kleinstaaten-theorie als einen theoretischen Ansatz, der nie zu einem wissenschaftlichen Hit wurde.⁸ Die 1970er Jahre wurden aber dennoch zum goldenen Zeitalter der Kleinstaaten-theorie. Trotz aller Kritik, vor allem an der methodischen Umsetzung, also der Operationalisierung in der empirischen Forschung, gab es eine Vielzahl von wissenschaftlichen Arbeiten. Die bekanntesten waren von Robert Dahl, Edward Tufte und David Vital.⁹ Aufgrund des abflauenden Interesses und dem Rückgang von Publikationen über die Kleinstaaten-theorie in den Vereinigten Staaten, wurde der Ansatz vermehrt zu einem europäischen politikwissenschaftlichen Diskurs.

⁶ Christmas-Moller, Wilhelm. Some Thoughts on the Scientific Applicability of the Small State Concept: A Research History and a Discussion. S.35 - 53. In: Otmar Höll (Hsg.). Small States in Europe and Dependence, Wien: Braumüller, 1983. S. 35

⁷ Keohan, Robert. Lilliputian's Dilemma: Small States in international relations. S. 55 - 77. In: Ingebritsen, Christine. Small States in International Realtions. Washington: Washington Univ. press. S. 57

⁸ Christmas-Moller, Wilhelm. Some Thoughts on the Scientific Applicability of the Small State Concept: A Research History and a Discussion. S. 35-53. In: Otmar Höll (Hsg.). Small States in Europe and Dependence. Wien: Braumüller, 1983. S. 39.

⁹ Vital, David. The survival of small States: Studies in Small Powers. In: Dahl, Robert und Edward Tufte. Size and Democracy. Stanford: Standford Univ. Press, 1973.

Laut Helmut Kramer kommt die Kleinstaatentheorie in 80er Jahren fast zum Erliegen. Es gibt zwar etliche politikwissenschaftliche Publikationen zum Thema Kleinstaaten, aber: „Ein Bezug zu den Ergebnissen und Erkenntnissen der Kleinstaaten-Forschung der 70er Jahre wird nur in den seltensten Fällen hergestellt.“¹⁰ Trotzdem hält Kramer die Kleinstaatentheorie nicht als gescheitert. Im Großen und Ganzen sei die Bilanz der Ergebnisse der 1960er und 1970er Jahre als eine recht erfolgreiche „middle-range-theory“ zu bezeichnen.¹¹

2.2. Grundzüge der Kleinstaatentheorie nach Väyrynen

Wie schon aus der Geschichte der Kleinstaatentheorie ersichtlich, ist es eine stark diskutierte und kritisierte Theorie. Nichtsdestotrotz wird sie regelmäßig in wissenschaftlichen Arbeiten verwendet. Durch die Integration verschiedener Analyseebenen systemischer sowie individueller Art, ist die Kleinstaatentheorie bis heute attraktiv geblieben. Zum einen ist die Kleinstaatentheorie eine neo-realistische Theorie und geht somit von einem *akteursbezogenen Rationalismus* aus. Zum anderen finden sich in der Kleinstaatentheorie auch Elemente des *Konstruktivismus*. Der finnische Politikwissenschaftler Raimo Väyrynen bestimmt die vier möglichen Zugänge in der Kleinstaatenforschung noch genauer:¹²

1. Power Politics (Political Realism)
2. World-System Analysis
3. Structural Approach
4. Dependency School

Aus Perspektive der *Machtpolitik* bzw. des *Politischen Realismus* bestehen die Möglichkeiten des Kleinstaates, seine Unabhängigkeit auszuleben, lediglich im Rahmen der Interessen eines Großstaates. Das heißt, der

¹⁰ Kramer, Helmut. Kleinstaaten-Außenpolitik: Kleinstaatlichkeit im Europa der 90er Jahre. S. 249-260 In: Waschkuhn, Arno (Hrsg.). Kleinstaat: Grundsätzliche und allgemeine Probleme. Vaduz: Symposium des Liechtenstein-Instituts vom 26.- 28. September 1991. S. 252

¹¹ Ebd. S. 253

¹² Väyrynen, Raimo. Small states in different theoretical traditions of international relations research. In: Höll, Otmar (Hsg.). Small States in Europe and dependence. Wien: Braumüller, 1983. S.83

Kleinstaat als solches muss dem Großstaat von Nutzen sein. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn der Kleinstaat dem Großstaat als Pufferzone gegenüber einem anderem Großstaat dient. Nur in sehr seltenen Fällen kann ein Kleinstaat seine Unabhängigkeit und seine Sicherheit dem *good will* einer Großmacht oder der öffentlichen Meinung anderer Staaten überantworten.

Des Weiteren unterscheidet Väyrynen zwischen einer *multipolaren* und einer *bipolaren Welt*. In einer multipolaren Welt muss sich ein Kleinstaat an Großmächte und/oder Allianzen binden, um nicht in ein Sicherheitsdilemma zu geraten. Eine weitere Option gibt es in einer bipolaren Welt, - die Neutralität. Da wir seit längeren keine bipolare Welt haben und auch in den nächsten Jahrzehnten von einer multipolaren Welt auszugehen ist, wird hier dieser Aspekt jedoch vernachlässigt.¹³

Der nächste Zugang der Kleinstaatenforschung nach Väyrynen ist die *Weltsystemanalyse*. Dieser Ansatz stellt die Wirtschaft als entscheidenden Faktor in den Mittelpunkt. Er geht nicht von einer homogenen Weltwirtschaft aus, sondern sieht heterogene Wirtschaftsnationen agieren. Väyrynen unterscheidet hier wiederum zwischen *Kern* -, *Semiperipher* - und *Peripherstaaten* innerhalb eines kapitalistischen Systems. Diese Hierarchie ist real kaum zu durchbrechen. Kernstaaten zeichnen sich durch gut ausgebildete und gut bezahlte Arbeitskräfte aus. Hingegen sind in den peripheren Staaten schlecht ausgebildete und unterbezahlte Arbeitskräfte im Einsatz. Väyrynen unterscheidet des Weiteren die *kapitalintensiven Kernstaaten* von *arbeitskraftintensiven Peripheriestaaten*. Die Mischform dieser beiden Kategorien werden als *semiperiphere Staaten* bezeichnet.¹⁴

Als dritten Punkt beschreibt Väyrynen den *strukturellen Ansatz*. Bei dieser Herangehensweise werden die Groß-, Klein- und Mittelmächte in einer

¹³ Väyrynen; 1983. S. 87-88

¹⁴ Väyrynen, 1983. S. 89-92

strukturellen Hierarchie gesehen. Ähnlich wie bei der Weltsystemanalyse ist diese Hierarchie sehr unflexibel. Allein die geographische Kleinheit von Staaten reicht aus, um sie am unterem Ende dieser Hierarchie ansiedeln zu können. Ihre Abhängigkeit resultiert aus unüberwindbaren strukturellen Problemen wie Ressourcenknappheit oder militärischer Unterlegenheit. Diese Probleme führen zu einem weiteren Manko und zwar der Unmöglichkeit, in den internationalen Beziehungen Druck auszuüben.¹⁵

Der letzte Zugang nach Väyrynen ist der *Dependenzansatz*. Dieser Ansatz ist eigentlich eine Fortführung des strukturellen Ansatzes. Es geht hierbei vor allem um die internen Konsequenzen von Kleinstaatlichkeit. Dadurch unterscheidet sich der Dependenzansatz vom strukturellen Ansatz vor allem in der methodologischen Orientierung. Auf der Suche nach den internen Auswirkungen verwendete der Dependenzansatz *qualitative* und *dialektische* Methoden. Im Gegensatz dazu kommt beim strukturellen Ansatz hauptsächlich eine *behavioristische Analyse* zum Einsatz.¹⁶

Mittlerweile sind die neueren Forschungen nicht mehr so pessimistisch gegenüber den realpolitischen Möglichkeiten von Kleinstaatlichkeit. Für Martin Kocher zum Beispiel „besteht kein Zweifel, dass die Kleinheit [von Staaten] Vorteile mit sich bringt, die dazu angetan sind, die Nachteile auszugleichen bzw. sogar zu übersteigen.“¹⁷ Vor allem aus der fortschreitenden Globalisierung ergeben sich für die Kleinstaatlichkeit Vorteile:

Kleine Nationen gehören weltweit zu den am weitesten globalisierten Staaten, weil Offenheit ihnen Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Kapital verschafft, die sie aus eigener Kraft nicht bereitstellen können. [...] Obwohl auch diese Länder mitunter eine hohe Staatsquote, hohe Steuern und in manchen Bereichen eine hohe Regulierungsdichte

¹⁵ Väyrynen, 1983. S. 92-95

¹⁶ Ebd. S. 95-99

¹⁷ Kocher, Martin. Außenabhängigkeit und der öffentliche Sektor von Kleinstaatlichkeit. S. 170 - 192. In: Eberhard Busek (Hsg.). Der Kleinstaat als Akteur in den Internationalen Beziehungen. Vaduz: Liechtenstein Politische Schriften, 2004. S. 395

aufweisen, tun sie sich in entscheidenden Bereichen erheblich leichter und profitieren mit teilweise erstaunlichen Wachstumsraten.¹⁸

Immer öfter geht man also davon aus, dass die Kleinstaatlichkeit neben der unvermeidbaren Abhängigkeit, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht Vorteile bringen kann.

2.2.1. Umlegung der Kleinstaatentheorie nach Värnyen auf Bolivien und Ecuador

Die Staaten Bolivien und Ecuador traten bis zum Antritt der neuen linken Regierungen sehr passiv in Erscheinung. Ihr Rollenverständnis war also jenes eines passiven Akteurs. Beide Staaten haben sich mittlerweile zu viel aktiveren Teilnehmern in regionalen, internationalen und bilateralen politischen Diskursen entwickelt, wobei besonders Bolivien eigenständig auftritt. Wie die folgenden Überlegungen zeigen sollen, sieht Värnyen in eben dieser Interaktion mit anderen Staaten das wesentliche Potential für Kleinstaaten: Bündnisse dienen als Instrument zur Eigenständigkeit.

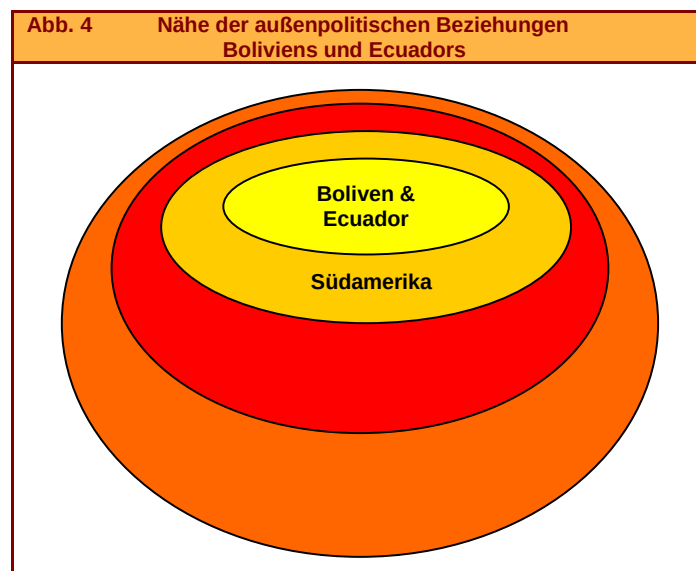
Die Außenpolitik der beiden Nationen spielt sich in drei wesentlichen Sphären ab: Zuerst auf regionaler Ebene mit *lateinamerikanischen Staaten*. Hier ist vor allem Brasilien zentral - wirtschaftlich und militärisch nimmt es mit Abstand die stärkste Position der südamerikanischen Länder in den internationalen Beziehungen ein. Auf Brasilien folgt Venezuela, welches durch seine Ölvorkommen trotz der umstrittenen Regierungen auch als Regionalmacht einzuschätzen ist: Der Ressourcenreichtum Venezuelas verschafft anderen Ländern eine lateinamerikanische Alternative zu den USA.

Die zweite zentrale Sphäre ist die *Außenpolitik gegenüber den USA* - zumal die beiden Länder ihr Auslangen ohne die Supermacht nicht finden könnten - eher ließe sich der Verlust der regionalen Partner außenpolitisch

¹⁸ Henzler, Herbert und Lothar Späth. Jenseits von Brüssel: Warum wir uns für die europäische Idee neu begeistern müssen. Econ, Berlin: 2001. S. 38

verschmerzen. Mit dieser Problematik soll sich das vierte Kapitel noch eingehend auseinandersetzen.

Die dritte Sphäre stellen die Staaten der *restlichen Kontinente* dar, wobei hier vor allem die EU und Asien im Sinne von China und Japan eine entscheidende Rolle spielen. Diese drei Akteure sind besonders in den letzten Jahren verstärkt auf der Bildfläche Boliviens und Ecuadors aufgetreten. Auch wenn entsprechende wirtschaftliche Bündnisse zurzeit noch kein alternatives Gegengewicht zu den USA darstellen, wären das Potential und der Wille zur Kooperation seitens der beteiligten Staaten durchaus vorhanden.



Kleinststaaten sehen sich ständig mit der Bedrohung konfrontiert, in der internationalen Politik übergangen oder vernachlässigt zu werden. Auch größere Staaten stehen vor diesem Problem, jedoch wächst mit den staatlichen Dimensionen auch die Möglichkeit, wirtschaftlichen oder militärischen Druck auszuüben. Wie in Abbildung 5. gezeigt, verfügen die beiden Staaten weder über die militärischen, noch wirtschaftlichen Möglichkeiten, um Druck auf andere Staaten auszuüben. Hans Vogel beschreibt diesen Umstand als eine Kausalkette, deren Auslöser die Kleinstaatlichkeit ist und die in Fremdbestimmtheit endet:

Entscheidungsspielraum von Kleinstaaten



Gemäß des realpolitischen Ansatzes Väyryns besteht die einzige Möglichkeit für Bolivien und Ecuador, nicht fremdbestimmt zu werden, darin, Bündnisse mit anderen Staaten einzugehen (siehe Abb. 6). Die Bündnisse müssen es ihnen jedoch erlauben, mit den jeweiligen Partnern auf Augenhöhe zu interagieren.

Theoretische Herangehensweise



Historisch gesehen galten die zwei Staaten lange als Pufferzone der USA gegenüber der Sowjetunion. Aber nicht nur die beiden Länder, sondern die gesamte Region Südamerikas wurde von den Vereinigten Staaten, wie bereits erwähnt, als ‚Hinterhof‘ gesehen. Entsprechende Interventionen und Souveränitätsverletzungen werden in den folgenden Kapiteln noch skizziert.

Hintergrund der US-amerikanischen Strategie war der Leitgedanke, eine linke Regierung bzw. ein linkes Regime besser im Vorhinein zu verhindern, als im Nachhinein gegen ein etabliertes Regime kämpfen zu müssen. Dieser Gedanke verweist indirekt auf die Erfahrungen mit der versuchten Invasion gegen das bereits etablierte Regime in Kuba.¹⁹ Hingegen konnte in Chile ein demokratisch gewählter linksgerichteter Präsident unter starker Mithilfe der CIA getötet und erfolgreich ein USA-freundliches Regime unter Pinochet eingesetzt werden.²⁰ Die Vereinigten Staaten kämpften im Kalten Krieg in Konfliktherden in Afrika, Asien und Europa und waren bestrebt, keine Fronten nahe ihres Staatsgebietes entstehen zu lassen. Während die USA den lateinamerikanischen Staaten also aus Perspektive militärischer Strategien eine große Bedeutung beimaßen, wurde ihnen nur eine sehr geringe wirtschaftliche Relevanz zugestanden, wodurch die Weltöffentlichkeit die Kleinstaaten Bolivien und Ecuador noch weniger wahrnahm.

Obwohl die Verhältnisse zur Zeit des Kalten Krieges nicht mehr existieren, können USA-freundliche Parteien in Bolivien und Ecuador nach wie vor mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen.²¹ Nicht zuletzt die starke Bindung an den Hegemon im Kalten Krieg und der Mangel an Alternativen sind also dafür verantwortlich, dass es erst in den letzten Jahren zu einer aktiveren, selbständigeren Außenpolitik der beiden Staaten gekommen ist. Zwar wurde der Wahlsieg Evo Morales in Bolivien oder Correas in Ecuador nicht sanktioniert, was im Kalten Krieg sehr

¹⁹ Landung amerikanischer und exilkubanischer Streitkräfte in der Schweinebucht

²⁰ Außerdem beendete der Anschlag auf Allende die Demokratie in Chile

wahrscheinlich der Fall gewesen wäre. Nichtsdestotrotz haben sich seitdem die bilateralen Beziehungen beider Länder zu den USA verschlechtert. Vor allem Morales offen gezeigte Sympathie gegenüber den zwei ‚Erzfeinden‘ der Vereinigten Staaten, dem Alten – Fidel Castro und dem Neuen – Hugo Chávez, führten zu unterkühlten diplomatischen Beziehungen.

2.3. Grundzüge der Kleinstaatentheorie nach Geser

Gemäß den Erläuterungen des vorhergehenden Kapitels wird in der Kleinstaatentheorie davon ausgegangen, dass die Größe eines Staates Auswirkungen auf dessen Außenpolitik hat. Speziell kleine Staaten sind demnach darauf angewiesen, ihre Existenz durch außenpolitische Strategien zu sichern. Hierfür gibt es in der Kleinstaatenforschung zwei wesentliche Grundannahmen zwischen denen sich jeder Kleinstaat zu entscheiden hat: Kleinstaaten müssen entweder *Bündnisse* mit anderen Staaten eingehen oder aber komplett bündnisfrei und somit *neutral* agieren. Aus diesen Grundsätzen geht hervor, dass es durchaus schlüssig ist, die Kleinstaatentheorie auf den südamerikanischen Raum – insbesondere auf Bolivien und Ecuador – anzuwenden und deren Außenpolitik entsprechend zu analysieren. Die Voraussetzung dafür ist lediglich, die beiden Staaten eindeutig als Kleinstaaten zu identifizieren. Ziel dieses Kapitels ist es daher, jene Aspekte zu definieren, die Bolivien und Ecuador zu Kleinstaaten machen.

Um für diese Frage eine schlüssige Antwort zu finden, empfiehlt sich ein Vergleich mit europäischen Staaten, die sich definitionsgemäß per se in die Kleinstaatentheorie eingliedern lassen. Die Ansatzpunkte Hans Gesers erweisen sich in diesem Zusammenhang als das notwendige, theoretische ‚Rüstzeug‘. Laut Gesers Definition lassen sich Kleinstaaten in drei

Kategorien zusammenfassen. Jede Kategorisierung basiert ihrerseits auf einer der folgenden Herangehensweisen:²²

1. substantialistisch
2. relationalistisch
3. attributiv

Aus *substantialistischer* Perspektive erfasst Geser definierte, objektive Zahlen bezüglich Bevölkerungsanzahlen, Staatsgebiet, etc. Von der *relationalistischen* Definition ausgehend werden die jeweiligen Kleinstaaten in Bezug auf ihr politisches Gewicht im internationalen Kontext definiert. Die Staaten werden über den Vergleich mit großen Nachbarn oder Hegemonien als klein definiert. Die dritte, *attributive* Statuseigenschaft, ist die Definition wie sich ein Staat selbst sieht. Dies muss nicht ausschließlich innerstaatlich generiert werden, sondern kann auch von wiederholter Fremdzuschreibung anderer Staaten erfolgen.

In diesem Kapitel soll im nächsten Schritt der *substantialistische Ansatz* (Wirtschaft, Bevölkerung und militärische Kapazität) mit dem *relationalistischen Ansatz* (im südamerikanischen Kontext sind die drei Staaten Leichtgewichte) und der Idee einer *attributiven Statuseigenschaft* (militärische Kapazität) verknüpft werden.

2.3.1. Umlegung der Kleinstaatentheorie nach Geser auf Bolivien und Ecuador

In der Kleinstaatentheorie, welche sich hauptsächlich mit Staaten in Europa auseinandersetzt, gilt die Schweiz als Paradebeispiel für einen Kleinstaat, was im europäischen Kontext stimmig ist. Staaten wie Bolivien mit einem Staatsgebiet von mehr als einer Million Quadratkilometer scheinen nichts mit einem Kleinstaat gemein zu haben.²³

²² Geser, Hans: Kleinstaaten im internationalen System. In: Dreier, Volker (Hsg.). Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (44. Jg./Nr. 4). Köln: 1992. S. 692.

²³ Im Vergleich dazu: Das Staatsgebiet der Schweiz umfasst nur 41.000 km²

Beleuchtet man jedoch die wirtschaftliche Situation von Bolivien und Ecuador, bemerkt man, dass die beiden Länder zusammen noch nicht einmal ein Viertel des Bruttosozialproduktes der Schweiz oder Österreichs erreichen (Abb. 7).

Abb. 7 Ecuador, Bolivien, Österreich und die Schweiz im Vergleich				
	Staatsgebiet in km²	Bevölkerung	Bruttoinlandsprodukt in Milliarden US-Dollar	Prozentsatz des Militärbudgets am BIP
Ecuador	283 560	14 573 101	54.67	2.8%
Bolivien	1 098 580	9 775 246	43.08	1.9%
Österreich	83 870	8 210 281	432.4	0.9%
Schweiz	41 290	7 604 467	492.6	1.0%

Die zwei Staaten fallen also durch ihre Bevölkerungsanzahlen unter 15 Millionen, ihrer schwachen Wirtschaft und ihrer geringen, militärischen Kapazität, unter die Definition eines Kleinstaates.²⁴ Nur die territoriale Größe der zwei Staaten spricht laut Gesers rationalistischem Ansatz gegen eine Definition als Kleinstaat, was jedoch dadurch kompensiert wird, dass beide Staaten umgeben sind von benachbarten, aufstrebenden Mittelmächten, die sich gegen den Umstand auflehnen, Südamerika sei noch immer der ‚Hinterhof‘ der USA. Während die Hegemonialmacht also versucht, ihren Einfluss auf die beiden Staaten nicht zu verlieren, um den aufstrebenden Mittelmächten ein Gegengewicht entgegensetzen zu können, sind nicht zuletzt die Mittelmächte selbst daran interessiert, die beiden Staaten für ihre Interessen zu gewinnen. Daraus wird ersichtlich, dass Bolivien und Ecuador trotz ihrer territorialen Größe in starke Abhängigkeitsstrukturen eingebunden sind.

²⁴ Kramer, Helmut. Kleinstaaten-Außenpolitik: Kleinstaatlichkeit im Europa der 90er Jahre. S. 249-260. In: Waschkuhn, Arno (Hsg.). Kleinstaat: Grundsätzliche und allgemeine Probleme. Vaduz: Symposium des Liechtenstein-Instituts vom 26. - 28. September 1991. S. 249

2.4. Fazit: Sind Bolivien und Ecuador Kleinstaaten?

Wenn man die zwei Länder in südamerikanische Relation setzt, wird klar, dass es sich bei beiden Staaten um sehr schwache Kleinstaaten handelt. Ebenso wenig verhilft die territoriale Größe Bolivien und Ecuador zu einer vorteilhafteren Position im internationalen System. Ganz im Gegenteil erweisen sich große Staatsterritorien bei gleichzeitiger kleiner Bevölkerung als militärisches Problem. Neben der geringen Wirtschaftskraft (siehe Abb. 7), führt die militärische Unfähigkeit, die eigenen Grenzen zu schützen, zu der historischen Selbstdefinition als *Leichtgewicht*. Im Falle eines Angriffs hätten Bolivien und Ecuador viel schwerwiegendere Probleme ihre Souveränität zu verteidigen als dies für Österreich oder die Schweiz der Fall wäre. Ein Umstand, der das dennoch selbstbewusste Auftreten der kleinen Nationen Bolivien und Ecuador aktuell unterstützt ist, dass mittlerweile insgesamt sieben links - bis mittellinks Regierungen in Südamerika an der Macht sind. Dazu gehört auch Brasilien, die einzige lateinamerikanische Regionalmacht.

3. Historische Hintergründe

Das vorhergehende Kapitel hat im Zuge seiner Darstellung der methodischen Herangehensweise dieser Arbeit bereits einen ersten Einblick in die außenpolitischen Sphären Boliviens und Ecuadors gegeben. Die folgenden Überlegungen sollen diese erste Annäherung aus historischer Perspektive vertiefen, um schließlich die außenpolitischen Verhältnisse zwischen Bolivien, Ecuador und den USA, die im Hauptteil behandelt werden sollen, schlüssig nachvollziehen zu können.

3.1. Historischer Abriss Boliviens

Während sich das vorhergehende Kapitel auf die Möglichkeiten militärischer und wirtschaftlicher Bündnispartner Boliviens konzentriert hat, soll nun der Versuch unternommen werden, die Vorgeschichte dieser aktuellen Sachverhalte aus der Geschichte herzuleiten. Neben einer Darstellung des Wandels, der jeweils vorherrschenden politischen Gesinnung soll der wirtschaftspolitische Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie die relevanten Verluste von Territorien zur Sprache kommen die Bolivien als Kleinstaat auszeichnen.

3.1.1. Bolivianische Gebietsverluste

Zur selben Zeit wie die Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren befand sich Bolivien mitten in der *Chaco Krise* - einem noch nicht militärischen Territorialkonflikt mit Paraguay wobei der amtierende Präsident Piles 1930 von einer Koalition aus Militärs, Studenten und Arbeitern gestürzt wurde.

Der Sturz der Regierung Piles führte zur Radikalisierung des politischen Klimas in Bolivien. Nach einer kurzen Militärverwaltung wurde von den verschiedenen am Sturz beteiligten Parteien der neue Präsident

Salamanca eingesetzt. Dessen Regierung traf eine der folgenschwersten Entscheidungen der Geschichte Boliviens.²⁵

Bolivien reklamierte auf Basis kolonialer Grenzziehungen die Chacoregion für sich: Der *Gran Chaco* oder *Chaco* ist eine über 250.000 km² große Region, welche im Norden Argentinien, Südosten Boliviens und Nordwesten Paraguays liegt. Paraguay hielt dagegen, dass es den Chaco im Gegensatz zu Bolivien schon seit Jahrzehnten benutzte. Beide Länder hatten bereits vor Kriegsausbruch vermutete Erdölvorkommen in der Region verkauft – Probebohrungen nach dem Krieg blieben jedoch erfolglos. Aufgrund von immer öfter vorkommenden Zwischenfällen in der Grenzregion kam es dann 1932 zum offenen Krieg zwischen den zwei Nationen:

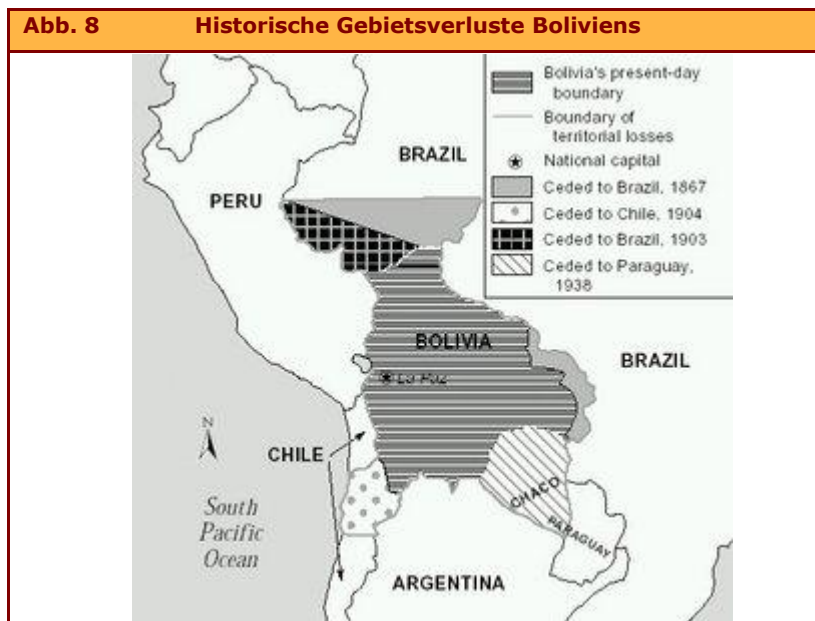
[Es] steht außer Zweifel, dass Salamanca den Krieg herbeigewünscht und unvermeidbar werden ließ. Ausgehend von der Einschätzung, dass der Nachbarstaat leicht zu besiegen sei, wollte er durch den Waffengang seine gescheiterten Bemühungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise kaschieren.²⁶

Ohne die tatkräftige Unterstützung der in der Realität äußerst inkompetenten bolivianischen Armeeführung und Salamancas selbst wäre das militärisch viel schwächere Paraguay wohl chancenlos gewesen. So konnte es jedoch den verlustreichen Krieg (60.000 Bolivianer und 40.000 Paraguayyer sind gefallen) mit Hilfe Argentinien im Jahr 1935 für sich entscheiden. Bolivien hatte Glück, nicht noch mehr als die 200.000 km² Land an Paraguay verloren zu haben. Die Niederlage im Chacokrieg bleibt für Bolivien die schwerwiegendste militärische Niederlage nach dem einleitend erwähnten Verlust der pazifischen Küstenregionen an Chile im Zuge des Salpeterkriegs von 1879.²⁷

²⁵ Ebd. S. 20

²⁶ Bernecker, Walther L. (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Lateinamerikas 2: Lateinamerika von 1760 bis 1900. Stuttgart: Klett Cotta, 1996. S. 830

²⁷ Morales, 2003. S. 107



3.1.2. Wirtschaftliche Entwicklungen Boliviens

Das Ende der 1920er Jahre war für Bolivien eine konfliktreiche Zeit. Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise 1929 und der dadurch fallenden Preise des Hauptexportgutes Zinn, stand das Land über Jahre hinweg knapp vor dem Bankrott.²⁸ Wirtschaftlich gesehen konnte sich Bolivien, zwischen internen politischen Konflikten und äußeren strukturellen Zwängen des Weltmarkts, nie ganz erholen.

Die Nachkriegsjahre waren weiterhin turbulent. Noch während des Krieges wurde Salamanca im Jahr 1934 von Vizepräsident Sorzano entmachtet. Dieser wiederum wurde 1936 von Oberst Toro gestürzt. Toro ging eine Koalition mit zwei zivilen Parteien ein und sprach von einem neuen Staatssozialismus. Untermauert wurde dieser zum Teil populistische Standpunkt von einer zuvor nie dagewesenen Maßnahme; als erster lateinamerikanischer Staatschef ließ Toro eine amerikanische Ölfirma verstaatlichen, jedoch ohne den USA eine Entschädigung anzubieten.²⁹

²⁸ Morales, Waltraud. A Brief History of Bolivia. New York: Checkmark Books, 2003. S. 96

²⁹ Morales, 2003. S. 110

Toro geriet durch diesen Versuch Bolivien selbstständiger zu machen immer mehr ins Kreuzverhör und in Kritik verschiedener politischen Akteure – vor allem der Oligarchie – und wurde durch den Vorsitzenden des Generalstabes Busch Becerra im Zuge eines neuerlichen Staatsstreichs abgesetzt. Busch setzte die seit dem Krieg ausgesetzte Verfassung wieder ein und sorgte vor allem dadurch für Aufsehen, dass er die begonnenen Verstaatlichungen Toros fortsetzte. Außerdem erweiterte er die Verfassung um soziale Rechte, sowie Glaubens -, und Gewissensfreiheit.³⁰ Busch beging am 28. August 1939 vermutlich Selbstmord - dies ist jedoch bis heute nicht gesichert. In der Folge auf Buschs Tod übernahm die Oligarchie erneut die Macht im Land.

Anfang der 1950er Jahre gewann der MNR Parteichef Paz Ernesto die Parlamentswahlen überragend. Er konnte aber erst nach einem Jahr in 1952 aus dem Exil zurückkehren und seine Präsidentschaft antreten, da ein Militärputsch den sofortigen Amtsantritt verhinderte. Es kam unter seiner Regierung erneut zu Verstaatlichungen und Zugeständnissen an die Arbeitnehmer und zur Ausweitung des Wahlrechts auf die indigene Bevölkerung. Des Weiteren wurde versucht eine Diversifizierung der Wirtschaft durchzuführen, denn der Zinnabbau war nach wie vor die Hauptdevisenquelle des Staates. Hierfür hatte die MNR vorhandene Hindernisse entfernt. Zum einen die endgültige Entmachtung der Oligarchie und durch die verstaatlichten Minen verfügte der Staat über noch nie dagewesene finanzielle Ressourcen.³¹ Zur selben Zeit begann jedoch der Zinnpreis zu fallen. Als interne Konflikte gelöst worden waren um eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen spielte der Weltmarkt also eine schlechte Karte und zeigte auf wie Machtlos Bolivien war solange es auf Primärgüter spezialisiert war.

Fallende Zinnpreise bei gleichzeitigem Rückgang der Produktion in der Landwirtschaft und im Bergbau hatten eine immer stärker ansteigende

³⁰ Ebd. S. 114

³¹ Bernecker, 1996. S. 735

Inflation zur Folge. Bis 1964 konnte die MNR als stärkste Partei die Präsidenten stellen. Nach einer vierjährigen Pause wurde Paz Ernesto im Jahr 1960 erneut gewählt und beerbte seinen vormaligen Vize-Präsidenten Hernán Siles Zuazo auf dem Präsidentenstuhl. Obwohl er seine Wiederwahl auch 1964 durchsetzen konnte, kam es nur zu einer sehr kurzen dritten Amtsperiode Ernestos. Der MNR und ihm als Vorsitzender der Partei wurde vorgeworfen, die wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht in den Griff zu bekommen. Der Volkszorn führte noch im selben Jahr zu einer Ablöse der Regierung durch eine Militärjunta unter Generalleutnant René Barrientos Ortuno.³²

In den darauffolgenden Jahren war Bolivien geprägt durch stets wechselnde Militärregierungen. Die dadurch entstandene Instabilität des Landes war dafür verantwortlich, dass sich der wirtschaftliche Sektor nicht erholen konnte und die Staatsverschuldung anstieg. Diese Umstände begünstigten die Anfänge des Kokainhandels, zumal es für die meisten Bauern nicht länger möglich war, ihren Lebensunterhalt durch den Anbau von anderen Agrarprodukten zu verdienen. Viele verlegten sich daher auf den illegalen Kokaanbau. Die Bauern verkauften ihre Ernte an Zwischenhändler, die daraus Kokapaste herstellten: Ein Zwischenprodukt der Kokaverarbeitung, dass in geheimen Labors in abgelegenen, schwer zugänglichen Gebieten Boliviens zu Kokain veredelt und als solches exportiert wurde. (Seit den 1980er Jahren stellen die Bauern die Paste selbst her, nachdem sie sich das geheime Wissen ihrer Zwischenhändler gegen deren Willen angeeignet hatten.)³³

Die letzte, kurzlebige Militärjunta unter General Torres, wurde 1971 durch einen Putsch des Oberstleutnants Hugo Bänzer Suárez beendet. Dieser konnte sich bis 1978 ungewöhnlich lange an der Macht halten. Jedoch konnte auch er die marode bolivianische Wirtschaft nicht sanieren. Der

³² Morales, 2003. S. 123

³³ Azzellini, Dario (Stand: 21.09.2010). Das kolumbianische Drogenbusiness: Unternehmensstrukturen einer Wachstumsbranche. In: Lateinamerikanachrichten Nr. 333/2002 <<http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/1368.html>>

Kokaanbau für die illegale Kokaverarbeitung blieb die wichtigste Devisenquelle des Landes. Nach weiteren Putschversuchen folgten 1982 die ersten freien Wahlen Boliviens nach fast 20 Jahren.³⁴

Nachdem fast zwei Jahrzehnte Militärs an der Macht gestanden hatten, konnte sich nun Hernán Siles Zuazo als ziviler Regierungschef versuchen. Die Erwartungen der verschiedenen Interessens- und Bevölkerungsgruppen waren enorm und konnten nicht erfüllt werden. Vor allem versagte die Regierung unter Siles Zuazo in der Eindämmung der politischen Instabilität und der chronischen wirtschaftlichen Krise des Landes.³⁵ Das gesamte erste Jahrzehnt der erneuerten Zivilherrschaft hatte noch mit Problemen aus den 1970er Jahren zu kämpfen. Die starken innenpolitischen Spannungen wurden durch den teilweisen Zusammenbruch der Wirtschaft und der daraus resultierenden Hyperinflation noch verstärkt.

1985 wurde Victor Paz Estenssoro zum Präsidenten von Bolivien gewählt. Dies war der erste friedliche Regierungswechsel in der gesamten bolivianischen Geschichte.³⁶ Unter dem neuen Präsidenten wurde zuerst der *Pact por la Democracia* (Pakt für die Demokratie) geschlossen. Dieser Pakt führte, wie beabsichtigt, zu verminderten Spannungen zwischen den Akteuren. Gleichzeitig wurde der Einfluss der Gewerkschaften und Militärs unter dem neoliberalen Wirtschaftsreformen Estenssoros nach und nach schwächer. Diese Maßnahmen hatten schwerwiegende Folgen:

Der neoliberale Wirtschaftskurs bewirkt einen Wiederaufschwung der Konjunktur, die mit der Strukturbereinigung verbundene Spar- und Sanierungsmaßnahmen sowie die erdrückende Schuldenlast beschleunigten jedoch die Proletarisierung der Gesellschaft: ca. 80 Prozent der Bevölkerung leben in extremer Armut.³⁷

³⁴ Lea, David und Colette Milward. A political Chronology of the Americas. Cornwall: Europa Publications Limited, 2001. S. 233

³⁵ Morales, 2003. S. 197

³⁶ Ebd. S. 198

³⁷ Bernecker, 1996. S. 841

Im Jahr 1989 begann die Präsidentschaft von Jaime Paz Zamora. Nach einer Pattstellung der Präsidentschaftswahlen gingen die *Acción Democrática Nacionalista* (Demokratische Nationalistische Bewegung, ADN) und das *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (Bewegung der Revolutionären Linken, MIR) eine Koalition ein und begründeten so die *Acuerdos Patrióticos* (Abkommen des Patriotismus). Diese Koalition wählte Zamora zum Präsidenten Boliviens. Zwar beruhigte die Koalition der rechten ADN und der linken MIR die Gemüter Boliviens, jedoch lenkten die enormen sozialen Spannungen durch das Gefälle zwischen reich und arm schlussendlich davon ab. Hinzu kam, dass sich die USA den militärischen Kampf gegen den illegalen Drogenhandel zunehmend forcierte.

Unter der Regierung Zamoras wurden im Jahr 1991 Gesetze zur Dezentralisierung des Staatsapparates und Privatisierung von Staatsbetrieben umgesetzt.³⁸ Im Jahr 1993 ging Gonzalo Sanchez de Lozada als Sieger der Präsidentschaftswahlen hervor. Mit ihm war nun die MNR an der Macht. Einerseits entstanden durch die Weiterführung der Privatisierungen durch Lozada immer mehr soziale Spannungen, andererseits hatte sein indigener Vize-Präsident einen de-eskalierenden Effekt auf die ländliche Bevölkerung. Die von der USA und Bolivien geführte Kampagne gegen den Kokaanbau führte nicht zu den erwünschten Resultaten: So entfiel im Jahr 1993 noch immer ca. ein Drittel der Weltkokaproduktion auf Bolivien.³⁹

Der Ex-Diktator Hugo Banzer Suárez wurde 1997 zum ersten Mal auf demokratischen Weg Präsident. Banzers Regierung entwickelte einen ehrgeizigen Plan zur Bekämpfung des illegalen Kokahandels, welcher im Jahr 1998 zu schweren Zusammenstößen führte:

Coca producers clashed with the security forces on a number of occasions following the implementation by the government of an ambitious coca-

³⁸ Bernecker, 1996. S. 841

³⁹ Ebd. S. 841

eradication plan, known as the "dignity plan", which aimed to eradicate all illegal coca plantations by 2002.⁴⁰

Des Weiteren fällt auch der Wasserkrieg von Cochabamba in Banzers Amtszeit. Cochabamba ist die viertgrößte Stadt Boliviens und zählte im Jahr 2000 ca. 600.000 Einwohner. Durch die Privatisierung der Wasserversorgung für die Großstadt wurde der Preis für das Wasser von dem neuen Besitzer, einem US-amerikanischen Konzern, in kurzer Zeit verdreifacht. Dies hatte Großdemonstrationen und schwere Zusammenstöße zwischen der Zivilbevölkerung und der Polizei zur Folge. Die Proteste, Streiks und Blockaden dauerten mehrere Tage an und legten den Großteil Boliviens lahm. Die bolivianische Regierung unter Banzer erklärte daraufhin am 8. April den landesweiten Ausnahmezustand und damit gleichzeitig den Staatsbankrott. Die Weltbank setzte die Regierung unter Druck. Diese wiederum versuchte, durch den verhängten Ausnahmezustand die Kontrolle in Cochabamba mit Hilfe des Militärs wiederzuerlangen. Schon am 20. April wurde der ursprünglich für drei Monate verhängte Ausnahmezustand wieder aufgehoben. Während der Auseinandersetzungen, die sich 13 Tage hinzogen, gab es insgesamt 5 Tote, 22 Festnahmen und etwa 90 Verletzte. Als Reaktion auf die bürgerkriegsähnlichen Ereignisse trat das Kabinett Ende April geschlossen zurück, obwohl fünf Minister der alten Regierungsmannschaft dem neuen Kabinett angehören.⁴¹

Hugo Banzer trat 2001 aus gesundheitlichen Gründen zurück und übergab seinem Vize-Präsidenten Jorge Quiroga den Regierungsvorsitz. Aus den 2002 durchgeführten Wahlen ging abermals Gonzaló Sanchez de Lozada hervor. Der amerikanische Botschafter hatte zuvor gewarnt, dass die USA im Falle eines Wahlsieges Evo Morales, ihre bilateralen Beziehungen zu Bolivien beenden würden. Nichtsdestotrotz landete Morales nur ein paar Prozentpunkte hinter Lozada auf dem zweiten Platz.

⁴⁰ Lea, 2001. S. 33

⁴¹ Zackel, Marc (Stand: 12.09.2010). Ausnahmezustand und Tote: Ex-Diktator Hugo Banzer greift wieder auf die Militärs zurück. In: Lateinamerikanachrichten Nr. 311/2002 <<http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/1758.html>>

3.1.3. Außenpolitische Fremdbestimmung

Während des Zweiten Weltkriegs hörten die internen Konflikte in Bolivien nicht auf, externe Faktoren waren aber maßgebend für das auftreten am internationalen Parkett. Nach dem angeblichen Selbstmord Buschs und wieder einer Übernahme der Oligarchie, folgte eine Zeit der innenpolitischen Unruhen und revolutionären Parteien. 1940 wurde der General Penaranda als Mann der Oligarchie zum Präsidenten gewählt. Unter Penaranda erklärte Bolivien den Achsen-mächten am 7. April 1943 den Krieg. Das Land war der stärkste Unterstützer der Alliierten in Südamerika und wurde von den USA durch die Gewährung staatlicher Kredite gut dafür entlohnt.

Der nächste Bruch ließ jedoch nicht lange auf sich warten. Durch den Putsch einer Allianz aus jungen Offizieren und der Partei *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR) gelangte wieder ein linker Militär an die Macht. Der neue Präsident Villarroel und die jungen Offiziere, welche sich am Putsch beteiligt hatten, standen Toros und Buschs Idee eines Staatssozialismus nahe. Obwohl die neue Regierung tendenziell mit den Achsenmächten sympathisierte, konnte sie sich keine offene Konfrontation mit den Vereinigten Staaten leisten und blieb bei der Kriegserklärung gegen die Achsenmächte der vorangegangenen Regierung.⁴²

Das totalitäre Regime unter Villarroel konnte sich bis 1946 halten. Der Diktator wurde am 21. Juli 1946 von einer aufgebrachten Menschenmenge im Präsidentenpalast getötet. Das zweite sozialmilitärische Projekt nach Busch und Toro war gescheitert.⁴³ Ein weiteres Mal übernahm 1946 die konservative Elite das Kommando und regierte die nächsten sechs Jahre mit dem von ihr eingesetzten Präsidenten Hertzog. Diese Epoche würde als Sexenio in die bolivianische Geschichte eingehen. Sechs reaktionäre

⁴² Ebd. S. 123

⁴³ Ebd. S. 129

Jahre, geprägt durch Staatsterror in Form von Repression gegenüber der indigenen Bevölkerung und den Minenarbeitern.⁴⁴

3.1.4. 2002 bis 2005: Was führte zum Wahlsieg von Evo Morales?

Seit dem Jahr 2000, noch unter der Präsidentschaft von Hugo Banzer, gewann die „Politik der Straße“⁴⁵ immer mehr an Bedeutung im bolivianischen Alltag. Dies bekam auch der 2002 zum Präsidenten Boliviens gewählte Gonzalo Sánchez de Lozada zu spüren. Hintergrund der sozialen Spannungen war das neoliberale Wirtschaftssystem. Bereits seit 17 Jahren wurde der freie Markt propagiert und ausgebaut. Verbesserungen brachte dies der breiten Bevölkerung jedoch keine. Ganz im Gegenteil fiel das durchschnittliche Jahreseinkommen Pro-Kopf von 1080 US-Dollar im Jahr 1997 auf 900 US-Dollar im Jahr 2002.⁴⁶

Lozados Versuch Anfang 2003, einer Forderung des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) nachzukommen, brachte das Fass endgültig zum Überlaufen. Er wollte das Haushaltsdefizit über die Einführung einer Lohnsteuer verringern. Dies hatte unmittelbar Unruhen zur Folge. Den Höhepunkt erreichten diese Unruhen am 12. und 13. Februar 2003. Im direkten Umkreis des Parlamentsgebäudes in La Paz kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und dem Militär. Dabei kamen 16 Zivilisten und 15 Uniformierte ums Leben.⁴⁷ Lozado wurde in Anbetracht der Februarunruhen beinahe entmachtet: Aufgrund der illusorischen Durchsetzbarkeit seiner Steuerpläne war er einerseits seitens des IWFs unter Druck geraten, andererseits konnte er nach wie vor das neoliberale Wirtschaftssystem nicht als ein Erfolgssystem verkaufen. Zwar wurden einzelne sozialpolitische Maßnahmen realisiert, wie zum Beispiel die Einführung einer allgemeinen Mutter-Kind-Versicherung,⁴⁸ diese konnten

⁴⁴ Ebd. S. 131

⁴⁵ Calderón, Fernando und Alicia Szmukler. La política en las calles: Política, urbanización y desarrollo. La Paz: Plural, 2000. S. 337

⁴⁶ Piepenstock, Anne et al. Vom Musterland zum Volksaufstand. S. 149-160. In: Gabbert, Karin (Hsg.) et al. Medien und ihre Mittel: Jahrbuch Lateinamerika Nr. 28. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2004. S. 153

⁴⁷ Ebd. S. 154

⁴⁸ Piepenstock, 2004. S. 144

aber kein nachhaltiges, neues Vertrauen in die Regierung und ihr neoliberales Wirtschaftsmodell wecken:

Zwischen Februar und Oktober [2003] liegen acht Monate politischen Lavierens und der Agonie. Die parlamentarische Demokratie war formal intakt, aber das ökonomische Modell, das seit 1985 untrennbar mit ihr verbunden ist, zeigte sich offensichtlich unfähig, grundlegende Probleme der Bevölkerungsmehrheit wie Armut, Arbeitslosigkeit und extrem ungleiche Einkommensverteilung zu lösen.⁴⁹

In diesen acht Monaten scheiterten Vermittlungsversuche von Seiten der katholischen Kirche in Form eines parteiübergreifenden sozialen Paktes am *Movimiento al Socialismo* (Sozialistische Bewegung) und seinem Führer Evo Morales. Des Weiteren wurde der beabsichtigte Erdgasexport über Chile in die USA zum zentralen politischen Thema. Internationale Wirtschaftsexperten und Investoren rechneten vor, dass der Export bolivianischen Gases nach Kalifornien ökonomisch effizient und sinnvoll sei wenn es über Chile, wo es verflüssigt und verschifft würde, transportiert werde. Als Reaktion formierte sich eine 'Gaskoordination' in der Opposition die auf historische Konflikte mit Chile hinwies um gegen diese Strategie vorzugehen, teilweise mit sehr nationalistischen Elementen.⁵⁰

Wieder einmal wurde der zum damaligen Zeitpunkt 120 Jahre zurückliegende Salpeterkrieg und der dadurch verlorene Pazifikzugang als Hauptargument gegen Chile hervorgebracht. Des Weiteren konnte die Opposition, mit dem Verweis auf den vergangenen Silber- und Zinnraubbau durch Ausländische Firmen, bei der Bevölkerungen Ressentiments gegen einen neuerlichen Ressourcenexport hervorrufen: „Insgesamt war die Debatte emotional, für eine nüchterne Betrachtung von Vertragsbedingungen und Vertragsstrategien blieb wenig Raum.“⁵¹

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd. S. 146

⁵¹ Ebd.

In diesem aufgeheizten politischen Klima waren *Bloqueos* (Straßenblockaden) die häufigste Form des politischen Protestes. Zugeständnisse der Regierung Lozados blieben weitgehend ohne Wirkung, die Opposition ging immer öfter mit einem unerfüllbaren Paket an Maximalforderungen auf die Straße. Zu diesen gehörten die Verstaatlichung von Unternehmen und der sofortige Abschied vom neoliberalen Wirtschaftsmodell, eine Volksabstimmung über den Gasexport und eine Aufhebung des Anti-Cocagesetzes.⁵²

Im September 2003 kam es zur endgültigen Eskalation. Das Militär wurde beauftragt, die durch die *Bloqueos* eingeschlossenen Touristen sicher nach La Paz zu bringen, wo sich der Regierungssitz befindet. Dabei kam es zu Zusammenstößen des Militärs mit den Protestierenden, bei denen mehrere Zivilisten ums Leben kamen. Die daraus resultierenden Proteste in El Alto, führten zur vollkommenen Isolation von La Paz. El Alto ist nicht nur eine Vorstadt von La Paz, sondern auch ihr einziger Zugang - zumal sich die inoffizielle Hauptstadt Boliviens neben Sucre in einer geographisch eingekesselten Lage befindet. Nicht zuletzt befindet sich der oberste Gerichtshof in La Paz:

La Paz war dem Zusammenbruch nahe, ausländische Organisationen begannen bereits, ihre Staatsangehörigen zu evakuieren. Am Abend des 17. Oktober floh Gonzalo Sanchez de Lozada [...] aus der Präsidentenresidenz. Die Protestierenden beendeten nach der Nachricht von der Flucht des Präsidenten mehrheitlich ihre Aktion.⁵³

Der bislang erst selten erfolgte Zusammenschluss der indigenen Land- und Stadtbevölkerung lässt sich auf Basis eines gemeinsamen Nenners erklären und zwar dem Gasexport: „Bezeichnend war es so ein ganz und gar nicht spezifisch indigenes, sondern explizit nationales Thema, das im Vordergrund stand.“⁵⁴

⁵² Piepenstock, 2004. S. 147

⁵³ Piepenstock, 2004. S. 148

⁵⁴ Ebd.

Der Vizepräsident Carlos Mesa Gisbert hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon lange von Lozado abgewandt und wurde nicht mit den insgesamt 59 während der Gaskrise zu Tode gekommenen Zivilisten in Verbindung gebracht.⁵⁵ Die überwiegende Mehrheit des Parlaments wählte ihn zum Präsidenten. Bemerkenswert ist, dass auch das *Movimiento al Socialismo* (Sozialistische Bewegung, MAS) und Evo Morales Mesa unterstützten. Somit handelte es sich um keine politische Revolution, sondern um den verfassungskonformen Rücktritt des Staatsoberhauptes und der Wahl des Vize-Präsidenten zum neuen Präsidenten.⁵⁶

Mesas frühe Amtszeit stand erneut im Zeichen eines innerstaatlichen Konfliktes denn der Gasexport hatte nur die Hochlandregion bis zu einem gewissen Maß zufrieden stellen können. Dem gegenüber stand schon immer die Bevölkerung des bolivianischen Tieflandes. Die Differenzen der beiden Regionen vergrößerten sich zusätzlich durch die Gaskrise. Die Tiefländer hatten neben den Gasfunden auch enorme Wachstumsraten im informellen Sektor, allen voran die Millionenstadt Santa Cruz. Durch die radikalen Forderungen der Protestanten aus dem Hochland befürchteten viele Tiefländer wirtschaftliche Nachteile. Die zahlreichen indigenen Bevölkerungsgruppen des Tieflandes sowie indigene Emigranten aus dem Hochland ließen sich nicht auf die gleiche Weise mobilisieren, wie die indigene Hochlandbevölkerung. Einerseits dürften hierfür die besseren ökonomischen Umstände und die Heterogenität der einzelnen Gruppen verantwortlich sein, andererseits konnte die weiße und mestizische wirtschaftliche Elite des Tieflandes ihre ökonomischen Argumente erfolgreich gegen eine Radikalisierung wie im Hochland ins Feld führen.⁵⁷ Obwohl Mesa die Situation am Anfang deeskalieren konnte, blieb der Ost-Westkonflikt bzw. Hoch- Tieflandkonflikt bestehen und mit ihm ständige Auseinandersetzungen über den Gasexport – das vorherrschende Thema der bolivianischen Medien zwischen 2004 und 2005.

⁵⁵ Rice, Roberta. Die Evolution indigener Politik in Bolivien. S. 49-61. In: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr. 1/2006. S. 52

⁵⁶ Piepenstock, 2004. S. 148

⁵⁷ Ebd.

Mesa, bemüht um eine demokratische Bestätigung seiner Regierungspläne, ließ 2004 ein Referendum über die Energiepolitik des Landes abhalten. Unter anderem konnte Mesa, durch das Referendum bestätigt, die Steuerabgabe für Gewinne der ausländischen Energiekonzerne auf 32% erhöhen. Doch dies reichte nicht aus, um die Situation zu entschärfen: Im Jahr 2005 verlor Mesa den wichtigen parlamentarischen Rückhalt der MAS um Evo Morales:

Carlos Mesa [...] gab im Juni 2005 auf, ohne eigene parlamentarische Mehrheit und aufgerieben zwischen den großen Erwartungen der sozialen Bewegungen und dem Gegendruck bürgerlicher Kreise, insbesondere der Oligarchie in Santa Cruz. Inmitten von zum Teil bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wurde verfassungsgemäß der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Rodríguez Veltzé, zum Interimspräsidenten bestellt, um Neuwahlen vorzubereiten.⁵⁸

Hier muss hinzugefügt werden, dass Mesa, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lozado, auf die Option verzichtete, die bereits erwähnten, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen militärisch zu befrieden und somit weiteres Blutvergießen verhinderte.

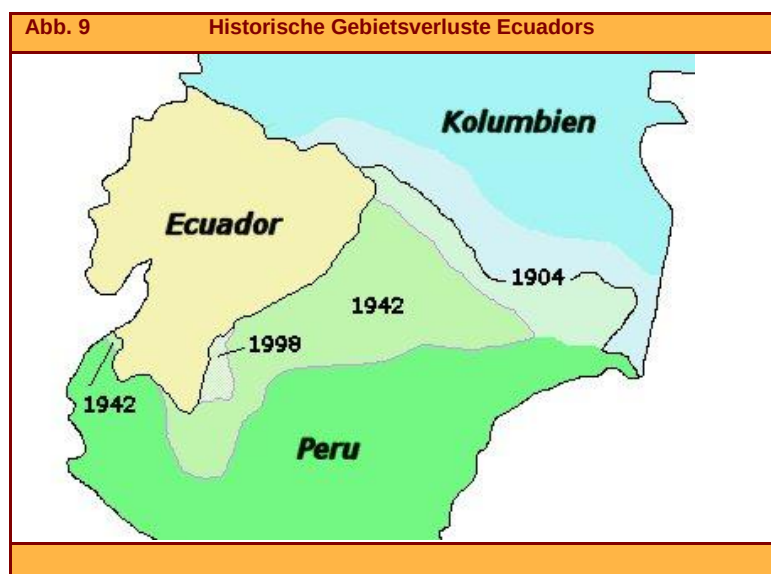
3.2. Historischer Abriss Ecuadors

Während das vorhergehende Kapitel die historischen Hintergründe der aktuellen militärischen und wirtschaftlichen Bündnisse Boliviens aufdeckte, sollen die folgenden Beobachtungen denselben Einblick in Zusammenhang mit Ecuador schaffen. Dadurch soll im Hauptteil das schlüssige Verständnis der Hintergründe des aktuell schwierigen Verhältnisses Ecuadors zu den USA unterstützt werden.

⁵⁸ Ströbele-Gregor, Juliana. Bolivien im Umbruch S. 182- 193. In: Gabbert, Karin (Hsg.). Rohstoffboom mit Risiken. Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte Nr. 31. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2007. S. 189

3.2.1. Ecuadorianische Gebietsverluste

Sechs Jahre nach dem Ende des Chacokrieges zwischen Bolivien und Paraguay, in einer Zeit der politischen und wirtschaftlichen Instabilität in Ecuador, fiel auch eine militärische Auseinandersetzung mit dem Nachbarstaat Peru. 1941 kam es zu Scharmützel zwischen ecuadorianischen und peruanischen Truppen. Peru hatte nach dem Beginn des zweiten Weltkrieges seine Truppen mit modernen amerikanischen Waffen ausgestattet und war deshalb den Ecuadorianern weit überlegen. Im Laufe der kurzen Auseinandersetzung konnte Peru die Provinz El Oro erobern. Obwohl nur ein paar tausend Soldaten in den Konflikt involviert waren, schalteten sich sofort die USA, Brasilien, Chile und Argentinien ein und erzwangen das *Protokoll von Rio de Janeiro*. Ecuador musste 40% seines Territoriums an Peru abtreten. Es handelte sich hierbei aber fast ausschließlich um unbesiedelte Gebiete. Das rasche Eingreifen der Kontrollmächte lässt sich durch die bereits angeordnete, generelle Mobilisierung beider Länder erklären: Diese hätte innerhalb kürzester Zeit von Differenzen zu einem offenen Krieg geführt. Ein solcher Krieg hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit zur totalen Niederlage der ecuadorianischen Armee geführt.⁵⁹



⁵⁹ Bernecker, Walther L.(1996): S. 752

Im Jänner 1981 hatte Ecuador, das die Grenzziehung von 1942 nie akzeptiert hatte, diesbezüglich einen erneuten Konflikt mit Peru. Dieser wurde jedoch sofort durch die Kontrollmächte USA, Brasilien, Argentinien und Chile geschlichtet und hatte somit keine Auswirkung auf Staatsgrenzen.⁶⁰ Zwei Jahre später, von Dezember 1982 bis Jänner 1983, kam es erneut zu kleineren Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten, auch diese blieben ohne Konsequenzen auf die Landesgrenzen.⁶¹

Im Jahr 1992 konnte die konservative PSC im Kongress die Mehrheit und etwas später auch das Präsidentenamt für sich gewinnen. In diese Legislaturperiode, unter Präsident Sixto Durán Ballén fiel 1995 die letzte militärische Auseinandersetzung mit Peru. Diesem Konflikt fielen ca. 500 Soldaten zum Opfer. Obwohl Ecuador keine entscheidenden territorialen Gewinne verbuchen konnte, ging die ecuadorianische Armee gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor. Das belegen die geringeren Opferzahlen auf ecuadorianischer Seite. Ecuador musste jedoch unter dem Druck der Kontrollmächte das umstrittene Grenzgebiet entmilitarisieren. In weiterer Folge nahm Ecuador zum ersten Mal offiziell das *Rio de Janeiro Protokoll* an.⁶² Nach diesen drei, ununterbrochenen Präsidentschaften war die Zeit der politischen Stabilität wieder vorbei.

3.2.2. Wirtschaftliche Entwicklungen Ecuadors

Wirtschaftlich war Ecuador traditionell abhängig vom Export weniger Primärgüter und daher Bolivien ähnlich immer wieder durch globale Ereignisse und Schwankungen am Weltmarkt stark beeinflusst.

1929 war die die Zeit der Kakaobooms in Ecuador längst vorbei. Die durch die Kakaokrise begünstigte Machtübernahme der Militärs im Jahr 1925 änderte aber nichts Grundsätzliches an der gesellschaftlichen Ordnung in Ecuador.⁶³ Hierfür war vor allem der *Concertaje* verantwortlich.⁶⁴ Der

⁶⁰ Bieber, 1992. S. 117

⁶¹ David, 2001. S. 108

⁶² David. S. 111

⁶³ Bernecker, 1996. S. 742

Begriff bezeichnet ein System der Schuldknechtschaft der indigenen Bevölkerung durch die Oligarchie und festigte das Einkommen und den Status der konservativen Elite. Was die Kakaokrise jedoch veränderte war der Charakter innerpolitischer Auseinandersetzungen:

Besaßen bis zum Beginn jener Krise die Machtkämpfe einen entschieden intraoligarchischen Charakter, so wurden die Forderungen der unterprivilegierten Schichten nach erweiterten Rechten und Partizipationsmöglichkeiten bestimmt.⁶⁵

Verschärft wurde die Kakaokrise ab 1929 durch die Weltwirtschaftskrise: die ecuadorianische Kakaowirtschaft sollte sich nie mehr davon erholen.⁶⁶ Die wichtigste Maßnahme der Militärjunta von 1925 bis 1931 war die erhöhte Kontrolle des Finanzwesens.⁶⁷ Hier muss hinzugefügt werden, dass auch die Regierung unter Isidro Ayora von 1926 bis 1931 de facto von der Militärjunta aus den Jahren zuvor eingesetzt und kontrolliert wurde.⁶⁸ Außerdem konnten die Militärs ein Ministerium für Sozialfürsorge und Arbeit schaffen und des Weiteren eine Aufsichtsbehörde zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen installieren. Viel änderte sich dadurch allerdings nicht. Die bereits erwähnte Schuldenknechtschaft blieb weitgehend bestehen. Von 1931 bis 1948 befand sich Ecuador in einem Zustand chronischer Instabilität. Nicht weniger als 21 Regierungen wechselten sich in dieser Zeit ab, keine von ihnen überstand eine gesamte Legislaturperiode.⁶⁹ Und keine vermochte es, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. In diese Zeit fiel auch die erste Amtszeit von José María Velasco. Er wurde einer der präsentesten Figuren der ecuadorianischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Insgesamt fünf Mal wurde er zum Präsidenten gewählt und vier Mal gestürzt.⁷⁰ Aktuell bestand das Hauptproblem der ecuadorianischen Wirtschaft darin, den Einbruch des Kakaoexports zu kompensieren:

⁶⁴ Costales, Samaniego. Alfredo, Historia social de Ecuador Band 1. Quito: 1959

⁶⁵ Bernecker, 1996. S. 742

⁶⁶ Lea S. 106

⁶⁷ Bernecker, Walther L.(1996): S. 743

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ David, 2001. S. 106

⁷⁰ Ebd.

Der Wert seiner Exporte, der zwischen 1895 und 1920 im Jahresdurchschnitt 11 Mio. US-Dollar erreicht hatte, ging im Zeitraum von 1921 bis 1941 auf durchschnittlich neun Mio. US-Dollar zurück, wobei Kaffee, Reis und Stroh Hüte zu den wichtigsten Ausfuhrsgütern avancierten.⁷¹

Erst durch das Ende des Ersten Weltkriegs stieg die Nachfrage nach anderen Gütern wieder an. Der Exportwert Ecuadors konnte sich zwischen 1921 und 1949 durch die erhöhten Ausfuhren von Kautschuk, Balsaholz, Reis, Chinarinde und auch Gold Devisen auf 35 Mio. US-Dollar einpendeln. Der durchschnittliche Wert der Exporte in dieser Zeit lief aber nicht auf mehr als 15 Mio. US-Dollar hinaus und war damit nicht bedeutend höher als noch vor dem Ersten Weltkrieg. Folglich blieben weitgehende Modernisierungen weiterhin aus.⁷²

Im Jahr 1948 konnte Galo Plaza Lasso zum ersten Mal nach 1924 als Präsident eine gesamte Amtszeit regieren. Gefördert wurde diese politische Stabilität durch wirtschaftlichen Aufschwung. Durch Pflanzenkrankheiten in den Bananenplantagen Mittelamerikas wurde der ecuadorianische Bananenexport vervielfacht.⁷³ Bananen waren der lang ersehnte Ersatz für das ehemalige Hauptexportgut Kakao:

Von bescheidenen zwei Mio. US-Dollar im Jahr 1949 erhöhte sich der Wert des Bananenexports auf 90 Mio. US. Dollar im Jahr 1960. Wie ehemals der Kakao sollten Bananen im Verlauf der 50er und 60er Jahre einen Anteil von bis zu 60 Prozent des Ausfuhrwertes erreichen. Die rapide Ausdehnung des Bananenbaus ermöglichte es dem Land, 1954 zum ersten mal in seiner Geschichte für über 100 Mio. US-Dollar zu exportieren.⁷⁴

⁷¹ Bernecker, Walther L.(1996): S. 743

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.: S. 745

⁷⁴ Ebd.: S. 745

Mit diesem Aufschwung wurde der Grundstein für ein modernes Ecuador gelegt. Die Schuldknechtschaft wurde endgültig abgeschafft und unter Galo Plaza (1948-1952), Velasco Ibarra (1952-1956) und der Militärjunta unter Ramón Castro Jijón (1963-1966) wurde das gesamte Land modernisiert: Es kam beispielsweise zum Bau von Brücken, Asphaltstrassen, Flugplätzen und ein Telefonnetz sowie Entwässerungsanlagen wurden errichtet.

Ein konservatives Zwischenspiel gab es von 1956 bis 1960, als Camilo Ponce Enriquez, als erster konservativer Kandidat seit 1895, Präsident werden konnte. Auf ihn folgte im Jahr 1960 erneut Velasco. Dieser konnte sich diesmal aber nur ein Jahr an der Macht halten und wurde bereits 1961 von Carlos Julio Arosemena gestürzt. Arosemena seinerseits wurde 1963 von Militärs unter Castro Jijón entmachtet. Castro Jijón forcierte, den von Velasco Ibarra und Galo Plaza eingeführten, Modernisierungsprozess wieder.⁷⁵

1966 entließ sich die Militärjunta selbst und setzte den ehemaligen Wirtschaftsminister Clemente Yerovi Indaburu als Präsidenten ein. Nachdem noch im selben Jahr eine neue Verfassung verabschiedet wurde, welche die Intervention des Militärs verbot, musste Yerovi zurücktreten. Von ihm übernahm Otto Arosemena Gomez bis 1968 das Amt des Präsidenten.⁷⁶

Freie Wahlen ermöglichten Velasco im Jahr 1968 seine fünfte Präsidentschaft. Im Jahr 1970 nützte Velasco eine durch die Entwertung von Exportgütern hervorgerufene Krise, um die Verfassung außer Kraft zu setzen und per Dekret zu regieren.⁷⁷ Velasco wurde im Jahr 1972 das vierte Mal in seiner politischen Karriere aus dem Amt geputscht und eine Militärjunta unter Guillermo Rodriguez Lara übernahm die Macht. Unter dessen Führung wurde das erste Mal Erdöl in größeren Umfang exportiert.

⁷⁵ Bernecker, Walther L.(1996): S. 747

⁷⁶ David, 2001. S. 107

⁷⁷ Ebd.: S.107

Dieser Export konnte bald den Bananenexport als Hauptdevisenquelle ablösen. Außerdem wurden Konzessionen für Erdölexploration, welche unter Velasco vergeben wurden, annulliert.⁷⁸

Ohne den Erdölexport wären auf das Land schwere wirtschaftliche Zeiten zugekommen, da sich die Bananenplantagen in Mittelamerika längst erholt hatten und sich der Wettbewerb langfristig in niedrigeren Preisen manifestierte. Der Erdölexport war, im Gegensatz zum Bananenexport, weitgehend in staatlicher Hand und brachte daher erhebliche Einnahmen:

Die Einnahmen aus dem Erdölexport weckten hohe Erwartungen sowohl hinsichtlich des zukünftigen nationalen Entwicklungspotential als auch in Bezug auf die Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit.⁷⁹

Doch bereits in der zweiten Periode der Militärjunta, nachdem Rodríguez Lara im Jahr 1976 die Macht an den Militär Alfredo Poveda Burbano abgegeben hatte, wurden die Erwartungen herabgesetzt. Die Deviseneinnahmen gingen durch eine weltweite Rezession merklich zurück und die Aufnahme von internationalen Krediten konnte das Problem auch nicht lösen. Die von der Militärjunta versprochenen, freien Wahlen wurden 1978 tatsächlich durchgeführt. Vorhergegangen waren im Januar des selben Jahres die Einführung einer, durch einen Volksbescheid bestätigten, neuen Verfassung nach welcher Ecuador eine unabhängige, demokratische und unitarische Republik geworden ist. Der Verfassung von 1925-1945 ähnlich, enthält diese Verfassung wichtige Bestimmungen nationalistischen und demokratischen Inhalts:

Sie räumt dem Staat beträchtliche wirtschaftliche Kompetenzen ein und führte erstmals das allgemeine Wahlrecht und die Möglichkeit der Volksbefragung ein. Die Legislative wurde auf eine einzige Kammer beschränkt.⁸⁰

⁷⁸ Bernecker, Walther L.(1996): S. 747

⁷⁹ Bernecker, Walther L.(1996): S. 747

⁸⁰ Vgl.: Bieber, E. León: Ecuador, in: Waldmann, Peter/ Krumwiede, Heinrich (Hrsg.): Politisches Lexikon Lateinamerika, 3. Auflage, München 1992, S. 114

Da der erste Wahlgang keinen klaren Gewinner ergab, konnte sich Jaime Roldós Aguilera erst nach einer zweiten Stichwahl im April 1979 durchsetzen.⁸¹ Ab dem Jahr 1979, mit der freien Wahl von Jaime Roldós Aguilera zum Präsidenten und der gleichzeitigen Ablöse der Militärjunta, setzte sich ein Stabilisierungsprozess in Ecuador ein. Der politischen Stabilisierung standen unaufhaltsam wachsende wirtschaftliche Probleme gegenüber:

Das Kapital, welches der Staat im Laufe der 70er anhäufen konnte, wurde für teure Rüstungsgüter, die Aufblähung des tertiären Sektors, hohe Subventionen an Unternehmer und die Verbilligung von Grundnahrungsmitteln, aber auch für massive Einfuhren von Luxusgütern verwendet. Sträflich vernachlässigt wurden demgegenüber dringend erforderliche Investitionen im Primärsektor.⁸²

Dies hatte zur Folge, dass sich die Auslandsschulden Ecuadors von 1976 bis 1982 verzehnfachten. Osvaldo Hurtado Larrea, der politische Nachfolger Roldós Aguileras, der 1981 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, musste sich nun endgültig von dem Versuch, langsam zu den Industrienationen aufschließen zu können, verabschieden.

Im Jahr 1984 konnte León Febres Cordero, der konservative Kandidat und Parteichef der *Partido Social Cristiano* (Christlich Sozialen Partei, PSC), die Stichwahl für sich entscheiden. Febres startete ein wirtschaftsliberales Programm, welches unter anderem die Staatsinterventionen in der Wirtschaft reduzieren sollte.⁸³

Im Jahr 1988 konnte mit Rodrigo Borja erneut ein linker Spitzenkandidat die Wahlen in Ecuador für sich entscheiden. Borja wählte für die Lage Ecuadors 16 Jahre nach Beginn des Erdölbooms dramatische Worte:

⁸¹ David, 2001. S. 108

⁸² Bernecker, 1996. S. 748

⁸³ David, 2001. S. 108

Die Lage unseres Landes ist chaotisch. Wir erleben eine globale Krise, die in allen Bereichen zum Ausdruck kommt: Wirtschaftskrise, soziale Krise, Disziplin Krise, Krise der Glaubwürdigkeit von Gesetz und Autorität, moralische Krise, Zerrüttung der ethisch-sozialen Werte, die unser Zusammenleben regieren sollen, Reizbarkeit eines Volkes, das nicht weiß, was morgen passieren wird und Angst vor der Zukunft hat.⁸⁴

Trotz einiger moderater Sozialreformen Borjas, kam es immer wieder zu heftigen Demonstrationen.⁸⁵ Jedoch konnten weder diese Proteste, noch ein geplanter Putsch oder die Pattstellung zwischen Kongress und Regierung Anfang der 1990er Jahre Borjas stürzen – er konnte sich über die gesamte Legislaturperiode an der Macht halten.⁸⁶

Nach nur wenigen Monaten endete im Jahr 1997 die Präsidentschaft Abdalá Bucarams. Er wurde für das Chaos und Korruption im Land verantwortlich gemacht und musste nach Panama ins Exil flüchten. Vom Kongress wurde daraufhin Arteaga als Präsident eingesetzt, welcher seinen Platz noch im selben Jahr für Alarcón räumte.⁸⁷

Im Jahr 1998 konnte Jamil Mahuad Witt die Stichwahl zum Präsidentenamt für sich entscheiden. In seine Amtszeit fielen die endgültige Beilegung des Konflikts mit Peru und die enorme Wirtschaftskrise von 1998 bis 2000, welche die Dollarisierung Ecuadors zur Folge hatte. Die Übernahme der US-amerikanischen Währung war nach zwei Jahren ökonomischen Chaos eine Zwangsmaßnahme. Das Land hatte nach dem kurzen aber kostenintensiven Krieg mit Peru 1995, der Naturkatastrophe *El Nino* im Jahr 1997 und dem Tiefstand des Ölpreises mit einer schweren wirtschaftlichen Krise zu kämpfen. Aufgrund des Bankrotts mehrerer Geldinstitute, wurde von der staatlichen Zentralbank die Geldmenge immer weiter erhöht. Dies hatte eine noch nie dagewesene Inflation zur Folge. Der Sucre, die ecuadorianische Währung, war Ende

⁸⁴ Bieber, 1992. S. 118

⁸⁵ David, 2001. S. 109

⁸⁶ Ebd. S. 110

⁸⁷ Ebd. S. 113

1999 bereits dermaßen entwertet, dass als inoffizielle Währung bereits US-Dollar gehandelt wurden.

Die direkte Folge der Dollarisierung war ein Putsch gegen Jamil Mahuad. Eine Allianz aus indigenen Interessensvertretern, Militärs unter der Führung von Lucio Borbúa und einem Verfassungsrichter übernahm für kurze Zeit die Macht. Nach ein paar Monaten wurde jedoch auf Druck der US-amerikanischen Botschaft der bisherige Vize-Präsident Gustavo Noboa als Präsident eingesetzt, der bis zu den Wahlen im Jahr 2002 an der Macht blieb. Trotz des erfolgreichen Putsches blieb der Dollar die offizielle Währung Ecuadors.⁸⁸

3.2.3. 2002 bis 2006: Was führte zum Wahlsieg Rafael Correas?

2002 konnte der Präsidentschaftskandidat Oberst Lucio Guitiérrez die Präsidentschaftswahlen für sich gewinnen. Die Bevölkerung war mehrheitlich optimistisch gestimmt, hatte doch Guitiérrez verächtlich auf die turbulenten Jahre der Vergangenheit zurückgeblickt und eine Stabilisierung Ecuadors angekündigt. Erstmals nach freien Wahlen waren außerdem indigene Abgeordnete in der Regierung vertreten und in Brasilien und Venezuela mit Lula und Chavez zwei linksorientierte Präsidenten an der Macht, die eine Umverteilung propagierten.⁸⁹

Die Hoffnung der unteren Bevölkerungsschichten auf eine bessere ökonomische Situation wurde jedoch bald enttäuscht. Die rasche Verabschiedung einer durch den IWF geforderten Absichtserklärung legte einen konservativen neoliberalen Wirtschaftskurs fest. In Folge der Forderungen des Abkommens nach Einsparungen im extremen Ausmaße im öffentlichen Haushalt, wurden wieder die Preise für Brennstoffe, Strom und Telefon um ca. 25 Prozent von der Regierung erhöht. Zur selben Zeit

⁸⁸ Hoffmann, Karl-Dieter: Das politische System Ecuadors. S. 198 -225S. In: Stüwe, Klaus (Hsg.): Die politischen Systeme in Nord - und Lateinamerika; Wiesbaden; 2008. S. 203

⁸⁹ Acosta, Alberto (2004). Länderbericht Ecuador. S. 167-174. In: Gabbert, Karin u.a. (Hrsg.): Medien und ihre Mittel. Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte 28, Münster. S. 169

verpflichtete sich die Regierung dazu die eingefrorenen Löhne zu belassen.⁹⁰

Anstelle der im Wahlkampf versprochenen Verdoppelung des Solidarbonds für die ärmsten Bevölkerungsschichten, wurde sie nur um 3,50 Dollar, von 11,50 auf 15,00 Dollar, erhöht. Ebenso wurden die Darlehen des Instituts für Sozialversicherung IESS gestoppt.⁹¹

Der IWF ging aber noch weiter. Er setzte Fristen für Reformen in der Arbeits- und Steuergesetzgebung. Dies bedeutete einen massiven Eingriff in die inneren Angelegenheiten und somit in die Souveränität Ecuadors.⁹²

Die Regierung Guitiérrez gab durch die Überantwortung wichtiger Entscheidungen an den IWF den Großteil ihres Handlungsspielraums auf. Ein Resultat dieses restriktiven, wirtschaftsliberalen Kurses war der Austritt der indigenen Interessensvertreter aus der Regierung Mitte 2003:

In der Folge verschanzte er [Guitiérrez] sich zunehmend hinter seiner Partei Sociedad Patriótica 21 Enero (PSP) [...]. Es wurde deutlich, dass Guitiérrez überhaupt kein politisches Programm besaß. Stattdessen probierte er jedwede Koalitionspartner durch, der ihm eine Mehrheit verschaffte.⁹³

Ende 2003, mittlerweile befand sich die Regierung in einer halboffiziellen Koalition mit der rechten Christlich Sozialen Partei, wurde das politische Klima in Ecuador zusehends diktatorischer. Der ehemalige Militär Guitiérrez ließ immer weniger Zweifel daran, dass er wenig Respekt vor Demokratie und staatlichen Institutionen hatte. Bestätigt wurde dieses Bild durch verschiedene Versuche, seine politischen Gegner zum Schweigen zu bringen, wie zum Beispiel durch ein Attentat auf den Anführer der *Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador* (Nationale Konföderation der Indigenen Völker Ecuadors, CONAIE), mit

⁹⁰ Acosta, 2004. S.166

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd.: S.167

⁹³ Gabbert, Karin. Länderbericht Ecuador. S. 156-170. In: Gabbert, Karin (Hsg.). Neue Optionen Lateinamerikanischer Politik: Jahrbuch Lateinamerika Nr. 29. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2005. S. 164

dem Guitiérrez nahestehende Militärs in Verbindung gebracht wurden. Darüber hinaus wurde diese Phase von einem ständigen Ministerwechsel begleitet. Einzig jene Minister, die direkt mit der Absichtserklärung gegenüber dem IWF zu tun hatten, blieben im Amt.⁹⁴

Die Regierung unter Guitiérrez schaffte es weitere 11 Monate im Amt zu bleiben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass trotz der zunehmenden Abneigung der Bevölkerung gegen die Regierung, das Vertrauen in die Unterstützung der Polizei und des Militärs erhalten blieb. Auch die guten Beziehungen zu den USA festigten Guitiérrez Position wesentlich. Den letzten Schritt, welcher in weiterer Folge zur endgültigen Eskalation führte, setzte Guitiérrez am 8. Dezember 2004:

An diesem Tag hatte sich Guitiérrez eine Mehrheit im Parlament organisiert, um Verfassungsgericht, Wahlbehörde und Obersten Gerichtshof abzusetzen. Dann setzte er Kandidaten der Parteien als Richter ein, die ihn bei diesem Manöver unterstützt hatten. Im Prinzip übernahm die Regierung damit die Judikative und hob die staatliche Gewaltenteilung auf.⁹⁵

Mitte April 2005 weiteten sich diese Proteste zu regelrechten Straßenkämpfen aus. Der Notstand wurde ausgerufen und der Präsidentenpalast wurde abgeriegelt. In einer Sondersitzung beschloss das Parlament am 20. April, Guitiérrez wegen Nichtausführung des Amtes zu entmachten. Dieser suchte Hilfe beim Militär, die ihm aber noch am selben Tag verweigert wurde. Einmal mehr spielte das Militär also eine entscheidende Rolle in Ecuador, diesmal allerdings zum Vorteil der Demokratie. Guitiérrez konnte wenige Tage später ins Exil nach Brasilien flüchten.

Im Gegensatz zur generellen politischen Lage zeichnete sich die Wirtschaftspolitik Ecuadors unter Guitiérrez durch Kontinuität aus. Positive

⁹⁴ Acosta, 2004. S.171

⁹⁵ Gabbert, 2005. S.159

Auswirkungen für die Bevölkerung blieben jedoch aus: Das Haushaltsdefizit gab es nur durch die zu bezahlenden Auslandsschulden; rechnet man diese nicht ein, hatte Ecuador 2004 einen Haushaltsüberschuss von einem Prozent. Unter Guitiérrez betrug der Schuldendienst 47 Prozent des gesamten Haushaltes. Weitere 40 Prozent gingen in Militär, Verwaltung und innere Sicherheit. Nur zehn Prozent wurden für soziale Dienste wie Gesundheitsversorgung und Bildung aufgewendet. Die Ausgaben für die ländliche Entwicklung beliefen sich damit insgesamt auf nur ein Prozent. Dies bedeutete, dass Guitiérrez die Ausgaben für Soziales um 30 und für Landwirtschaft um 50 Prozent gekürzt hatte.⁹⁶ Es konnten zwar auf der einen Seite beträchtliche Summen der Auslandsschulden zurückgezahlt und neue Kredite aufgenommen werden, jedoch passierte dies zu Lasten der unterprivilegierten Bevölkerungsschichten, auf die enorme Gesundheits- und Ausbildungskosten zukamen.

Alfredo Palacio der das Präsidentenamt von dem abgesetzten Guitiérrez übernommen hatte versuchte dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Rafael Correa, der neue Präsident, wurde von Palacio als Wirtschaftsminister eingesetzt. Dieser versuchte umgehend, über südamerikanische Partner den IWF und seine Forderungen zu umgehen, welcher prompt auf den Regierungswechsel mit einer Sperrung aller Kredite reagiert hatte. Vor allem die venezolanische Regierung äußerte sich als regionaler Partner in dem sie ankündigte dem Staat Ecuador Schuldscheine im Wert von 300 Mio. US-Dollar abzukaufen. Des Weiteren bot Venezuela an, ecuadorianische Erdöl aufkommen zu sehr günstigen Konditionen zu raffinieren.⁹⁷

Für die Regierung wurde Correas Vorgehen zu belastend. Einerseits wurde der Druck vom innerstaatlichen Finanz- und Ölsektor zu groß und andererseits richtete sich die Politik der USA und des IWF gegen die neuen

⁹⁶ Ebd. S.162

⁹⁷ Gabbert, 2005. S. 163

Strategien des Wirtschaftsministers. Bereits im August 2005 musste Correas nach nur drei Monaten im Amt erfolglos zurücktreten.

3.3. Fazit: Welche Auswirkungen hatte die Machtübernahme Morales und Correas auf die Beziehungen zu Brasilien, Venezuela und den USA?

Um diese Frage zu beantworten, empfiehlt es sich, die aktuelle Situation auf Basis des eben geschilderten, historischen Abrisses abzuleiten. Dieser Überblick soll zum besseren Verständnis der außenpolitischen Position gegenüber den USA beitragen, die im Hauptteil der vorliegenden Arbeit analysiert werden soll.

Die bilateralen Beziehungen sind sehr abgekühlt seit beide Staaten aus ihrer Passivität gegenüber den USA heraustreten. Dies ist vor allem durch die Annäherung beider Staaten zu Venezuela ersichtlich. Außerdem spielt Brasilien in eine immer größere Rolle in den internationalen Beziehungen und bietet somit den beiden Kleinstaaten eine potente Alternative zu den Vereinigten Staaten.

In Bolivien und Ecuador wurde im Zuge des bereits skizzierten Machtwechsels in den Jahren 2005 bzw. 2006 vor allem eine wirtschaftsliberale Politik abgewählt. Beide Länder definieren sich als *frei, unabhängig, souverän, multiethnisch* sowie als *unitarische Republiken* mit einer *demokratischen, repräsentativen und partizipativen Regierungsform*. Des Weiteren gibt es in beiden Staaten ein Bekenntnis zur Gewaltentrennung.⁹⁸



Ein ums andere Mal erwies sich die Einigung der Kontrahenten auf die Einberufung einer Konstituante als effizientes Vehikel zur Auflösung innenpolitischer Pattsituationen und zur raschen Beruhigung der

53

angespannten politischen Situation. Die dann erarbeitete und alsbald in Kraft gesetzte neue Verfassung war freilich von sich aus kaum besser als die vorhergehende geeignet, den politischen Prozess in weniger krisenträchtige Bahnen zu leiten. Ecuador gehört zu jenen Ländern der Region, wo die für Lateinamerika generell zutreffende Beobachtung, dass die politische Entwicklung nur bedingt durch den normativ vorgegebenen Rahmen bestimmt wird, eine besonders markante Ausprägung erfährt.⁹⁹

Ecuador ist eine präsidentielle Demokratie mit einer Kammer. Durch die Verfassung hat der Präsident die Doppelfunktion des Staatsoberhauptes und Regierungschefs inne. Nicht nur hat er die Macht, Minister und höchste Beamte zu ernennen und abzusetzen, er zeichnet auch für Ausführungsbestimmungen von Gesetzen, allgemeine Regierungspläne und Ressortprogramme verantwortlich.¹⁰⁰

Es ist wichtig festzuhalten, dass der Präsident in Ecuador zuständig ist für die Außenpolitik des Landes. Außerdem ist er der Oberbefehlshaber der Streitkräfte und darf in Extremsituationen wie militärischen Angriffen, innenpolitischen Unruhen oder Naturkatastrophen für einen Zeitraum von 60 Tagen den Ausnahmezustand verhängen. Er muss des Weiteren jedes Jahr vor dem Parlament Rechenschaft über die bisherige Arbeit der Exekutive ablegen. Ein Amtsenthebungsverfahren gegen das Staatsoberhaupt kann durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Kongress zur sofortigen Entbindung von seinen Aufgaben führen.¹⁰¹ Gründe für ein solches Verfahren können zum einen vorsätzlicher Amtsmissbrauch, zum anderen physische oder geistige Unfähigkeit sowie Nichtausübung des Amtes sein. Letzterer Grund führte zu zwei Amtsenthebungen in der jüngeren ecuadorianischen Geschichte. Die Präsidenten Bucaram (1997) und Gutiérrez (2005) wurden wegen Nichtausübung des Amtes, verfassungskonform mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit vom Kongress abgesetzt.

⁹⁹ Hoffmann, 2008 S. 204

¹⁰⁰ Hoffmann, 2008 S. 198-225

¹⁰¹ Ebd.

Die Verfassung von 1998 räumte dem ecuadorianischen Staats- und Regierungschef mehr Macht in der Haushaltspolitik ein. Nichts desto trotz ist er auf den Kongress angewiesen. Keine Präsidentschaftspartei hatte seit 1979 eine Mehrheit im Kongress. Zu den wesentlichen Aufgaben eines jeden Präsidenten zählte bisher, Bündnisse mit anderen Parlamentsparteien zu schmieden, um sich die notwendige Zustimmung zu sichern.¹⁰² Diese Bündnisse wiederum sind jedoch zumeist nur von kurzer Dauer:

Da im Kontext der hartnäckigen Wirtschaftsprobleme der sukzessive Sympathieverlust der amtierenden Regierung quasi vorprogrammiert ist, erscheint die parlamentarische Unterstützung der Regierungs-partei als politisch riskantes Unterfangen, während eine konsequente Oppositionshaltung Erfolge bei der nächsten Wahl verspricht.¹⁰³

Durch diesen in Ecuador oft betitelten *pugna de poderes* (Kampf der Gewalten) war die Handlungsfähigkeit der ecuadorianischen Präsidenten in den letzten zwei Jahrzehnten sehr eingeschränkt.

4.2. Das politische System Boliviens

Die alte Bolivianische Verfassung stammt aus dem Jahre 1967 und wurde 1994 und 2004 in Teilbereichen reformiert und 2009 komplett erneuert. Genauso wie in Ecuador hat die Verfassung eine ambivalente Bedeutung:

Die Verfassung, die angesichts zahlreicher Putsche in der Geschichte Boliviens häufig faktisch außer Kraft gesetzt war, hat auf der einen Seite seit 1982 stark an Bedeutung gewonnen. Einige Reformen, zu nennen ist vor allem die Schaffung eines Verfassungsgerichts, haben dazu beigetragen, dass die Verfassung als Bezugspunkt politischen und rechtlichen Handelns stärker ins Bewusstsein getreten ist. Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass aufgrund der sich ständig verschärfenden Krise des politischen Systems die konkrete Verfassung

¹⁰² Hoffmann 2008. S. 200

¹⁰³ Ebd. S. 207

immer stärker in Frage gestellt, und von Vielen als grundlegend reformbedürftig, um nicht zu sagen überholt angesehen wird. Daraus erklärt sich die inhaltlich sehr divergente Hoffnung einer Neubegründung des Landes durch die Constituyente.¹⁰⁴

Auch Bolivien verfügt über ein präsidentielles Regierungssystem. Es ist kein gemischtes parlamentarisch-präsidentielles System, da das Amt des Präsidenten mit einer weit größeren Machtfülle ausgestattet ist, als das Parlament.¹⁰⁵ Im Gegensatz zu Ecuador verfügt Bolivien über zwei Kammern. Der Präsident ist gleichzeitig der Regierungschef. Seine wesentlichen Aufgabenbereiche sind fast identisch mit den bereits angeführten Kompetenzen des ecuadorianischen Staatsoberhauptes. Das bolivianische Staatsoberhaupt ist ebenfalls verantwortlich für die Außenpolitik des Landes. Ein wichtiger Unterschied besteht in dem Verbot einer direkten Wiederwahl und nur einer möglichen Wiederwahl. Außerdem ist die bolivianische Legislaturperiode mit fünf Jahren um ein Jahr länger als die ecuadorianische.

Abschließend gilt es festzuhalten, dass als ‚Nationalkongress‘ Sitzungen bezeichnet werden, in welchen beide Kammern vertreten sind. Diese Zusammenkünfte, bestehend aus Senat und Unterhaus, haben mehr Kompetenzen als Ecuadors Kammer. Die größeren Mitgestaltungsmöglichkeiten werden vor allem in der Bestellung des Staatspräsidenten und in einem stärkeren, endgültigen Vetorecht gegenüber dem Präsidenten deutlich.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Jost, Stefan: Das politische System Boliviens. S. 90 In: Stüwe, Klaus (Hrsg.): Die politischen Systeme in Nord - und Lateinamerika; Wiesbaden; 2008 S. 86-114

¹⁰⁵ Jost, 2008 S. 86-114

¹⁰⁶ Jost, 2008 S. 110

5. Militärische außenpolitische Beziehungen Boliviens und Ecuadors

Wie im dritten Kapitel gezeigt wurde, traten Bolivien und Ecuador bis zum Antritt der neuen linken Regierungen wenig eigenständig in Erscheinung. Ihr Rollenverständnis war also das eines passiven Akteurs. Beide Staaten haben sich mittlerweile zu einem viel aktiveren Teilnehmer im regionalen aber auch internationalen bilateralen Diskurs entwickelt, was sich nicht zuletzt durch militärische Bündnisse erklärt, die in diesem Kapitel vorgestellt werden sollen.

5.1. Die OAS als regionales Militärbündnis

Der Erfolg der Außenpolitik Boliviens und Ecuadors ist vordergründig abhängig vom Funktionieren der regionalen Beziehungen. Direkte militärische Bedrohungen gab es in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts für die beiden Staaten nur bedingt. Die einzige, immanente innerstaatliche Bedrohung der Republik Bolivien besteht in den Separationstendenzen des Tieflandes. Im Gegensatz dazu gab es in Ecuador immer wieder grenzüberschreitende Aktionen der kolumbianischen Guerillabewegung *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC), mit der sich der Hauptteil der vorliegenden Arbeit noch auseinandersetzen wird. Vorweggenommen sei an dieser Stelle, dass die FARC Ecuadors östliches Tiefland als Rückzugsgebiet nutzte. Dies führte zur Befürchtung, dass Ecuador in den bürgerkriegsähnlichen Konflikt Kolumbiens hineingezogen werden könnte.

Sowohl Bolivien als auch Ecuador sind als Mitglieder in der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) vertreten. Diese 1948 gegründete Vereinigung war und ist das bedeutendste sicherheitspolitische Bündnis der beiden Staaten. Über diese Organisation mit Sitz in Washington D.C. wurde neben verschiedenen wirtschaftlichen Abkommen auch ein inneramerikanisches Friedensabkommen ratifiziert. Im Sinne von Kapitel

VIII Artikel 52f der VN-Charta handelt es sich bei der OAS um eine *Regionalorganisation zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und zur Wahrung des Weltfriedens in den Amerikas*. Klassische sicherheitspolitische Fragestellungen aus dem Bereich der Friedenswahrung im zwischenstaatlichen Bereich waren von Anfang an durch verschiedene Mandate der interamerikanischen Verträge abgedeckt. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben existieren zwei zentrale Mechanismen:

- Im Falle eines Angriffs von außen legen der Vertrag über gegenseitigen Beistand (Tratado Interamericano de Asistencia Recíproca – TIAR), [...] und das Kap. VI (Kollektive Sicherheit) der OAS Charta die Vorgehensweise der amerikanischen Staaten fest.
- Im Konfliktfall zwischen amerikanischen Staaten regeln der „Vertrag über friedliche Beilegung von Streitigkeiten von 1948“ (Pakt von Bogotá) sowie Kap. V (Friedliche Streitschlichtung) der OAS das Verfahren fest.¹⁰⁷

Im 21. Jahrhundert spielen zwischenstaatliche Konflikte keine Rolle mehr. Schon Ende der 1980er Jahre wurde Lateinamerika zum Schauplatz des Kampfes gegen den illegalen Drogenhandel stilisiert; Bolivien dabei in stärkerem Ausmaß als Ecuador, zumal das Land nach wie vor einer der größten Coca Produzenten der Welt ist.

Nach dem 11. September 2001 wiederum wurde der Kampf gegen den illegalen Drogenhandel als zentrales Sicherheitsthema der OAS abgelöst durch den Kampf gegen den Terror. Diesen Paradigmenwechsel konnten die Vereinigten Staaten aber nicht erfolgreich durchsetzen. Den Höhepunkt und zugleich die größte Niederlage in diesem Zusammenhang musste die US-amerikanische Regierung 2003 hinnehmen, als Kolumbien der einzige südamerikanische Staat war, welcher der von den USA initiierten *Koalition der Willigen* des Irakkrieges beitrug. Als Erklärung für den bereitwilligen Beitritt Kolumbiens gilt die großzügige finanzielle Unterstützung des Staates seitens der Clinton-Regierung im Jahr 2000:

¹⁰⁷ Kurtenbach, Sabine (Stand: 01.05.08). OAS: Vom Instrument der US-Politik zur demokratischen Sicherheitsgemeinschaft? <http://www.km.bayern.de/blz/web/old_100111/kurtenbach.htm>

Um die Militarisierung des *war on drugs* voranzutreiben, erhielt Kolumbien Hilfszahlungen in der Höhe von 1.3 Milliarden US-Dollar, die zu 75 Prozent ins Militär und das Polizeiwesen investiert wurden.¹⁰⁸ Darüber hinaus investierten die USA auch weiterhin beträchtliche Summen in die Ausbildung kolumbianischer Soldaten und Polizisten: In den ersten 13 Jahren der Zusammenarbeit flossen etwa 325 Millionen US-Dollar in entsprechende Aufrüstungs- und Trainingsprogramme.¹⁰⁹

Neben diesen transnationalen Sicherheitsfragen gab es, wie bereits erwähnt, in beiden Ländern im 21. Jahrhundert Bedrohungen der Souveränität durch interne Faktoren. Im Falle Ecuadors ging die Bedrohung zwar von dem Nachbarland Kolumbien aus, aber nicht von der Regierung Kolumbiens, sondern von dortigen Paramilitärs, die auch in Ecuador operierten. Daneben nützt die FARC auch das Staatsgebiet von Peru, Venezuela und Brasilien als Rückzugsorte. Obwohl es im Kampf gegen die FARC in Ecuador wiederholt zu Souveränitätsverletzungen kam, wie im Hauptteil gezeigt wird, wurde die Situation bislang nicht als staatsgefährdend eingestuft. Bolivien hingegen sah sich durch Abspaltungsbestrebungen verschiedener Tieflandregionen mit einem ernststen innerstaatlichen Konflikt konfrontiert. Politische Beobachter äußerten Befürchtungen über den Ausbruch eines Bürgerkrieges.¹¹⁰

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass im 21. Jahrhundert vor und nach dem Wechsel der Regierungen in Bolivien 2005 bzw. in Ecuador 2006, militärische Überlegungen keinen Platz in außenpolitischen Entscheidungen der beiden Staaten hatten. Die innerstaatlichen Konflikte in Bolivien hatten zwar Auswirkungen auf die Außenpolitik, diesen lagen jedoch wirtschaftliche und politische Überlegungen zugrunde.

¹⁰⁸ Rivera Velez Fredy. Ecuador: Untangling the Drug War. S. 231. In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. *Drugs and Democracy in Latin America*. London: Lynne Rienner Publishing. S. 231-263

¹⁰⁹ Neild, Rachel. U.S. Police Assistance and Drug Control Policies. S. 65, In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. *Drugs and Democracy in Latin America*. London: Lynne Rienner Publishing. S. 61-99

¹¹⁰ Urioste, M. und A. Kallabis. Bolivien: Land in Gefahr?. In: *Entwicklung und Ländlicher Raum*, Nr. 5/2005. S. 20-22

5.2. Die ‚Nato des Südens‘ als zukünftiges, internationales Militärbündnis?

Aus militärischer Perspektive fand im Jahr 2006 eine erneute Annäherung Boliviens an Russland statt, als Präsident Evo Morales in Moskau Verträge über die Lieferung russischer Kampfhubschrauber unterzeichnete, und Russland sich im Gegenzug Firmenanteile bei der Erschließung bolivianischer Erzkommen sicherte.¹¹¹ Während es sich dabei um ein bilaterales Abkommen mit einem internationalen Partner handelte, zeigen aktuelle Entwicklungen, dass Bolivien und Ecuador gegenwärtig großes Interesse an internationalen Bündnissen haben. Allerdings lassen sich bislang noch keine eindeutigen Aussagen darüber machen, wo sich die beiden südamerikanischen Staaten auf dem internationalen Parkett positionieren wollen.

Auf dem Lateinamerika-Afrika-Gipfel 2009 verkündete Porlamar - Muammar al-Gaddafi seine Forderung nach einer ‚NATO des Südens‘, die von den internationalen Medien mitunter kritisch aufgefasst wurde. Wie Gaddafi ausführte, sollte dieses Bündnis die Staaten des Südatlantiks in ähnlicher Weise militärisch vereinen, wie dies im Falle der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats bereits verwirklicht sei. Venezuelas Präsident Hugo Chávez sympathisierte mit der Idee wie folgt: "Afrika wird ein wichtiger geografischer, wirtschaftlicher und sozialer Pol. Und Südamerika wird das auch sein."¹¹² Bolivien war zwischen 1964 und 1965 sowie zwischen 1978 und 1979 Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Ecuador hat drei Mitgliedschaften vorzuweisen, nämlich zwischen 1950 und 1951, 1960 und 1961 sowie zwischen 1991 und 1992. Ihr Einfluss auf die militärischen Entscheidungen war entsprechend limitiert, weswegen ihnen die Idee einer ‚South Atlantic Treaty Organization‘, in dem sie als ständige Mitglieder agieren könnten, in Bezug auf ihre militärische

¹¹¹ Gehrke, Mirjam (Stand: 13.09.2010). Bolivien und Russland knüpfen Beziehungen <<http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4036092,00.html>>

¹¹² Reuters (Stand: 27.09.2009). Gaddafi plant Nato des Südens <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,651561,00.html>>

Entscheidungskraft attraktiv erscheinen könnte. Ob die ‚NATO des Südens‘ jedoch konkrete Formen annehmen wird, muss sich erst zeigen.

5.3. Exkurs: Beziehungen Boliviens und Ecuadors zu den USA

Wie die Beobachtungen der vorhergehenden Kapitel gezeigt haben, handelt es sich bei Bolivien und Ecuador im internationalen Vergleich um wirtschaftliche und militärische Leichtgewichte mit einer bewegten Vergangenheit, die sich tendenziell nachteilig auf die gegenwärtige Situation der beiden Staaten ausgewirkt hat. Ihr Ziel, sich als Kleinstaaten zu emanzipieren, versuchten beide Staaten vordergründig durch eine außenpolitische Abwendung von den USA zu erreichen. Das folgende Kapitel soll sich daher im Detail mit der konkreten Umsetzung dieses außenpolitischen Entwurfs befassen, sowie mit der Frage danach, inwiefern diese Strategie Bolivien und Ecuador dem Ziel der Eigenständigkeit als Kleinstaaten näher bringen konnte.

5.3.1. Lateinamerika und die USA: Eine asymmetrische Beziehung

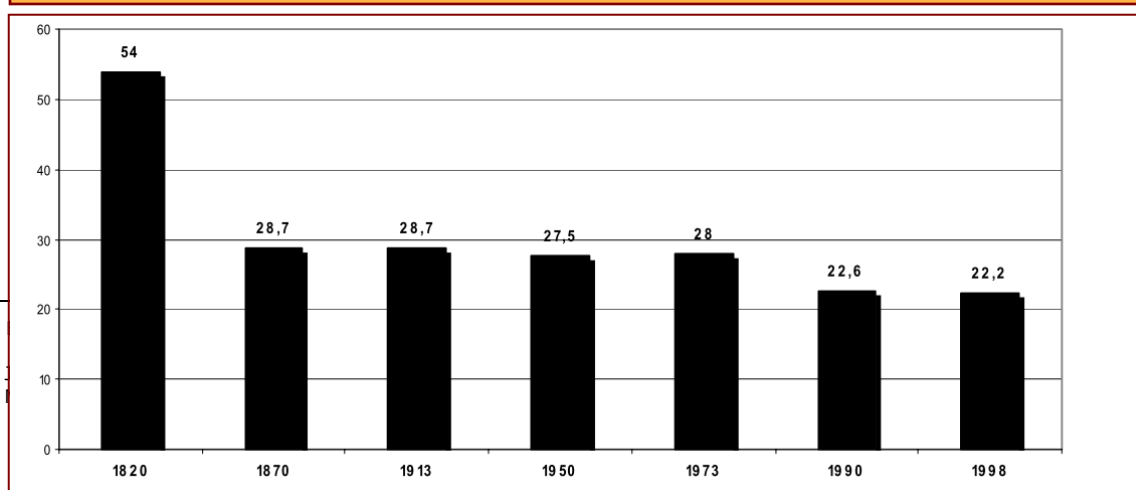
Das Verhältnis Boliviens und Ecuadors zu den Vereinigten Staaten lässt sich losgelöst vom gesamtlateinamerikanischen Kontext nicht verstehen. Im Wesentlichen deckt sich die außenpolitische Haltung der USA gegenüber Bolivien und Ecuador mit der außenpolitischen Linie gegenüber den anderen lateinamerikanischen Staaten. Genau diese US-amerikanische Grundhaltung in der Außenpolitik führt bis heute zu einer beträchtlichen Asymmetrie der Beziehungen:

Selten waren diese Beziehungen [Anm. zwischen den USA und LA] durch Multilateralismus und Konsultationen geprägt, und zu keinem Zeitpunkt hat man sich auf gleicher Augenhöhe befunden. Die unverhohlene

Ausnutzung der eigenen hegemonialen Position, der brüske Unilateralismus, die Missachtung des Völkerrechts, die Weigerung, sich in regulatorischen Regimen einbinden zu lassen und sich den selben Regeln zu unterwerfen, die man anderen gerne auferlegt, kurzum alles, was europäische Partner der USA heute an dem außenpolitischen Verhalten der USA zunehmend irritiert, ist für die Lateinamerikaner Alltag.¹¹³

Bolivien und Ecuador stehen also nicht alleine da mit diesem Problem. Einerseits sind die Beziehungen zu dem Hegemon überlebenswichtig und auf der anderen Seite lassen die inhärenten Asymmetrien wenig autonomen außenpolitischen Handlungsspielraum. Boliviens ehemaliger Präsident Sánchez de Lozada beklagte 2003, sein Land sei völlig von den Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der amerikanischen Botschaft abhängig.¹¹⁴ Hier stellt Lozada die USA als eine von drei intervenierenden Kräften dar. Die USA haben aber darüber hinaus enormen Einfluss auf die anderen zwei Institutionen. Die Vereinigten Staaten hatten und haben neben geringem politischen Interesse auch wenig wirtschaftliche oder militärische Gründe, sich den lateinamerikanischen Staaten auf multilateraler Ebene zu nähern: „Der Militärhaushalt der USA übertraf im Jahre 2003 die Militärausgaben aller lateinamerikanischen Staaten um das Zwanzigfache, die Produktion von Gütern und Dienstleistungen liegt in ganz Lateinamerika bei einem Viertel der US-amerikanischen, und das BSP pro Kopf ist in den USA sechsmal höher als in Lateinamerika.“¹¹⁵ Die folgende Graphik veranschaulicht das Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts Lateinamerikas zum Bruttoinlandsprodukt der Industrienationen:

Abb. 11 BIP Lateinamerika 1820 bis 1998



Neben diesen eklatanten wirtschaftlichen, militärischen und politischen Unterschieden zwischen den USA und den Staaten Lateinamerikas nehmen auch die lateinamerikanischen Gesellschaften ihre Nachbarländer unterschiedlich wahr. Auf diese unterschiedliche Wahrnehmung wird in den folgenden beiden Punkten eingegangen.

5.3.1.1. Die US-amerikanische Wahrnehmung Lateinamerikas

Die US-amerikanische Wahrnehmung des gesamten lateinamerikanischen Raumes ist seit jeher geprägt von dem Glauben der eigenen Überlegenheit. Die amerikanische Gesellschaft empfand und empfindet sich selbst gerade im Vergleich mit lateinamerikanischen Gesellschaften als modern, dynamisch und kapitalistisch.¹¹⁶

Eine Beobachtung Kennans aus dem Jahr 1950, welche noch heute gültig ist, macht die Kontinuitäten in der US-amerikanischen Wahrnehmung Lateinamerikas und die Haltung der USA sehr deutlich:

Es ist für uns wichtig, uns und den lateinamerikanischen Völkern vor Augen zu führen, dass wir eine Großmacht sind; dass wir im großen und ganzen sie weitaus weniger benötigen als sie uns; dass wir kein Problem damit haben, diejenigen sich selbst zu überlassen, die keinen besonderen Wunsch nach der Art der Zusammenarbeit haben, die wir anbieten [...].¹¹⁷

Stellt man dem eine Aussage über die argentinische Finanzkrise seitens des amerikanischen Finanzministers Paul O'Neill aus dem Jahr 2001 gegenüber, zeigt sich ein ähnlich undiplomatischer Ton:

In den letzten 70 Jahren oder so sind sie immer wieder in Schwierigkeiten gewesen. Sie haben so gut wie keine Exportindustrien, die zu erwähnen sich lohnt. Und sie mögen das so. Niemand hat sie gezwungen so zu sein, wie sie sind.¹¹⁸

¹¹⁶ Boeckh, 2005. S. 98

¹¹⁷ Ebd., S. 100

¹¹⁸ Ebd., S. 101

5.3.1.2. Die lateinamerikanische Wahrnehmung der USA

Ein besonders aussagekräftiges Kommentar darüber, wie es sich umgekehrt verhält, liefert der mexikanische Diplomat, Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Octavio Paz: „Die USA sind der Feind unserer Identität und das unausgesprochene Modell dessen, was wir sein wollen.“¹¹⁹

Die USA hatten und führen einen Lebensstil, den sich die Mehrzahl der Lateinamerikaner für ihr eigenes Land wünscht. Gleichzeitig ist aber der von den USA praktizierte Unilateralismus in den Augen Lateinamerikas eine ständige Provokation und fördert Antipathien gegenüber dem Hegemon. Oft wird dieser ambivalente und mitunter emotional geführte Diskurs über die Beziehungen zwischen den Staaten als *Hassliebe* beschrieben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Asymmetrie der Beziehungen zwischen den beiden Amerikas letztlich alle lateinamerikanischen Staaten und somit auch Bolivien und Ecuador betrifft. Hauptursache hierfür ist vor allem der unterschiedliche Stand der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Somit war es seit jeher kein Treffen auf Augenhöhe, wenn es zu Gesprächen lateinamerikanischer Abgeordneter mit Vertretern der USA kam. Die USA konnten es sich leisten, über lateinamerikanische Interessen hinwegzusehen. Im Gegensatz dazu war dies für Lateinamerika nicht möglich:

In Lateinamerika war es nie ratsam, die USA zu ignorieren. Die Ambivalenz der USA für Lateinamerika als Bedrohung und als Vorbild macht sich auch in der Einstellung zu den USA bemerkbar: Auf der einen Seite beklagt man sich über die Anmaßung aus dem Norden, und dies vor allem gerade jetzt, da die schüchternen Ansätze einer multilateralen Beziehungsstruktur mit dem Antritt der Regierung Bush weggewischt worden sind. Auf der anderen Seite fürchtet man nichts mehr, als nach

¹¹⁹ Boeckh. S 102

dem Ende des Kalten Krieges und in dem von den USA proklamierten weltweiten Kampf gegen den Terror ohne strategische Bedeutung dazustehen und von den USA ignoriert zu werden.¹²⁰

5.3.2. Bolivien und die USA: Das Verhältnis bis 2006

Die Bedeutung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Bolivien hängt stets davon ab, welche Interessen die USA in Bolivien verfolgen. Laut Daniel Bergfeld ist das Verhältnis der beiden Staaten zueinander also durch den unilateralen Ansatz der USA geprägt; diese einseitige Umsetzung der Interessen lässt sich in drei zeitliche Phasen gliedern.¹²¹

1. Die erste Phase stand im Zeichen des kalten Krieges und beginnt bereits in den 1950er Jahren. Die Bekämpfung des Kommunismus repräsentierte den außenpolitischen Fokus der USA in ganz Lateinamerika. Das bekannteste Beispiel für eine direkt gesetzte Aktion unter vermeintlicher Beteiligung der CIA war die US-amerikanische Unterstützung Boliviens bei der Verfolgung, Ergreifung und Hinrichtung Ernesto Che Guevaras im Jahr 1967.¹²²

2. Die zweite strategische Phase der US-Amerikanischen Außenpolitik setzt nach dem Ende des kalten Krieges ein. Nun rückt der *war against drugs* in den Mittelpunkt. Bolivien zählt mit Peru und Kolumbien zu den drei größten kokainexportierenden Ländern der Welt. Die Vereinigten Staaten versuchen seit 1990, den steigenden Drogenkonsum im eigenen Land durch das Vorgehen gegen die Versorger im Ausland zu bekämpfen.

3. Die letzte Phase ist für diese Arbeit wesentlich, weil sie sich

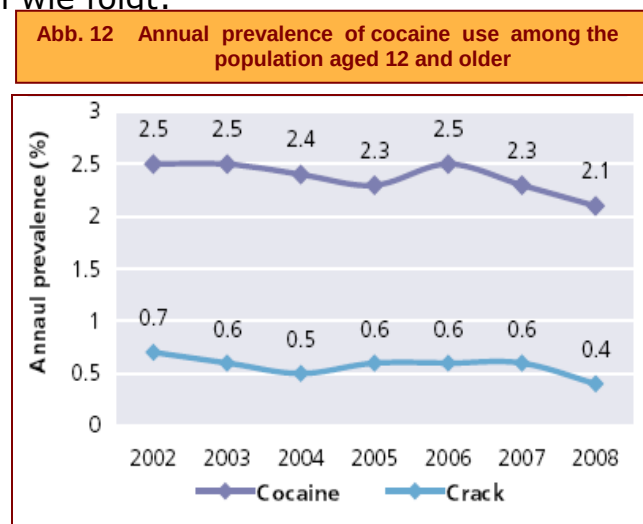
120 Boeck, 2005. S. 102

121 Bergfeld, Daniel. US-amerikanische Interessen in Bolivien. S. 62-94. In: Jäger, Thomas. Bolivien: Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. S. 120

mit dem zeitgeschichtlich aktuellen Ereignis der Anschläge vom 11. September 2001 auseinandersetzt. Von nun an wird der *war against drugs* zum *war against terror*: Großteils wird lediglich die Rhetorik angepasst, teils wird auch die strategische Vorgehensweise geändert.

5.3.2.1. Die Drogenpolitik der USA in Bolivien

Bis Mitte der 1960er Jahre umfasste die jährliche Ernte frischer Kokablätter 10.000 Tonnen; aufgrund des zunehmenden Kokainkonsums in den USA stieg die Menge Ende der 1970er Jahre auf 25.000 Tonnen.¹²³ Im Jahr 1986 schätzte das *National Institute on Drug Abuse* (NIDA) die Kosten, die jährlich durch Drogenkonsum in den USA anfielen, auf ca. 100 Milliarden Dollar.¹²⁴ Der Löwenanteil dieser Summe wurde durch Kokain verursacht, weshalb die Droge zunehmend als eine Gefahr für die nationale Sicherheit gesehen wurde. Noch heute geht man davon aus, dass etwa ein Drittel des weltweit produzierten Kokains in den USA konsumiert wird.¹²⁵ Der *World Drug Report* 2010 der UNODC illustriert die aktuelle Situation wie folgt:



Ende der 1990er Jahre war Kokain die Droge, welche in den USA die meisten Behandlungen erforderte. Dieser Bedarf ging im Laufe der letzten 10 Jahre deutlich zurück, verursachte aber im Jahr 2008 immerhin noch

¹²³ Mittermayer, Maria. Drogengeschäft und Drogenkrieg: Politische Ökonomie der andinen Kokainproduktion und US-Drogenpolitik in Lateinamerika. Berlin: Peter Lang, 1998. S. 36

¹²⁴ Lessmann, Robert. Drogenökonomie und internationale Politik: Die Auswirkungen der Anti-Drogenpolitik der USA auf Bolivien und Kolumbien. Frankfurt: Vervuert, 1996. S. 40

¹²⁵ Ismar, Georg. Die Drogenproblematik in den US-amerikanischen Beziehungen am Beispiel der Drogenpolitik der USA gegenüber Bolivien. München: Grin Verlag, 2000. S. 2

31% aller Drogenbehandlungen. In Europa dagegen stieg der Anteil von kokainbedingten Drogenbehandlungen während des gleichen Zeitraums von 3% auf 10%.¹²⁶ Als Folge richtete George Bush sen. seine Anti-Drogenpolitik nach dem Motto *going to the source* danach aus, die Expansion des Drogenhandels einzudämmen und so die Einfuhr illegaler Substanzen effizienter kontrollieren zu können. Die bolivianischen Kokabauern hingegen schlossen sich ihrerseits zu Gewerkschaften zusammen und forderten eine Entkriminalisierung des Kokaanbaus sowie die industrielle Nutzbarmachung der „Heil- und Nährkräfte“ der Kokapflanze.¹²⁷

Seit den 1970er Jahren waren die Beziehungen zwischen Bolivien und den USA, neben der Eindämmung bzw. Bekämpfung des Kommunismus, in erster Linie durch die Bekämpfung der Drogenproblematik geprägt, zumal es sich bei dem Kleinstaat um den weltweit größten Produzenten frischer Kokablätter handelt.¹²⁸

Wie schon im vorangegangenen Abschnitt über die Beziehung der USA zu Lateinamerika hervorgehoben, haben die USA einen unilateralen Zugang zu den lateinamerikanischen Staaten, also auch Bolivien und Ecuador. Im Folgenden wird herausgearbeitet, wie sich dieser Unilateralismus in der US-amerikanischen Drogenpolitik in Bolivien auswirkt:

Die Andenländer (Bolivien, Ekuador, Kolumbien, Peru, Venezuela) stellen knapp ein Viertel der lateinamerikanischen Bevölkerung und erwirtschaften ca. 13% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Region. Ihr Anteil an den US-Investitionen in Lateinamerika liegt bei ca. zehn Prozent, am Handel partizipieren sie mit weniger als 15%, auch die Migration aus dem Andenraum in die USA spielt keine zahlenmäßig bedeutende Rolle. Aber fast das gesamte Kokain und Heroin, das aus der westlichen Hemisphäre in die USA gelangt, stammt aus dem Andenraum. Entsprechend wurde die Drogenbekämpfung seit den 80er Jahren zum

¹²⁶ UNODC. World Drug Report 2010. Wien: United Nations Publication, 2010. S. 176

¹²⁷ Mittermayer, 1998. S. 37

¹²⁸ Ledbur, Kathryn. Bolivia: Clear Consequences. S. 143. In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. Drugs and Democracy in Latin America. London: Lynne Rienner Publishing. S. 143 -185.

beherrschenden Thema der Beziehungen mit den meisten Ländern der Subregion.¹²⁹

Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, warum sich die USA in ihrer Wahrnehmung Boliviens auf die Drogenproblematik konzentrieren: Es gibt für die USA keinen wirtschaftlichen Anreiz, sich außenpolitisch mit Bolivien zu befassen. Sehr wohl aber gibt es die Erfordernis, sich mit einem der größten illegalen Exporteuren von Kokapaste auseinanderzusetzen und entsprechende außenpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Die Richtlinien dafür wurden durch William Bennet in der *Andenstrategie* (1990) festgelegt. William Bennet war der erste Direktor des unter George Bush sen. installierten *Office for National Drug Control Policy* (ONDCP). Die Andenstrategie befasste sich detailliert mit den Kokapaste-herstellenden Ländern Bolivien, Peru und Kolumbien. Für alle drei Länder wurden folgende vier Ziele vorgegeben:

Erstens die Stärkung des politischen Willens und der involvierten Institutionen im Kampf gegen die Drogen. Zweitens die Erhöhung der Effektivität von Polizei und Militär im Drogenkampf, der sich auf die Isolierung wichtiger Anbaugelände, die Zerstörung von Drogenlabors und die Unterbindung der Zulieferer von Precursor-Chemikalien konzentrieren sollte. Drittens die Zerschlagung von Drogenkartellen und die Konfiszierung ihrer Einrichtungen und Vermögen. Und Viertens die Stärkung der legalen Wirtschaftssektoren der Länder, um einer Destabilisierung durch den Wegfall der Drogeneinnahmen entgegen zu wirken.¹³⁰

Erfolge dieser Maßnahmen gab es in Bolivien vor allem unter der Präsidentschaft von Hugo Banzer (1997-2001). Sein *Plan Dignidad* setzte die Andenstrategie Bennets eins zu eins um, wobei die USA logistisch und militärisch Banzers Aktionen unterstützte. Die massive Reduktion durch militärisch gestützte Zwangsvernichtung der illegalen Anbaugelände führte jedoch zu einer starken Destabilisierung und

¹²⁹ Jäger, 1998. S. 70

¹³⁰ Ebd. S. 180

bürgerkriegsähnlichen Zuständen in der Region Chapare.¹³¹ Der Plan beinhaltete zwar, den Bauern sofort Alternativen zum Kokaanbau zu bieten, dies scheiterte jedoch in den meisten Fällen. Der Zorn vieler Bauern über den Entzug ihrer Lebensgrundlage entlud sich von 2000 bis 2001 über die Region Chapare hinaus und führte landesweit zu massiven Protesten.

Die fragwürdigen Erfolge unter Banzer bis 2001 wurden nach dessen Rücktritt teilweise wieder zunichte gemacht und die Anbauflächen stiegen wieder, wobei sie das Niveau von 1998 bis heute nicht mehr erreichten. Die späteren Nachfolger von Hugo Banzer hatten gar keine andere Wahl, als von der restriktiven Linie ihres Vorgängers abzugehen. Die Gefahr einer politischen Destabilisierung Boliviens, und hier vor allem der Region Chapare, war zu groß. Dennoch mussten den USA immer wieder Zugeständnisse gemacht werden. Dies führte oft soweit, dass die bolivianischen Regierungen sofort den Druck aus Washington nachgaben und sich bereit erklärten auf verschiedensten Forderungen einzugehen, diese aber dann gar nicht oder nur teilweise in Bolivien umsetzen konnten. Die Forderungen und möglichen Umsetzungen der USA widersprachen häufig den sozialen Realitäten in der Chapare-Region.¹³²

5.3.2.2. Der Zertifizierungsprozess

Das wichtigste Druckmittel der USA auf Bolivien im *war on drugs* ist der Zertifizierungsprozess. Jedes Jahr bewertet der US-Präsident die Herstellungsländer von Drogen danach, inwieweit sich die Staaten im Kampf gegen den illegalen Drogenhandel den USA gegenüber kooperativ gezeigt haben. Besteht ein Staat diese Zertifizierung nicht, so hat das jeweilige Land aus US-amerikanischer Sicht zu wenig gegen die illegale Drogenproduktion getan. Es muss deshalb mit verschiedenen Sanktionen rechnen:¹³³

¹³¹ Jäger, S. 184

¹³² Ebd. 1998, S. 69

¹³³ Ebd. S. 77

1. Kürzung oder Streichung der Wirtschaftshilfe
2. Verweigerung der Zustimmung für Kredite beim IWF, der Weltbank oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank
3. Handelsembargo (Rücknahme von Handelsvergünstigungen und Erhöhung von Zöllen)¹³⁴

5.3.2.3. Der Kampf gegen den ‚Drogenterrorismus‘ in Bolivien

Die USA haben 2001 die weltweite Bekämpfung des Drogenterrorismus ausgerufen, was eine Anspielung auf die zunehmende Militarisierung des *war on drugs* seitens der USA beinhaltet. Politische Beobachter interpretierten diese Maßnahmen nicht nur als übermäßig ambitioniert, sondern verglichen sie sogar mit der Vorgehensweise der USA zu Zeiten des Kalten Krieges.¹³⁵ Auch Bolivien ist zum Teil davon betroffen. Jeweils zwei der von den USA als terroristisch eingestuften Organisationen aus Peru und Kolumbien sind in Bolivien zumindest über sporadische Kontakte aktiv. Dazu zählen der peruanische *Sendero Luminoso* (Leuchternder Pfad, SL) sowie das *Movimiento Revolucionario Túpac Amaru* (Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru, MRTA) und die kolumbianische *FARC* sowie das *Ejército de Liberación Nacional de Colombia* (Nationale Befreiungsarmee Kolumbiens, ELNC).¹³⁶ Außerdem wurde der *war on drugs* immer als ein Teilbereich des *war against terrorism* gesehen, wie eine Erklärung des US-amerikanischen Justizministers John Ashcroft 2002 verdeutlicht:

September 11 helped the wider audience of America see that the terrorist menace we face and the drug threat are often one in the same. Terrorism and drugs go together like rats and the Bubonic plague. They thrive in the same conditions. They support each other. They feed off each other.¹³⁷

¹³⁴ Ebd. S. 77

¹³⁵ Isacson, Adam. The U.S. Military in the War on Drugs. S. 16 In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. Drugs and Democracy in Latin America. London: Lynne Rienner Publishing. S. 15 –61

¹³⁶ Jäger, 1998. S. 98

¹³⁷ Ashcroft, John (Stand: 12.09.2010). Prepared Remarks of Attorney General John Ashcroft: Press Conference 6 November 2002 <<http://www.justice.gov/archive/ag/speeches/2002/110602newsconferenceoperationwhiteterror.htm>>

Um die Bekämpfung von möglichen Terrororganisationen zu unterstützen, arbeiten die amerikanischen Behörden eng mit der bolivianischen Polizei und dem Militär zusammen. Die USA finanzieren daher zum Beispiel nicht nur militärische Trainingsprogramme sondern auch die dafür notwendige Ausrüstung. Der bolivianische Finanzmarkt wird mit Hilfe staatlicher Finanzbehörden auf auffällige Transaktionen durchleuchtet. Darüber hinaus unterzeichnete Bolivien in Folge der Anschläge des 11. September auf das World Trade Center die *Single Convention on Narcotic Drugs* (1961) und weitere Konventionen der Vereinten Nationen sowie die *Inter-American Convention against Terrorism* (2002) der OAS und verpflichtete sich somit zur Zusammenarbeit.¹³⁸ Eine scharfe Trennung zwischen dem *war on drugs* und dem *war against terrorism* ist seit 2002 nicht mehr vorhanden. Am Anschaulichsten wird dies durch den seit damals oft verwendeten Begriff des *Narcoterrorism* (Drogenterrorismus), der in diesem Kapitel noch Beachtung finden wird.

5.3.2.4. Direkte Interventionen der USA in Bolivien bis 2006

Offizielle Programme der USA in Bolivien werden über die *United States Agency for International Development* (USAID) umgesetzt. Neben der Unterstützung zahlreicher Reformprogramme sei hier vor allem das erfolgreichste Projekt unter Einflussnahme der USAID erwähnt, nämlich die Reform des bolivianischen Justizsystems:

USAID übernahm das Monitoring der Reformschritte auf nationaler Ebene sowie deren Umsetzung. Konkrete Projekte befassten sich mit der Aus- und Weiterbildung von Richtern, Staatsanwälten, Polizei und der Unterstützung des Ombudsmanns, dem Aufbau von Institutionen und der Stärkung von nationalen, regionalen und lokalen Strukturen.¹³⁹

Die USAID leistete einen wesentlichen Beitrag zu den Reformen, die ihren Anfang unter der Präsidentschaft Sánchez de Lozada (1993-1997)

¹³⁸ Jäger, 1998. S. 99

¹³⁹ Bergfeld, 2009. S. 101

nahmen. Die Prinzipien, nach denen Boliviens Justizsystem zum Teil bis heute funktioniert, basieren weitgehend auf den Plänen US-amerikanischer Behörden.

Über die offizielle Unterstützung der USAID hinaus gab es von Seiten der USA eine Vielzahl weiterer politischer Interventionen in Bolivien, von denen einige schwere Folgen hatten:

- 1991 – Nach Drohungen der USA, die Finanz- und Militärhilfe von 100 Millionen US\$ zu streichen, wurde verhindert, dass man Rico Torre als Chef der *Fuerza Especial de Lucha contra el Narcotrafico* (FELCN) einsetzte. Darüber hinaus wurde er schließlich an die USA ausgeliefert und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.
- 1994 – Mit tatkräftiger Unterstützung der *Drug Enforcement Administration* (DEA) unterstellten die USA der Spitze der bolivianischen MIR Partei enge Verbindungen zur Drogenmafia und sanktionierten entsprechend.
- 1997 – Politikern der MIR wurden Visa zur Einreise in die USA verwehrt. Außerdem übten die USA öffentlich Kritik an dem damaligen Spitzenkandidaten der MIR, Jaime Paz Zamora.
- 2002 – Der damalige US-Botschafter erklärte, dass die finanzielle Unterstützung seines Landes im Falle eines Wahlsieges von Evo Morales ausbleiben würde.
- 2002 – Jaime Paz Zamora wurde vor allem seitens der US-amerikanischen Botschaft massiv unter Druck gesetzt, bei der Stichwahl für Sánchez de Lozada zu stimmen. Letztlich konnten die USA im Jahr 2002 die Präsidentschaft Evo Morales erfolgreich verhindern.

- 2003 – Der US-Botschafter warnte die bolivianische Regierung vor einem Staatsstreich der MAS, wobei Evo Morales als ihr Vorsitzender bei dem Putsch ermordet werden sollte. Einen Beweis blieb der Botschafter schuldig. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass es sich um einen Versuch seitens der USA handelte, die MAS zu destabilisieren.
- 2003 – Die US-Botschaft und das US-amerikanische Militär versuchten Sánchez de Lozada bis zu dessen Rücktritt und Flucht nach Miami im Amt zu halten. Ein vierköpfiges Militärkommando der USA wurde den bolivianischen Streitkräften zur Seite gestellt und übte wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungen der bolivianischen Generäle aus.
- 2005 – Das bolivianische Militär übergab den USA, ohne diesbezügliche Information der Übergangsregierung von Eduardo Rodríguez Veltze, Raketenwerfer zur Deaktivierung. Diese Übergabe beweist einen US-Befehl, den das bolivianische Militär empfangen hatte.¹⁴⁰ Der bolivianische Ex-General Marcelo Anteneza ging sogar noch einen Schritt weiter. Er unterstellte den USA, die Raketen zerstört zu haben, damit diese Evo Morales nach seinem erwarteten Wahlsieg nicht mehr zur Verfügung stünden:

Washington solicitó la repatriación de sus misiles a su territorio para destruirlos porque Estados Unidos temían que Morales ganara las elecciones presidenciales.¹⁴¹

Diese Beispiele belegen eindeutig den unilateralen Zugang der USA zu Bolivien. Die USA manövrierten Bolivien durch verschiedene Maßnahmen

¹⁴⁰ Bergfeld, siehe Jäger, S. 102-105

¹⁴¹ [Voltairenet.org](http://www.voltairenet.org/article134223.html#article134223) (Stand: 12.09.2010). Bolivia entrega sus misiles a Estados Unidos <<http://www.voltairenet.org/article134223.html#article134223>>

in wirtschaftliche Abhängigkeit und verletzten dadurch mehrfach seine Souveränität.

An dieser Stelle gilt es zu erwähnen, dass auch bolivianische Strategien mitunter nicht dazu führten, die wirtschaftliche Souveränität zu stärken. Beispiele hierfür sind das halbstaatliche, brasilianische Mineralölunternehmen Petrobras sowie das damals private, multinationale Erdölunternehmen Repsol. Beide verkauften bolivianisches Erdgas an ausländische Tochterunternehmen wesentlich günstiger als auf dem Weltmarkt, wodurch Steuersenkungen erzielt werden konnten. Auch eine Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Erdölindustrie fand nicht statt, zumal die Rohstoffe außerhalb Boliviens verarbeitet wurden. Um endlich Kontrolle über die Preisregulierung zu erlangen, räumte Morales ausländischen Investoren eine Frist von 180 Tagen ein, um neue Verträge anzuerkennen. Diese legten fest, dass die Verantwortung über Produktion und Vertrieb von Erdöl und Erdgas an das staatliche Energieunternehmen *Yacimientos Petrolíferos Fiscales de Bolivia* (YPFB) zu übertragen sei. Zur gleichen Zeit besetzte das bolivianische Militär neben zwei Raffinerien noch 56 Erdöl- und Erdgasfelder.¹⁴²

Aktuelle Wirtschaftsdaten zeigen jedoch, dass sich Bolivien trotz der staatlichen Kontrolle von Erdöl- und Erdgaspreisen nicht aus Abhängigkeitsstrukturen befreien kann: Der Weltmarktanteil von bolivianischem Erdgas im Jahr 2007 lag bei etwa 0,4% und während Direktinvestitionen im Jahr 2006 noch 1,6 Mrd. US\$ betrugen, gingen die Schätzungen für das Jahr 2007 von einem Abfall auf 0,2 Mrd. US\$ aus.¹⁴³ Auf Basis dieser Überlegung soll sich das folgende Kapitel der Frage widmen, welchen Beitrag die Bodenschätze tatsächlich zu den Unabhängigkeitsbestrebungen Boliviens leisten können.

¹⁴² Caldas Meyer, Enrico (Stand : 12.09.2010). Die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasreserven in Bolivien <<http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-verstaatlichung-der-erdol-und-erdgasreserven-in-bolivien-19093.html>>

¹⁴³ Ebd.

5.3.2.5. Die Rolle der Bodenschätze in den Beziehungen

Bolivien verfügt nach Venezuela über die größten Erdgasvorkommen Lateinamerikas. Die USA repräsentieren dagegen den größten Erdgasverbraucher aller amerikanischen Staaten:

Tabelle 1: Erdgas in den Amerikas (2003)						
	Reserven (Mrd. m ³)	Produktion (Mrd. m ³)	Reserven (in Jahren, bei gleich bleibender Produktion)	Anteil Erdgas an der Primärenergieversorgung	Anteil Erdgas an der Elektrizitätsproduktion	Anteil Importe am Gasverbrauch
Argentinien	766,18	42,43	18,06	49,4%	45,9%	-
Bolivien	810,70	7,62	106,33	27,1%	27,3%	-
Brasilien	245,34	14,72	16,67	6,5%	3,8%	36,2%
Chile	44,00	2,18	20,22	25,2%	25,1%	70,9%
Kolumbien	188,04	8,01	23,46	21,1%	16,8%	-
Peru	246,79	1,84	133,79	4,2%	4,5%	-
Trinidad & Tobago	587,90	26,95	21,82	99,7%	99,5%	-
Venezuela	4.147,45	33,75	122,88	40,8%	22,2%	-
Kanada	1.660,00	180,50	9,19	29,9%	5,7%	4,0%
Mexiko	420,51	57,63	7,30	24,5%	32,1%	15,9%
USA	5.230,00	549,50	9,52	23,5%	17,7%	17,3%
Quellen: OLADE (Spalte 1-3), IEA (Spalten 4-6), BP Statistical Review of World Energy (USA/Kanada).						

Im Jahr 2004 exportierte Bolivien Erdgas im Wert von 540,9 Mio. US\$ nach Brasilien und im Wert von 49,1 Mio. US\$ nach Argentinien. In Zukunft liegt jedoch im nordamerikanischen Markt das größte Exportpotential.¹⁴⁴ Dieses Potential versuchte der bolivianische Präsident Sánche de Lozado 2003 zu nutzen und provozierte damit den *Guerra del Gas* (Krieg um das Gas), welcher am Ende mindestens 80 Menschen das Leben kostete und Lozado zum Rücktritt zwang. Es ging konkret um die Errichtung einer Pipeline nach Chile, über die ein Fünftel der bolivianischen Erdgasreserven nach Mexiko verschifft werden und von dort über eine weitere Pipeline nach Kalifornien gelangen sollten: „Das Projekt stieß jedoch aufgrund der Verwendung eines chilenischen Hafens und des

¹⁴⁴ Husar, Jörg. Konfliktstoff Erdgas. S. 1-12. In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 11/2005. Hamburg: Institut für Iboamerikakunde, 2005. S. 7

Vorwurfs, der Exportpreis sei zu niedrig, auf starke Widerstände.“¹⁴⁵ Diese Exportvariante wurde schlussendlich Lozados politischem Nachfolger Carlos Mesa verworfen. In den direkten politischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Bolivien spielt das Erdgas keine herausragende Rolle. Vielmehr basiert die Ausbeutung der Erdgasvorkommen durch die USA auf der Überlegung, dass nur eine starke Wirtschaft letztendlich eine starke Demokratie ermöglicht. Hierbei spielt der US-amerikanische Ansatz, dass nur durch wirtschaftliche Stabilität, mithilfe von multilateralen Banken wie IWF, IDB und WB, das mittelfristige Ziel einer Schuldensenkung erreicht werden kann, eine große Rolle.¹⁴⁶

5.3.3. Ecuador und die USA bis 2006

Für Ecuador gilt dasselbe wie für Bolivien: Die USA haben einen unilateralen außenpolitischen Zugang zu dem Andenstaat. Auch in Ecuadors Außenpolitik spielen die USA die wichtigste Rolle:

Estados Unidos es, por múltiples razones, el país mas significativo para las relaciones externas del Ecuador. Como potencia hegemónica del hemisferio occidental que ha definido el marco de seguridad interamericano desde la finalización de la II Guerra Mundial, determina la agenda de seguridad de todos los países latino-americanos.¹⁴⁷

Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten kann, wie in Bolivien, in drei wesentliche Phasen eingeteilt werden, wobei sich die letzten zwei Phasen nach dem 2. Weltkrieg bei genauerer Betrachtung erheblich voneinander unterscheiden.

1. Die erste Phase steht, wie in ganz Lateinamerika, im Zeichen des Kalten Krieges. Wichtigstes Ziel der US-Außenpolitik war die Bekämpfung des Kommunismus. Einer der offensichtlichsten

¹⁴⁵ Bergfeld, 2009. S. 132

¹⁴⁶ Ebd. S. 75

¹⁴⁷ Ponce Leiva, Javier. Relaciones Ecuador-Estados Unidos 1974-2004. Quito: Àgora, 2005. S. 54

Eingriffe der US-Regierung in die inneren Angelegenheiten Ecuadors gab es durch die *Doctrina Roldós*.

Die erwähnten Doktrinen sind nach dem ecuadorianischen Präsidenten Jaime Roldos Aguilera (1940–1981) benannt, dessen Regierungszeit sich über den Zeitraum zwischen dem 10. August 1979 und dem 24. Mai 1981 erstreckte. Trotz dieser kurzen Amtszeit wird ihm in Südamerika die Durchsetzung der Menschenrechte zugeschrieben, zu einer Zeit, in der Südamerika noch von Militärdiktaturen geprägt war. So unterzeichnete Roldós beispielsweise am 11. Oktober 1979 ein Dekret, welches die 40 Stunden Woche festlegte; einen Monat später ein Dekret über einen Mindestlohn von umgerechnet US\$ 160.¹⁴⁸ 1980 legte er einen Entwicklungsplan vor und unterzeichnete im selben Jahr eine Erklärung über die Unantastbarkeit und Allgemeingültigkeit der Menschenrechte. Das konservative Lager der USA warf Roldós jedoch vor, durch diese politischen Maßnahmen von den freundlichen Beziehungen zur Sowjetunion ablenken zu wollen und verweigerten die Anerkennung der Roldós Doktrin. Die Spannungen zwischen Ecuador und den USA nahmen durch den Wahlsieg Ronald Reagans noch weiter zu: Roldós schlug sogar die Einladung zu Reagans Angelobung am 4. November 1980 aus und festigte seine Beziehungen zur Sandinista Regierung Nicaraguas. Am 24. Mai 1981 kam er bei einem Flugzeugabsturz ums Leben, dessen Ursachen bis heute ungeklärt geblieben sind – was zur Entwicklung von Verschwörungstheorien geführt hat.¹⁴⁹

2. Ebenso gilt für Ecuador, dass die zweite Phase der Beziehungen geprägt ist durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Ende der bipolaren Welt. Anders als in Bolivien spielte allerdings in der zweiten Phase der *war drugs* eine untergeordnete Rolle. Obwohl in Ecuador kein größerer Kokaanbau stattfand, wurde der Zertifikationsprozess dennoch angewandt.

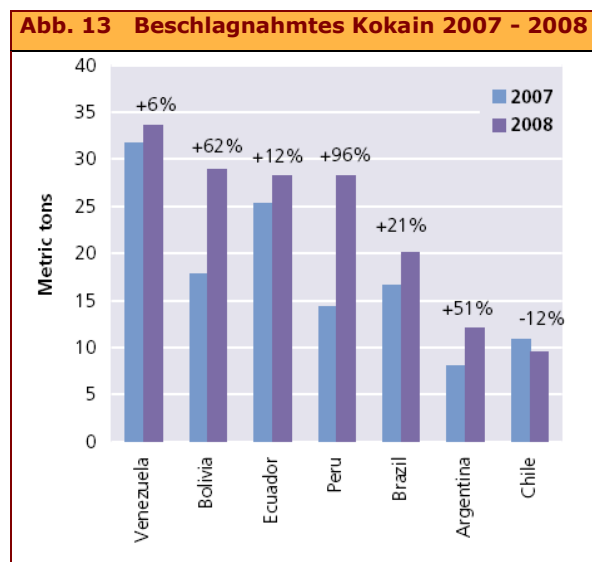
¹⁴⁸ Elpais.com (Stand: 12.09.2010). La Junta ecuatoriana a la segunda ronda electoral <http://www.elpais.com/articulo/internacional/ROLDOS_AGUILERA/_JAIME/ECUADOR/Junta/ecuatoriana/segunda/ronda/electoral/elpepiint/19780812elpepiint_19/Tes>

¹⁴⁹ El Universo (Stand : 12.09.2010). Ayer se recordó el fallecimiento de Roldós y su esposa <<http://www.eluniverso.com/2005/05/25/0001/8/8EDAF55BA57E4B8C8603D20C4A4B8EC3.html>>

3. Die dritte Phase der Beziehungen unterliegt ein weiteres Mal einer kompletten, außenpolitischen Strategieänderung der Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001. Seither steht auch in Ecuador der US-amerikanische *war against terrorism* an oberster Stelle in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

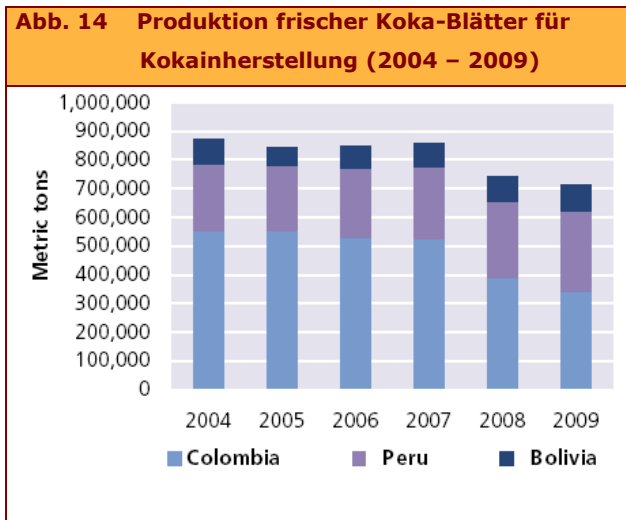
5.3.3.1. Die Drogenpolitik der USA in Ecuador

Im Vergleich zu Bolivien wurden in Ecuador nie große Mengen Koka angebaut, selbst wenn in den letzten Jahren große Mengen beschlagnahmt wurden:



Dieser Umstand deutet darauf hin, dass das Hauptproblem vielmehr im Kokainschmuggel liegt, sowie darauf, dass Ecuador eine Zwischenstation auf der Durchzugstrecke aus den Nachbarländern Peru und Kolumbien darstellt.

Tatsächlich sind die Mengen an Kokain, die rings um Ecuador angebaut werden, beträchtlich:



Die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützen Ecuador im Kampf gegen den Drogenschmuggel, zumal Ecuador zu den Hauptlieferanten für Kokain und Heroin zählt, den Drogenhandel jedoch gleichzeitig in enger Zusammenarbeit mit den USA bekämpft hat. Im November 1999 unterzeichneten die Vereinigten Staaten beispielsweise ein 10 Jahresabkommen mit Ecuador zur Schaffung einer Militärbasis in Manta, einem Luftwaffenstützpunkt an der Pazifikküste. Der US-amerikanische *Congressional Research Service* (CRS) kommentiert den Erfolg der Anti-Drogenbasis wie folgt:

Since that time, U.S. Detection and monitoring operations have seized more than 250 tons of cocaine. Ecuador received an estimated \$35 million in U.S. assistance for FY2004 and \$26 million has been requested in FY 2005 for law enforcement, border security, and alternative development as part of the Andean Counterdrug Initiative (ACI).¹⁵⁰

5.3.3.2. Der Kampf gegen den ‚Drogenterrorismus‘ in Ecuador

Die US-amerikanische, weltweite Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001 hatte auch in Ecuador Auswirkungen auf die Beziehungen zu den USA. Auf der einen Seite wurde durch die USA die Notwendigkeit der Militärbasis in Manta hervorgehoben und auf der anderen Seite wurde

¹⁵⁰ CRS Report for Congress (Stand : 13.09.2010). Ecuador: Political and Economic Situation and US Realtions <<http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA482614&Location=U2&doc=GetTRDoc.pdf>>

der Fokus auf die grenzüberschreitenden Aktivitäten der kolumbianischen Guerilla-Truppen verstärkt.

Das ecuadorianische Grenzgebiet gehört zum Einflussbereich der bereits mehrmals erwähnten kolumbianischen Guerilla-Bewegung FARC, der größten paramilitärischen Organisation des amerikanischen Kontinents. Der destabilisierende Faktor der Paramilitärs auf den kolumbianischen Staat und die Möglichkeit einer Ausweitung ihres Einflussbereichs in Ecuador stehen im Fokus der US-amerikanischen Terrorbekämpfung.

In diesem Zusammenhang wurde durch den früheren peruanischen Präsidenten Fernando Belaúde Terry (* 07.10.1912 – † 04.07.2002) der Begriff des *Narcoterrorismo* geprägt, der bislang keine offizielle deutsche Übersetzung gefunden hat, jedoch als *Narco-Terrorism* ins Englische übertragen wurde und in seiner ursprünglichen Bedeutung die Vorgehensweise von Drogenhändlern bezeichnet, Regierungen durch Gewaltakte einzuschüchtern und so die Einhaltung von Drogengesetzen sowie das Vorgehen gegen den Drogenhandel zu behindern. Die USA haben den Begriff schließlich übernommen und in ihre eigene Rhetorik des *war against drugs* integriert. Seither wird er nicht nur in Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen die FARC gebraucht, sondern bezeichnet auch den Kampf gegen die kolumbianische Nationale Befreiungsarmee (Ejército de Liberación Nacional, ELN), sowie gegen die *Autodefensas Unidas de Colombia* (Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens, AUC) und die maoistische Gruppierung der kommunistischen *Partido Comunista del Perú – por el Sendero Luminoso de José Carlos Mariátegui* (Perus Kommunistische Partei auf dem Leuchtenden Weg José Carlos Mariáteguis, PCP-SL) in Peru. Wie die Betrachtungen des folgenden Kapitels zeigen sollen, bringt der US-amerikanische Kampf gegen den *Narcoterrorism* derzeit beträchtliche Nachteile für Ecuador.

5.3.3.3. Direkte Interventionen der USA in Ecuador bis 2006

Wie in Bolivien wird die offizielle Implementierung der US-amerikanischen Außenpolitik auch in Ecuador über USAID umgesetzt:

The United States is the largest bilateral donor in Ecuador, allocating an estimated \$42 million in total assistance to Ecuador in FY2004. The Administration has requested \$52 million in assistance to Ecuador for FY2005. Four USAID goals for Ecuador are bolstering democracy, poverty reduction, environmental protection, and border security.¹⁵¹

Am 1. Juli 2003 unterließ die Bush Regierung jedoch bestimmte Formen militärischen Beistands, weil Ecuador die Unterzeichnung der Freilassung amerikanischer Staatsdiener verweigerte, die sich vor dem Internationalen Strafgericht zu verantworten haben. Beträchtliche finanzielle Sanktionen waren die Folge:

This decision cost the Ecuadorian government \$7.6 million in military assistance for FY2004. It may also result in the loss of \$13 million in Economic Support Funds and \$7.6 million in military aid in FY2005.¹⁵²

Hier wird schon ersichtlich was passiert, falls ein Land, wie in diesem Fall Ecuador, nicht vollständig kooperiert – die Streichung von Unterstützungen ist die automatische Folge. Wie in Bolivien gibt es auch in Ecuador Interventionen der USA, welche über eine Kürzung von finanziellen Mitteln hinausgehen.

Die schwerwiegendsten Folgen für Ecuador bringt der im vorhergehenden Kapitel bereits erwähnte Kampf gegen den *Narcoterrorism*, der seit dem Jahr 2000 seitens der Bush Regierung als *Plan Colombia* geführt wird. Im September 1999 legte man dem Präsident Kolumbiens Andrés Pastrana den Plan in englischer Sprache vor, als „Plan für den Frieden, den Wohlstand und die Erneuerung des Staates“. Neben dem Ziel,

¹⁵¹ CRS Report for Congress (Stand : 13.09.2010). Ecuador: Political and Economic Situation and US Realtions <<http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA482614&Location=U2&doc=GetTRDoc.pdf>>

¹⁵² Ebd.

Schlüsselpersonen des Drogenhandels festzunehmen, zielt der Plan Colombia vor allem auf die Ausrottung von Koka-Plantagen im Besitz der FARC ab. Praktisch werden die Anbauggebiete dabei mit Herbiziden besprüht. Die konkrete Durchführung dieser Maßnahmen scheiterte bislang jedoch wiederholt an den korrupten Strukturen innerhalb des kolumbianischen Heeres, was dazu führte, dass die betreffenden Plantagen unversehrt blieben, während falsche Gebiete besprüht wurden. Die Daten der UNODC belegten daher im Jahr 2006 zwar einen Ernterückgang frischer Kokablätter um 8%, was einer Schmälerung der Anbaufläche um 13.000 Hektar entspricht, jedoch eine stabile Kokainproduktion für das Jahr 2007. Experten gehen davon aus, dass seit dem Jahr 2000 ca. 946.000 Hektar Kokaplantagen zerstört wurden. Allerdings hat sich die Gesamtanbaufläche 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 19% vergrößert. Aus diesen Zahlen geht hervor, dass sich der Kokaanbau in neue Gebiete verlagert hat und die Einbußen der Vorjahre beinahe ausgeglichen werden konnten.¹⁵³

Neben den zweifelhaften Erfolgen des *Plan Colombia* auf politischer Ebene sind die Schäden, die Ecuador durch das Besprühen des Landes mit Pestiziden zugefügt werden, beträchtlich. Seit dem Jahr 2001 setzen sich Wissenschaftler der Zivilgesellschaft wie z.B. des *Ecuadorian Interinstitutional Committee Against Fumigations* (Ecuadorianischen Komitees gegen Pestizidgebrauch, CIF) intensiv mit den unerwünschten Nebeneffekten oder ‚Kollateralschäden‘¹⁵⁴ des *war on drugs* auseinander. Die Gruppierung wurde gegründet als Reaktion auf die kolumbianische Missachtung eines Abkommens, keine Gebiete zu besprühen, die näher als 10 km von der ecuadorianischen Grenze entfernt liegen. Neben Missernten in den betreffenden Gebieten verweisen die Ergebnisse der entsprechenden Studien auch auf Verätzungen der Augen, Atemwege sowie der Haut und sogar auf DNA Schäden, die durch den Gebrauch der

¹⁵³ Vieira, Constanze (Stand 14.09.2010). 'There are no animals left' <<http://ipsnews.net/news.asp?idnews=38067>>

¹⁵⁴ Youngsters, Coletta. The collateral Damage of the U.S. War on Drugs: Conclusions and Recommendations. In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. Drugs and Democracy in Latin America. S. 340 London: Lynne Rienner Publishing. S. 339-375

eingesetzten Breitbandherbizide verursacht wurden. Ergebnisse aus dem Jahr 2003 belegen beispielsweise, dass die Gewebeproben von je 47 kolumbianischen und ecuadorianischen Frauen aus den vermeintlich verseuchten Gebieten durchschnittlich 36% zerstörter Zellen enthielten. Der Anteil zerstörter Zellen in den Gewebeproben von je 25 Frauen einer Kontrollgruppe außerhalb der besprühten Gebiete lag bei etwa 4%, was der schulmedizinischen Auffassung nach ‚gesundem‘ Gewebe entspricht.¹⁵⁵ Ungeachtet dieser Beweislage bleibt der *Plan Colombia* Bestandteil der US amerikanischen Sicherheitspolitik. Im Jahr 2009 unterzeichneten der kolumbianische Außenminister Jaime Bermúdez und der US-Botschafter William Brownfield erneut ein Abkommen, welches die USA berechtigt, in den kommenden zehn Jahren insgesamt sieben Militärbasen auf kolumbianischem Territorium zu nutzen. Dieser Schritt wurde von deutschen EU-Abgeordneten der CDU/CSU begrüßt: Um die Drogenpolitik der USA in Kolumbien zu unterstützen, wurde ein Antrag „Für einen europäisch-kolumbianischen Dialog und einen erfolgreichen Friedensprozess in Kolumbien“¹⁵⁶ gestellt. Beim Gipfel der Union Süd-amerikanischer Staaten (UNASUR) hingegen überwogen, angeführt von Venezuela, negative Reaktionen.

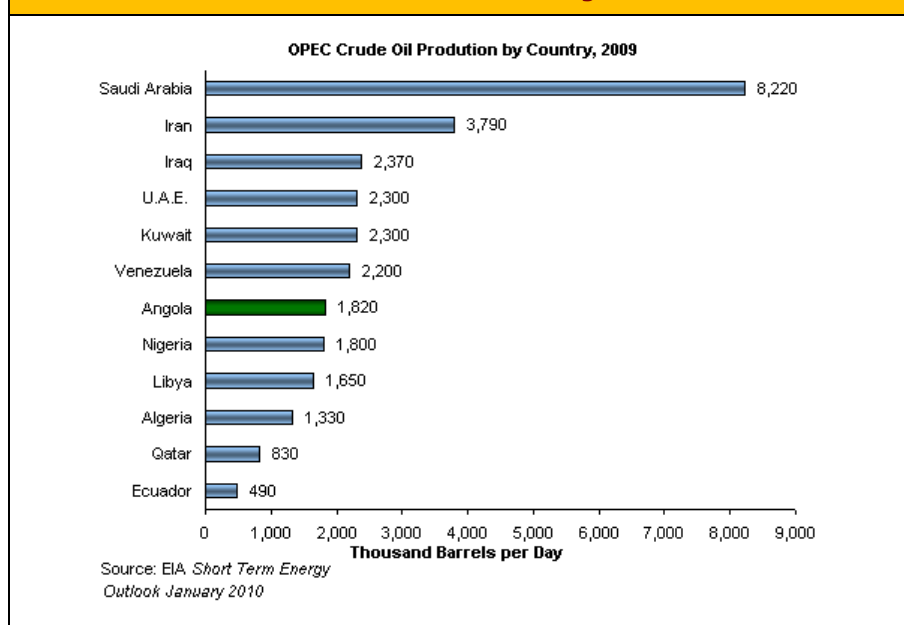
5.3.3.4. Die Rolle der Bodenschätze in den Beziehungen

Im Vergleich zu Bolivien hat Ecuador keine nennenswerten Erdgasvorkommen. Dafür gehört das Land seit 2007 zur OPEC und erreichte jahrelang nach Venezuela die größten Erdölfördermengen in Südamerika. Mittlerweile sind die kolumbianischen Fördermengen größer und in den nächsten Jahren wird auch Peru mehr Erdöl fördern als Ecuador.

¹⁵⁵ Vieira, Constanze (Stand 14.09.2010). 'There are no animals left' <<http://ipsnews.net/news.asp?idnews=38067>>

¹⁵⁶ Ebd.

Abb. 15 OPEC Länder nach Fördermengen 2009



In Abb. 15 wird des Weiteren erkenntlich, dass die Fördermengen Ecuadors die schwächsten der gesamten OPEC sind. Die Erdölreserven sind außerdem weitaus geringer als die der Nachbarstaaten Peru und Kolumbien.

Nichts desto trotz spielen die Rohstoffe in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein wesentliche Rolle. Durch die steigenden Fördermengen in den Nachbarstaaten werden die USA immer wichtiger als Abnehmer für das ecuadorianische Erdöl.

Die USA sind mit über 30% der Exporte der wichtigste Außenhandelspartner von Ecuador. Den Großteil dieses Außenhandels machen nach wie vor Erdöl und Erdölprodukte aus.¹⁵⁷

Dieser Faktor führt zu einer Außenhandels-Dependenz Ecuadors gegenüber den USA. Obwohl diese Abhängigkeit bisher von den USA nicht als Druckmittel genützt wurde, erscheint dies jederzeit möglich.

¹⁵⁷ <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ec.html>

5.3.4. Fazit: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen in der US-Außenpolitik Boliviens und Ecuadors?

Im Gegensatz zu dem schwierigen Verhältnis Ecuadors zu den USA belegen jüngste Pressemeldungen eine diplomatische Annäherung zwischen Bolivien und den USA, durch die in Zukunft vor allem der Abschluss neuer Wirtschaftsbündnisse zwischen den beiden Staaten realisiert werden soll. Bolivien scheint sich demnach aktuell in einem Prozess der Bewältigung seiner schwierigen politischen Vergangenheit zu befinden.

Im Jahr 2008 hatten die Beziehungen zwischen Bolivien und den USA ihren Tiefpunkt erreicht. Schon seit Monaten schwelte damals ein Konflikt zwischen der linksgerichteten Zentralregierung und den reichen Provinzen im Osten Boliviens. Wie bereits erwähnt, hatte Morales im Jahr 2006 den Energiesektor verstaatlicht, um mit den Einnahmen die extreme Armut zu bekämpfen und mehr Wohlstand für die indianische Bevölkerung zu schaffen. Vier von insgesamt neun Provinzen strebten daraufhin nach mehr Unabhängigkeit von der Zentralregierung, was Morales ablehnte. Die Demonstranten der wohlhabenderen östlichen Provinzen besetzten schließlich das Regierungsgebäude, blockierten Förderanlagen und beschädigten eine Gas-Pipeline, wodurch Bolivien seine Ausfuhren nach Brasilien drosseln musste. Im Jahr 2008 nahmen die Demonstrationen bürgerkriegsähnliche Auswüchse an: so wurden in La Paz bei einer Eskalation der Ereignisse neun Menschen getötet und mindestens 30 weitere verletzt. Morales machte die USA für die eskalierenden Proteste gegen seine Regierung verantwortlich und wies den damaligen US-Botschafter Philip Goldberg aus: "Ich erkläre den Botschafter der Vereinigten Staaten zur Persona non grata".¹⁵⁸ Die USA kommentierten den Schritt als einen "schweren Fehler" und wiesen Morales' Vorwürfe,

¹⁵⁸ Reuters Deutschland (Stand: 12.09.2008). Acht Tote bei Unruhen in Bolivien: USA weisen Botschafter aus<<http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBER21874320080912>>

die USA hätten die Proteste gegen seine Regierung angestachelt, als "haltlos" zurück.¹⁵⁹

Jüngste Entwicklungen belegen jedoch, dass Bolivien für eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen offen ist. So nahm Morales das ‚Friedensangebot‘ Barack Obamas an, „eine neue Etappe der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Respekts zwischen den USA und Bolivien“ zu beginnen.¹⁶⁰ Im Zuge der diplomatischen Annäherung soll die Unterzeichnung wirtschaftlicher Rahmenabkommen stattfinden. Sollte es in naher Zukunft also tatsächlich zu neu definierten Handelsbeziehungen zwischen Bolivien und den USA kommen, könnte Bolivien seinen außenpolitischen Handlungsspielraum mittelfristig erweitern. Neben dem wirtschaftlichen Zugang der Vereinigten Staaten wird außerdem entscheidend sein, welche Maßnahmen und Strategien die USA in Zukunft auf die Drogenbekämpfung außerhalb ihres Staatsgebietes umsetzen werden.

¹⁵⁹ Spiegel.Online (Stand: 12.09.2008) Unruhen in Bolivien <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,577794,00.html>>

¹⁶⁰ Quetzal (Stand: 02.07.2010). Bolivien, USA: Gespräche über künftige Beziehungen <http://www.quetzal-leipzig.de/nachrichten/bolivien_/bolivien-usa-gespraech-ueber-kuenftige-beziehungen-19093.html>

6. Außenwirtschaftliche Beziehungen Boliviens und Ecuadors: Zusammenschau älterer und jüngerer Integrationsansätze

Während sich das fünfte Kapitel mit den militärischen Bündnissen Boliviens und Ecuadors auseinandergesetzt hat, soll eine Betrachtung der wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten das Gesamtbild der außenpolitischen Konzepte und Strategien vervollständigen. Es versteht sich in diesem Zusammenhang von selbst, dass sich die jeweiligen Auslandsbeziehungen Boliviens und Ecuadors aufgrund der ungleichen wirtschaftlichen Stärke der beiden Länder unweigerlich unterscheiden. Vorweggenommen sei außerdem, dass sich die Unterscheidung zwischen älteren und jüngeren Integrationsansätzen nicht nur aus dem Zeitpunkt ihrer Entstehung ergibt, sondern vor allem aus einem wesentlichen Unterschied: Während sich die älteren Konzepte durch eine wirtschaftliche ‚Abschottung‘ gegen den Rest der Welt auszeichneten, sind die jüngeren Integrationsansätze geprägt von der Idee des so genannten *offenen Regionalismus*.

6.1. Der *Bolívarismus* als Fundament der lateinamerikanischen Integrationsbestrebungen

Um eine schlüssige Zusammenschau lateinamerikanischer Bündnisideen zu erreichen, gilt es, im Vorfeld zu klären, auf Basis welcher Legitimation die betreffenden Integrationsansätze entstanden sind: Die Bestrebungen, innerhalb Südamerikas Bündnisse zu schließen, geht im Wesentlichen auf das Gedankengut des Volkshelden Simon Bolívar zurück, dessen Beiname ‚Liberador‘ das politische Programm eigentlich bereits vorwegnimmt. Bolívar forcierte die Idee, Lateinamerika müsse seine durch Kolonialmächte gezogenen Grenzen überwinden und sich seine kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten vergegenwärtigen, um sich zu einer eigenständigen Nation zusammenzuschließen: „Lateinamerika ist keine

Ansammlung von Nationen: es ist eine große, aufgelöste Nation.“¹⁶¹ Die politische Bewegung, die sich auf Basis dieses Gedankenguts entwickelte, wird *Bolivarismus* genannt und diente vor allem zwischen den 1950er und 1970er Jahren als Hauptargument für die wirtschaftlichen Integrationsbewegungen in Lateinamerika.

6.2. CEPAL versus *Dependencia*: Schaffung von Freihandelszonen als älterer Integrationsansatz

Die 1960er und 1970er Jahre in Südamerika waren geprägt von der Angst, Absatzmärkte zu verlieren und einem damit einhergehenden *Export-Pessimismus*.¹⁶² Der Grund dafür lag in den Europäischen Integrationsbestrebungen, die zu dieser Zeit stetig voranschritten. Aber nicht nur Wirtschaftsbeobachter, sondern auch linke Intellektuelle sahen in dieser Entwicklung eine neuartige Bedrohung der von ihnen angestrebten lateinamerikanischen Emanzipation. Die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in Europa führte schließlich zur Ausarbeitung der sogenannten Dependenztheorie¹⁶³, die im Wesentlichen Strategien beinhaltete, die es erlauben sollten, Abhängigkeitsstrukturen zu erkennen und zu entkräften. Die Institution, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen sollte, war die 1961 gegründete UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (*Comisión Económica para América Latina*, CEPAL). Die daraus hervorgehende Wirtschaftsstrategie des *Cepalismo* war gekennzeichnet durch eine Erhöhung der Außenzölle bei gleichzeitiger Liberalisierung des Marktes innerhalb der Integrationszone. Die Entwicklungsstrategie des *Cepalismo* bestand demnach in einer Abschottung nach außen sowie einer Handelsliberalisierung nach innen. Der Grundsatz dieser *good neighbour policy*¹⁶⁴ sollte das strategische Fundament nachfolgender Integrationsansätze maßgeblich beeinflussen. Der Umstand, dass Hugo Chávez zum

¹⁶¹ Mols, Manfred. Entstehungs- und Funktionsbedingungen eines lateinamerikanischen regionalen Subsystems. In: Lindenberg, Klaus (Hsg.). *Lateinamerika: Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1982. S. 191

¹⁶² Krakau, Knud. *Lateinamerika und Nordamerika: Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im historischen Vergleich*. Frankfurt a. M.: Campus, 1992. S. 5

¹⁶³ Wuttke, Alexander. *Die Dependenztheorie: zentrale Ideen und Kritik*. Norderstedt: Grin Verlag, 2011. S. 5

¹⁶⁴ Prutsch, Ursula. *Creating good neighbours?: die Kultur- und Wirtschaftspolitik der USA in Lateinamerika, 1940-1946*. Stuttgart: Steiner, 2008. S. 18

Beispiel in den 1970er Jahren zu einer „Bolivarischen Revolution“¹⁶⁵ aufrief, zeigt, wie nachhaltig das Gedankengut des ‚Liberadors‘ die linksgerichtete Politik Südamerikas noch heute prägt. Chavez’ Aufruf zielte unmissverständlich auf die lang ersehnte Realisierung einer ganzheitlichen lateinamerikanischen Integration ab. Konkret sollte dieser Plan durch eine Wirtschaftsstrategie umgesetzt werden, die in ihren Grundsätzen stark von der besagten Dependenztheorie beeinflusst wurde: so genannte *infant industries* sollten errichtet werden, welche die südamerikanischen Staaten durch strenge Zollschränken vor Importen ausländischer Industrienationen schützten. Im Folgenden sollen die Entwicklungsstrategien jener Bündnisse beschrieben werden, deren Integrationsansatz von diesem Leitgedanken geprägt war.

6.2.1. ISI, ALADI und ALALC:

Importsubstitution als Integrationsansatz

In den zahlreichen Integrationsräumen, die zwischen 1960 und 1970 in Lateinamerika entstanden, verfolgte man das Ziel, einen grundlegenden Aspekt der Dependenztheorie umzusetzen: Die Einfuhr ausländischer Importe sollte durch den Kauf regionaler Produkte ersetzt werden. Gemäß der Devise *Industrialisierung durch Substitution von Importen* (ISI) wurde die Umgehung der Einfuhr aus den Industrienationen staatlich gesteuert. Ein regelrechter „Protektionismus nach Innen“¹⁶⁶ wurde gleichzeitig durch hohe Außenzölle realisiert. Zwar strebte man theoretisch eine sichere Position der regionalen Wirtschaft am Weltmarkt an, jedoch wurden die dazu notwendigen Exporte in Drittstaaten praktisch kaum bzw. nur unzureichend umgesetzt.

Am 02. Juli 1961 trat der Vertrag von Montevideo in Kraft, der die Gründung *Asociación Latinoamericana de Libre Comercio* (ALALC) als Freihandelszone besiegelte. Zu den Gründungsmitgliedern zählten Argentinien, Chile, Mexiko, Paraguay, Peru und Uruguay. Ein Jahr später

¹⁶⁵ Kernic, Franz und Walter Feichtinger. Transatlantische Beziehungen im Wandel. München: Nomos, 2006. S. 13

¹⁶⁶ Meier, Carsten. ALCA: Stand und Perspektiven panamerikanischer Integration. München: Herbert Utz Verlag, 2006. S. 80

erklärten Kolumbien und Ecuador ihren Beitritt, im Jahr 1966 folgte Venezuela und 1967 trat schließlich Bolivien bei. Binnen eines Zeitraumes von 12 Jahren sollte es zu einer größtmöglichen Handelsliberalisierung zwischen den Mitgliedsstaaten kommen, die zuvorderst auf der Schaffung individueller Sonderregelungen basierte: Eine bestimmte, in Verhandlungen festgelegte Produktpalette wurde zu stark reduzierten Tarifen gehandelt. Dabei ging die Wirtschaftskraft des jeweiligen Mitgliedsstaates in die Tarifbestimmungen mit ein, woraus sich tatsächlich individuelle Vorteile ergaben.

Zumindest in den ersten Jahren ihres Bestehens konnte die ALALC einen Aufschwung der regionalen Wirtschaft erreichen. Allerdings bestanden zwischen den Vertragsstaaten Differenzen bezüglich des Ausmaßes der Zollsenkungen sowie bezüglich der Einbeziehung nicht-regionaler Handelspartner. Letzten Endes scheiterte die Schaffung einer funktionierenden Freihandelszone an den genannten Unstimmigkeiten. Im Jahr 1980 wurde die ALALC daher durch den Vertrag von Montevideo in die Lateinamerikanische Integrationsassoziation (ALADI) überführt, um die ursprünglich angestrebte Freihandelszone unter veränderten Bedingungen zu realisieren. So wurden konkrete Maßnahmen formuliert und Zeitpläne gelockert, mit dem übergeordneten Ziel, die nationalen lateinamerikanischen Märkte wettbewerbsfähiger zu machen. Die Staaten sollten wirtschaftlich konkurrenzfähiger gemacht werden, in dem sie sich vom internationalen Wettbewerb vorerst fernhielten.

Das ISI-Modell scheiterte jedoch endgültig in den 1980er Jahren. Neben externen Gründen wie der Explosion der Erdölpreise in den Jahren 1973 und 1979 kam es auch intern zur massiven Benachteiligung kleiner und weniger entwickelter Staaten, weil ihnen durch die hohen Zollschränken der Zugang zu billigen, ausländischen Importgütern verwehrt blieb und sie zum Kauf von teureren Waren aus den Partnerländern gezwungen waren.

Als Nachfolgemodell wurde die Lateinamerikanische Integrationsvereinigung (*Asociación Latinoamericana de Integration*, ALADI) ins Leben gerufen, welche die strengen Vorgaben des ISI Modells durch Zollsenkungen und flexiblere Vorgehensweisen zu lockern versuchte. Allerdings konnte das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der lateinamerikanischen Staaten zu steigern, auch durch die ALADI nicht realisiert werden.

In ihren Grundzügen basierte die ALADI auf der 1960 gegründeten Lateinamerikanischen Freihandelsassoziation (*Asociación Latinoamericana de Libre Comercio*, ALALC), die von sieben Staaten initiiert wurde und auf die Realisierung eines vollständig liberalen Warenverkehrs binnen 12 Jahren hinarbeitete. Die ALALC scheiterte an Regelverstößen gegen Abkommen zum Zollabbau sowie gegen Beschlüsse zur Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik.¹⁶⁷ Die Mitgliedstaaten der ALADI hatten mehr Handlungsspielraum und konnten Abkommen mit regionaler Reichweite (*Acuerdos de Alcance Regional*) oder partieller Reichweite (*Acuerdos de Alcance Parcial*) schließen. Sie durften ihre Bündnispartner nach individuellen Präferenzen wählen, ohne dabei die bestehenden Bündnisse anderer Mitglieder berücksichtigen zu müssen.

Trotz des Versuchs, die Ansätze der ALALC effizienter und realisierbarer zu machen, scheiterte die Arbeit der ALADI daran, dass viele Mitgliedstaaten ihre nationalen Interessen in den Vordergrund stellten, statt ihren Fokus auf regionale Märkte zu richten. Sie weigerten sich beispielsweise, der ALADI jene Rechte zu übertragen, die es ihr ermöglicht hätten, einen Aufschwung der regionalen Wirtschaft zu bewirken. Nachhaltig prägte die ALADI den lateinamerikanischen Subkontinent demnach nur indirekt, zumal viele einflussreichere Abkommen, die in diesem Kapitel noch zur Sprache kommen sollen, auf die erwähnten regionalen und partiellen

¹⁶⁷ Kernic, S. 31

Präferenzabkommen zurückgehen. Vorweggenommen seien an dieser Stelle der Andenpakt, die MCCA, der MERCOSUR sowie der G-3.

6.2.2. Der Andenpakt als subregionaler Integrationsansatz

Als Reaktion auf das Scheitern der ALALC wurde 1969 der Andenpakt – *Pacto Andino* – gegründet. Die Gründerstaaten waren Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Chile. Die Ziele des Andenpakts bestanden in der Ausweitung des Binnenmarktes und der Schaffung eines gemeinsamen Außenzolls, um sich erneut auf die Integrationsbestrebungen der ISI zu besinnen.¹⁶⁸ Zur Umsetzung dieser Vorhaben wurden weitere hochtrabende Ziele verfolgt, wie die Initiierung eines gemeinsamen Gerichtshofs, eines Exekutivorgans sowie eines Andenparlaments; diese wurden von politischen Beobachtern als „in hohem Maße ambitiös, präzise und zugleich unrealistisch“¹⁶⁹ beurteilt. Von Anfang an handelte es sich beim Andenpakt also nicht nur um ein rein wirtschaftliches Bündnis, sondern auch um eine politische Gemeinschaft:

Gemeinsame Entwicklungsprojekte und politische Koordination gehörten daher ebenso zu der integrationspolitischen Zielsetzung wie die Handelsliberalisierung zwischen den Mitgliedsländern.¹⁷⁰

Innerstaatliche Krisen der Mitgliedsländer und Austritte schwächten kontinuierlich die Bedeutung des Paktes bis in die Mitte der neunziger Jahre. In Anbetracht dieser Probleme wurde 1997 ein Neustart des Andenpaktes versucht. Das 1996 unterzeichnete *Protokoll von Trujillo* wurde 1997 ratifiziert und bedeutete unter anderem die Unbenennung des Andenpaktes in die bis heute existierende Andengemeinschaft.

¹⁶⁸ Gauhar, Altaf (Hsg.). *Regional Integration: The Latin American Experience*. London: MW Books, 1985. S. 180

¹⁶⁹ Kreft, Heinrich. Ökonomische und politische Kooperation in Lateinamerika: Der Andenpakt. In: *Das Parlament*, No. B43/1990. S. 10

¹⁷⁰ Effner, Henning. Die Andengemeinschaft: Scheitern eines Integrationsmodells? In: Bodemer, Klaus (Hrsg.). *Lateinamerika im internationalen System*, Hamburg: VS Verlag, 2003. S. 105

Abb. 16

Struktur der Andengemeinschaft



Absichtserklärungen und der Versuch, die Europäische Union als Vorbild zu nehmen, nährten anfänglich die Hoffnung einer konstruktiven Zusammenarbeit und eines gemeinsamen außenpolitischen Auftretens der Mitgliedsländer. Jedoch erlebte die Gemeinschaft durch das Unvermögen, ein gemeinsames Freihandelsabkommen mit den USA zu verhandeln, erneut einen Bedeutungsverlust. Als Peru im Jahr 2005, gefolgt von Kolumbien im Jahr 2006, eigene Freihandelsabkommen mit den USA abschlossen, trat Venezuela aus der Andengemeinschaft aus. Ecuador hatte ebenfalls bereits mit Verhandlungen begonnen, die aber nach dem Wahlsieg Correas 2006 beendet wurden.

Hier zeichnete sich der folgende außenpolitische Wandel Ecuadors unter Correas bereits deutlich ab: Während die beiden Nachbarländer, Kolumbien und Peru, zwischenstaatliche Freihandelsabkommen mit den USA zum Abschluss brachten, verzichtete Correas auf ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten.

6.2.3. Die MCCA: Versuch einer Zentralamerikanischen Freihandelszone

Im Jahr 1960 wurde der Zentralamerikanische gemeinsame Markt (*Mercado Común Centroamericano*, MCCA) gegründet und darf als Nachfolger der Organisation der Zentralamerikanischen Staaten (*Organización de Estados Centroamericanos*, ODECA) gesehen werden, welche 1951 durch ein Bündnis zwischen Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador ins Leben gerufen worden war. Die MCCA verlor allerdings ab 1959 an Bedeutung, weil zwischen Honduras und El Salvador der so genannte Fußballkrieg ausbrach: Bei den Qualifikationsspielen für die Fußball-WM im Jahr 1970 war es zu heftigen Gewaltausbrüchen mit Todesopfern beider Konfliktparteien gekommen.

1991 trat die MCCA durch das Protokoll von Tegucigalpa endgültig hinter das Zentralamerikanische Integrationssystem (*Sistema de la Integración Centroamericana*, SICA). Der Integrationsansatz der SICA basierte neben wirtschaftlichen Aspekten auch auf der Annahme eines gemeinsamen Geschichtsbewusstseins. Die SICA wollte demnach nicht nur eine Freihandelszone realisieren, sondern auch eine regionale Identität stiften. In Anspielung an den erwähnten Fußballkrieg sollten nicht zuletzt die Friedenssicherung und Achtung der Menschenrechte in Mittelamerika gewährleistet werden.

Im Anschluss an diese Übergangsphase wurde die MCCA im Jahr 1993 mit dem Protokoll von Guatemala wieder reaktiviert. Aufgrund des erwähnten Protektionismus nach innen sowie den Spannungen zwischen regionalen und nationalen Interessen der Mitgliedstaaten konnte die MCCA bislang keine wettbewerbsfähige Freihandelszone in Mittelamerika realisieren.

6.3. „Offener Regionalismus“ als jüngerer Integrationsansatz

Wie einleitend erwähnt, besteht der entscheidende Unterschied zwischen älteren und jüngeren Integrationsansätzen in deren Auffassung von 'Regionalismus'. Während ältere Ansätze nach dem ISI-Prinzip gemäß eines 'geschlossenen Regionalismus' agierten und an der Realisierung eines wettbewerbsfähigen regionalen Marktes scheiterten, vertreten jüngere Konzepte einen offenen Regionalismus, der sich im Wesentlichen auf eine Handelsliberalisierung nach Außen stützt. Der Begriff des 'offenen Regionalismus' wird oft in Zusammenhang mit der Formulierung „Sprungbrett auf den Weltmarkt“¹⁷¹ gebraucht, was die Euphorie widerspiegelt, mit der man diesem Integrationsansatz mitunter begegnet. Zu den Maßnahmen der hier angestrebten 'Öffnung nach Außen' zählt vor allem die Liberalisierung von Waren-, Kapital-, und Dienstleistungsverkehr. Zu diesen Zwecken werden Außenzölle gesenkt und Kapitalverkehrskontrollen beseitigt. Während der geschlossene Regionalismus stark institutionalisiert auftrat, sieht der offene Regionalismus davon ab, den Handlungsspielraum seiner Mitglieder auf Basis parteipolitischer Vorgaben zu limitieren. Während ältere Integrationsansätze im Sinne einer Verstaatlichung agierten, zielt der offene Regionalismus darauf, den Privatsektor zu stärken. Nicht zuletzt begrüßen jüngere Konzepte die Option, Landeswährungen an den US-Dollar zu koppeln, um diese widerstandsfähiger gegen Turbulenzen am Weltmarkt zu machen.

6.3.1. Die Rio-Gruppe: Europa als Handelspartner

Das wirtschaftlich stärkere Ecuador verfügt über direkte Handelsabkommen mit Europa. Deutschland ist hierbei einer der wichtigsten Handelspartner: 2009 wurden Waren im Wert von 436,4 Millionen Euro von Ecuador nach Deutschland exportiert, während der

¹⁷¹ Meier, S. 20

Umsatz durch Importe 253,8 Millionen Euro betrug.¹⁷² Das wirtschaftlich schwache Bolivien pflegt seine bilateralen Beziehungen zu Europa durch Abgeordnete der Andengemeinschaft sowie des MERCOSUR, die gleichzeitig als Minister der Rio-Gruppe agieren.

Die Rio-Gruppe ging aus der Fusion der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) mit der Contadora-Unterstützungsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay) hervor und will vor allem einen Beitrag zur Friedenssicherung in Mittelamerika leisten. Seit 1987 finden regelmäßig Treffen zwischen Ministern der Contadora-Gruppe und der EU statt. Ab 2012 soll der Staatenbund der Rio-Gruppe auf 32 Mitglieder aus Lateinamerika sowie der Karibik ausgedehnt werden und unter dem Namen *Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten* (*Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños*, CELC) agieren. Ziel des Zusammenschlusses ist es, die Dominanz der USA in der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) auszugleichen.¹⁷³ Innerhalb Europas sind besonders die bilateralen Beziehungen Boliviens zu Deutschland wesentlich, zumal das wirtschaftlich schwächste Land Südamerikas den größten Pro-Kopf-Empfänger deutscher Entwicklungszusammenarbeit (EZ) darstellt. Das deutsche Aktionsprogramm will Bolivien noch bis 2015 unterstützen, um so einen Beitrag zum Kampf gegen die weltweite Armut zu leisten. Im August 2009 konnten bei Verhandlungen in La Paz beispielsweise Neuzusagen in der Höhe von 62 Millionen Euro erzielt werden.¹⁷⁴ Damit ist Deutschland nach den USA und Japan der drittgrößte Geldgeber für Entwicklungsprojekte in Bolivien.¹⁷⁵ Auch für Ecuador ist Deutschland nicht unbedeutend in Entwicklungsangelegenheiten: Zwar richtet sich der Schwerpunkt in Anbetracht der Galapagos Inseln hier vordergründig auf den Umweltschutz, die Hilfszahlungen betrugen 2007

¹⁷² Auswärtiges Amt Deutschland (Stand 13.09.2010). Beziehungen zwischen Ecuador und Deutschland <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Ecuador/Bilateral.html>>

¹⁷³ Quetzal (Stand: 12.09.2010). Lateinamerika: Gründung der Staatengemeinschaft CELC als Gegengewicht zur OAS <http://www.quetzal-leipzig.de/nachrichten/mexiko_/lateinamerika-gruendung-der-staatengemeinschaft-celc-als-gegen-gewicht-zur-oas093.html>

¹⁷⁴ Auswärtiges Amt Deutschland (Stand: 13.09.2010). Beziehungen zwischen Bolivien und Deutschland <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Bolivien/Bilateral.html>>

¹⁷⁵ Berger, Timo (Stand: 12.09.2010). Wir wollen eine Beziehung auf Augenhöhe. In: Lateinamerikanachrichten Nr. 404/2008 <<http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/2695.html>>

jedoch circa 530 Millionen Euro. 2008 wurden weitere Zusagen in der Höhe von 23 Millionen Euro bis 2013 gemacht.¹⁷⁶

6.3.2. Der MERCUSOR: ein Gemeinsamer Markt des Südens als Integrationsansatz

Eine wesentlich größere politische Bedeutung als die Andengemeinschaft hat der Gemeinsame Markt des Südens (*Mercado Común del Sur*, MERCOSUR). Die treibenden Kräfte dieser Gemeinschaft sind die beiden Gründerstaaten Argentinien und Brasilien. Weitere Vollmitglieder sind Paraguay und Uruguay. Einen Spezialfall stellt Venezuela dar: Das Land hat unter der Führung von Hugo Chávez 2006 nach dem Austritt aus der Andengemeinschaft zwar den Beitritt als Vollmitglied unterzeichnet, dieser wurde jedoch noch nicht ratifiziert. Für die vorliegende Arbeit ist vor allem das Verhalten von Evo Morales gegenüber dem MERCOSUR interessant: Seit seinem Amtsantritt 2005 kokettiert der bolivianische Präsident mit einem Vollbeitritt. Dieser müsste aber den Austritt aus der Andengemeinschaft zur Folge haben. Seit Jahren bewegt sich Morales also auf einem schmalen Grat zwischen der Annäherung an den MERCOSUR auf der einen Seite und der Vollmitgliedschaft in der Andengemeinschaft auf der anderen.

Als wesentlicher Faktor für die Gründung des MERCOSUR kann die Reaktion auf den internationalen Trend gesehen werden, Wirtschaftsblöcke zu bilden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu verbessern. Am 26. März 1991 wurde der *Vertrag von Asunción* von den Gründungsmitgliedern unterzeichnet und sollte 1995 nach einer vierjährigen Übergangsphase in Kraft treten. Bolivien erklärte seinen Beitritt zum MERCUSOR im Jahr 1997, Ecuador im Jahr 2004; beide Staaten sind assoziierte Mitglieder.

¹⁷⁶ Auswärtiges Amt Deutschland (Stand 13.09.2010). Beziehungen zwischen Ecuador und Deutschland <<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Ecuador/Bilateral.html>>

Der Integrationsansatz des *Vertrags von Asunción* setzt drei Schwerpunkte, die bis zum Ende der Übergangsfrist 1995 realisiert werden sollten. Der erste Fokus betrifft Maßnahmen zu Liberalisierung und Stimulierung des Binnenhandels. So setzte sich der MERCOSUR das Ziel, die Binnenzölle auf Null zu senken. Von den Freihandelsbestimmungen ausgenommen sind bis heute lediglich die Sektoren Automobil und Zucker. Aus heutiger Sicht konnten damit 90% der Binnenzölle beseitigt werden, wodurch man den *Vertrag von Asunción* in dieser Hinsicht als erfüllt ansehen kann. Allerdings liegt der Warenwert der verbleibenden 10% weit über jenem der freien Güter: Allein der Anteil des Automobilmarktes am MERCOSUR-Handel beträgt beispielsweise 25%.¹⁷⁷ Dieser Umstand relativiert den Erfolg der Umsetzung eines freien Binnenmarktes.

Der zweite Fokus des *Vertrags von Asunción* liegt auf der Schaffung gemeinsamer Außenzölle (*Common External Tariff*, CET) gegenüber Drittstaaten. Bis zum Ende der Übergangsfrist 1994 wurden etwa 85% der Güter aus Drittstaaten zu einem einheitlichen Zollsatz eingeführt. Die übrigen 15% beinhalteten so genannte als „sensibel erachtete Güter“¹⁷⁸, die von den Mitgliedstaaten individuell in Listen zusammengefasst und mit unterschiedlichen Tarifen belegt wurden. Der erlaubte Umfang dieser Ausnahmelisten variiert von Staat zu Staat: Im Sektor Informatik und Telekommunikation stehen Argentinien, Brasilien, und Uruguay bei bis zu 300 Produkten Ausnahmeregelungen zu, während Paraguay sogar 399 Produkte auf seine Liste setzen darf.¹⁷⁹

Der dritte Focus liegt schließlich auf dem Vorantreiben einer einheitlichen, in sich schlüssigen Wirtschaftspolitik, wobei die EU als Vorbild dienen soll. Zwar existieren seit dem 19. Gipfeltreffen der MERCOSUR-Regierungschefs im Dezember 2000 einheitliche Konvergenz-kriterien, jedoch besitzt diese Vereinbarung kaum politisches Gewicht. So sind beispielsweise bei einem Verstoß gegen die Richtlinien keine Sanktionen

¹⁷⁷ Meier, S. 124

¹⁷⁸ Meier, S. 124

¹⁷⁹ Ebd.

zu erwarten, weil der Rat des MERCOSUR nicht an den Verhandlungen über die Konvergenzkriterien beteiligt war.

Zusammenfassend gilt es daher festzuhalten, dass die Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik bislang nicht realisiert werden konnte. Auch was die Schaffung einer Freihandelszone sowie die Vereinheitlichung der Außenzölle betrifft, kann nur von mäßigem Erfolg die Rede sein; die vollständige Umsetzung der Maßnahmen des *Vertrags von Asunción* ist bis heute nicht gelungen.

6.3.3. Die ALCA als panamerikanischer Integrationsansatz

Die Schaffung der Amerikanischen Freihandelszone (*Área de Libre Comercio das Américas*, ALCA) als gesamtamerikanisches Freihandelskonzept war ein Prozess, der im Jahr 1991 unter der Leitung der US-amerikanischen Regierung unter George Bush sen. seinen Anfang nahm. Bush sen. unterbreitete in einer Rede den Vorschlag, eine panamerikanische Freihandelszone (*Enterprise for the Americas-Initiative*, EIA) zu schaffen, die sich von Alaska bis Feuerland erstrecken sollte. Zum Zwecke des Schuldenabbaus sowie zum Ausbau von Handelsbeziehungen und Investitionen sollten Waren und Dienstleistungen innerhalb des EAI-Raumes barrierefrei gehandelt werden. Das Eigeninteresse der USA bestand dabei in sicherheitspolitischen Aspekten sowie der wirtschaftlichen Stabilisierung der Region.

Die Clinton-Regierung führte diese Bestrebungen weiter und lud im Jahr 1994 insgesamt 34 Staats- und Regierungschefs zum ersten Amerika-Gipfel in Miami. Das Ergebnis des Zusammentreffens war die so genannte Prinzipienklärung über einen „Interamerikanischen Pakt für Entwicklung und Wachstum“¹⁸⁰. Als Kernelemente der zukünftigen Zusammenarbeit wurden die Stärkung der Demokratie sowie der Kampf gegen Armut und Diskriminierung festgelegt, weitere Ziele waren wirtschaftliche Integration

¹⁸⁰ Declaración de principios <www.summit-americas.org/miamidec-spanish.htm>.

und die Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung für künftige Generationen.

Mit der Prinzipienerklärung von Miami wurde der Grundstein für den Entwicklungsprozess der ALCA gelegt, der neben jährlichen Konferenzen auch Zusammenkünfte zwischen Handelsministern und Arbeitsgruppen beinhaltete. Im Jahr 1999 nahm die Vorbereitungsphase ein Ende. Als essentielles Ziel kristallisierte sich dabei die Handelsliberalisierung zwischen den ALCA-Staaten heraus. Der Handel mit Waren und Dienstleistungen sollte gesteigert werden sowie Handelsbarrieren eliminiert und dadurch Handelswege vermieden. Nicht zuletzt sollte der Zugang zu besseren Technologien erleichtert werden, um Transaktionen effizienter durchzuführen. Zu den zentralen Durchführungsprinzipien dieser Maßnahmen zählen unter anderem die Transparenz von Regeln und Handlungen, eine in sich schlüssige Rechtslage auf Basis der Regeln der WTO sowie die souveräne Gleichheit aller Staaten.¹⁸¹

Die Europäische Union ist im Hinblick auf Integrationsaspekte ein wichtiger Kooperationspartner Lateinamerikas. Aktuell besteht deshalb ein Rivalitätsverhältnis zwischen dem MERCOSUR und der ALCA, die EU als Bündnispartner zu gewinnen. Während sich die ALCA die europäischen Osterweiterungspläne zu Nutze machen will, um eine transnationale Integrationszone zu initiieren, ist der MERCOSUR bestrebt, als eigenständiger Handelspartner aus dem Schatten der USA zu treten. Sollte die EU verstärkt in den ALCA-Prozess einsteigen, könnte sie auch dort für einen Ausgleich der US-Dominanz in den laufenden Verhandlungen sorgen.

Aus heutiger Sicht kann die ALCA zumindest einen Teilerfolg verbuchen, was das ökonomische Zusammenspiel der Mitgliedstaaten betrifft. Allerdings funktioniert diese wirtschaftliche Interdependenz bislang nicht

¹⁸¹ Meier, S. 177

so stabil, wie im Sinne der angestrebten *building blocks*, die Turbulenzen am Weltmarkt trotzen sollten. Ein weiterer Kritikpunkt besteht in der tatsächlichen Gleichheit aller Mitgliedstaaten, zumal viele politische Beobachter eine Dominanz US-amerikanischer Investoren sowie transnationaler Konzerne in Südamerika kritisieren.¹⁸²

6.3.4. Die ALBA als ‚bolivarischer‘ Gegenentwurf

Das ALBA-Projekt gilt als direkte Antwort des schärfsten Kritikers der ALCA, Venezuelas Präsidenten Hugo Chavez. Die beiden zu untersuchenden Länder Bolivien und Ecuador stehen durch ihre Mitgliedschaft in der ALBA der von den USA dominierten ALCA ebenfalls ablehnend gegenüber.

Die *Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América* (ALBA) ist ein weiteres lateinamerikanisches Integrationsbündnis und wurde von dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und Fidél Castro im Jahr 2004 initiiert. Mittlerweile ist auch Bolivien Vollmitglied, Ecuador wurde im Juni 2009 in die Gemeinschaft aufgenommen. Dieser Beitritt könnte das Ende der Andengemeinschaft bedeuten. Kolumbien und Peru haben sich durch ihre bilateralen Freihandelsabkommen politisch und wirtschaftlich stark an die Vereinigten Staaten gebunden. Dem gegenüber stehen Bolivien und Ecuador, welche sich dem *enfant terrible* aus US-amerikanischer Sicht, Hugo Chávez, annähern. Da innerhalb der Andengemeinschaft jedes Vollmitglied über ein Vetorecht verfügt, wird die größte Herausforderung in Zukunft darin bestehen, eine gemeinsame politische Linie zu finden.

6.3.5. Die NAFTA als nordamerikanische Freihandelszone

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (*North American Free Trade Agreement*, NAFTA) existiert seit Januar 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko, welches dadurch als erstes Schwellenland überhaupt direkt mit zwei Industrienationen kooperiert. Das Ziel, Mexiko dadurch

¹⁸² Meier, S. 290

eine sichere Position am Weltmarkt einzuräumen, zählte zu den Kernelementen des Abkommens. Für die USA war das Bündnis einerseits sicherheitspolitisch interessant, zumal die Themen Migration und Drogenhandel bislang zu Konflikten mit Mexiko geführt hatten. Andererseits sollte die Region samt ihren US-amerikanischen Absatzmärkten durch den Schluss des Abkommens finanziell stabilisiert werden. Aus kanadischer Sicht sprach vor allem die Sicherung des privilegierten Zugangs zum amerikanischen Automobil- und Energiesektor für einen NAFTA-Beitritt.¹⁸³

Ein Ziel der NAFTA besteht im schrittweisen Abbau von Zöllen. So wurden Produkte in fünf Kategorien von ‚A – D‘ eingeteilt, deren Tarife nach unterschiedlichen Übergangsfristen auf Null gesetzt werden sollen. Während die Zölle der Kategorie A beispielsweise mit dem Inkrafttreten der NAFTA beseitigt wurden, gilt für landwirtschaftliche Produkte der Gruppe C (z.B. Mais, Milchpulver und Bohnen) eine Frist von 15 Jahren.¹⁸⁴

Auch setzt sich die NAFTA für eine Festlegung gemeinsamer Außenzölle ein, um frühere Fehler zu vermeiden: Die Ausnutzung günstiger Tarife hatte in der Vergangenheit zu Handelsumwegen geführt, wodurch die Transaktionen zwingend weniger effizient durchgeführt wurden. Die konkrete Maßnahme zur Umsetzung dieses Vorhabens besteht in der detaillierten Kennzeichnung des Ursprungs von Gütern durch verschiedene Kriterien. So können NAFTA-Produkte beispielsweise *wholly-produced* sein, wenn sie ausschließlich innerhalb der Freihandelszone produziert wurden, oder gemäß der *De-minimis*-Klausel zu höchstens 7% mit Vorprodukten aus Drittländern.¹⁸⁵

Darüber hinaus strebt die NAFTA die Liberalisierung von Dienstleistungen an, um den mexikanischen Markt für Kanada und die USA zu öffnen. Zusätzlich beinhaltet der Vertragstext Passagen zur Streitschlichtung im

¹⁸³ Meier, S. 138

¹⁸⁴ Art. 302 NAFTA <www.nafta-sec-alena.org/DefaultSite/index_e.aspx?DetailID=121>

¹⁸⁵ Vgl. Art. 402 NAFTA.

Bereich Handel und Investition, sowie einige Nebenabkommen, die sich unter anderem mit Umweltfragen befassen.

Aus heutiger Sicht kann die NAFTA lediglich Teilerfolge verbuchen. So mag es ihr gelungen sein, den mexikanischen Wirtschaftsraum zu stabilisieren, jedoch besteht ein Ungleichgewicht in der Verteilung des erwirtschafteten Kapitals, was Einkommensunterschiede innerhalb des NAFTA-Raumes verfestigt. Mexiko müsste daher in naher Zukunft in die Bereiche Bildung und Gesundheit investieren, um seine Defizite in Sachen Armutsbekämpfung und Wettbewerbsfähigkeit aufzuholen.¹⁸⁶

6.4. Fazit: Ermöglichen regionale und internationale Bündnisse wirtschaftliche Unabhängigkeit?

Gemäß der Kleinstaatentheorie geht man davon aus, dass Bolivien und Ecuador eine Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nur durch den Schluss neuer Bündnisse verkraften können. In diesem Zusammenhang spielen vor allem die Beziehungen zu den neuen Partnern Venezuela und Brasilien eine große Rolle. Wie das sechste Kapitel gezeigt hat, liegen die Chancen auf eine neue, aktivere Außen- und Wirtschaftspolitik in der Tat im Abschluss funktionierender Wirtschaftsbündnisse. Nur so können Bolivien und Ecuador ihre Abhängigkeit von den USA verringern und ihren Verhandlungsspielraum anderen Staaten gegenüber vergrößern.

Ein Hindernis, internationale Bündnisse zu schließen, besteht in dem Umstand, dass Konflikte mit den USA ausländische Investoren abschrecken und so die inländische Wirtschaft der beiden Staaten hart trifft. Bolivien und Ecuador sind also nach wie vor abhängig von den USA und geraten durch eventuelle Sanktionen unter Druck. Neben den USA haben auch der IWF sowie die Weltbank großen Einfluss auf die Politik der beiden Staaten.

¹⁸⁶ Meier, S. 152

7. Schlussbetrachtungen

Abschließend sollen die Ergebnisse der vorhergehenden Kapitel im Sinne einer Zusammenschau dargestellt werden. Darauf aufbauend soll der Ausblick klären, wie die zukünftigen Beziehungen Boliviens und Ecuadors zu den USA aussehen könnten. Wie wahrscheinlich diese Entwicklungen tatsächlich sind, soll in der Conclusio bewertet werden.

7.1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Auswahl aktueller Integrationsbündnisse Boliviens und Ecuadors	
regional	ALADI (Asociación Latinoamericana de Integración) Grupo de Rio
subregional	MERCOSUR (Mercado Commun del Sur)
bolivarianisch	ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América
wissenschaftlich	CEPAL (Comisión Económica para America Latina y el Caribe)
transnational	NAFTA (<i>North American Free Trade Agreement</i>) ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas)

Im zweiten Kapitel konnte gezeigt werden, dass sich die Ideen der Kleinstaatentheorie auf die Staaten Südamerikas übertragen lassen. Auf die Forschungsfrage, ob die beiden untersuchten Länder durch die entsprechenden außenpolitischen Strategien ihre Abhängigkeit von den USA minimieren konnten, gibt es eine klare Antwort: Beide Länder konnten ihre Abhängigkeit zu den Vereinigten Staaten verringern. In beiden Ländern führte dies jedoch zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu den USA und dem Problem, dass diese Verschlechterung durch die Hinwendung zu regionalen Bündnispartnern nur bedingt kompensiert werden konnte. Wie die Zusammenschau der verschiedenen Integrationsbündnisse des vorhergehenden Kapitels gezeigt hat, scheiterte

der Erfolg der entsprechenden Abkommen bislang vor allem an den mehr nationalen als regionalen Interessen der Mitgliedstaaten sowie an einem oft unausgewogenem Verhandlungsgleichgewicht.

Bolivien hat durch die kürzlich erfolgte diplomatische Annäherung an die Vereinigten Staaten die Beziehungen wieder verstärkt, wodurch sich die Verhandlungsbasis zwischen den beiden Staaten verbesserte. Ecuadors Verhandlungsposition hingegen ist durch die starke Zuwendung zu Venezuela sowie die Weigerung, US-amerikanischen Truppen die Stationierungserlaubnis zu verlängern, geschwächt.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen den nord- und süd-amerikanischen Staaten wurden zuvor in den 1990er Jahren maßgeblich durch den sogenannten Linksruck erschüttert. Dieser Begriff bezieht sich auf den Umstand, dass zunehmend mehr lateinamerikanische Staaten linksgerichtete Präsidenten an die Spitze wählten: in Brasilien zum Beispiel Luiz Inacio Lula da Silva, Nestor Kirchner in Argentinien, Tabaré Vazquez in Uruguay, Michelle Bachelet in Chile, und Hugo Chavez in Venezuela. Bolivien und Ecuador schlossen sich dem Trend im darauf folgenden Jahrzehnt an und wählten Evo Morales und Raffael Correas im Jahr 2006 an die Staatsspitzen. Der politische Kurs linksgerichteter Regierungen erinnert stark an die lateinamerikanischen Integrationsbestrebungen des *Bolivarismus*. Man könnte den Linksruck als solches demnach als eine Trendwende im Sinne der einst angestrebten *Bolivarischen Revolution* verstehen, auch wenn internationale Medien einen derartigen Zusammenhang nie eindeutig herstellten.

Die Vereinigten Staaten standen dieser Entwicklung kritisch gegenüber, zumal sie um ihre Vorherrschaft in Territorien fürchteten, die sie bislang als ihren ‚Hinterhof‘ betrachtet hatten. In letzter Konsequenz bedeutete die Wahl linksgerichteter Regierungen nämlich auch eine außenpolitische Abwendung von den USA. Auch wenn diese Abwendung in den

internationalen Medien mitunter lediglich als massenwirksame, populistische Drohgebärden interpretiert wurden, kam es dennoch zu Ereignissen, welche die Beziehungen zwischen den USA und den entsprechenden südamerikanischen Staaten schwer erschüttert haben. Obwohl es sich im Vergleich mit anderen Staaten des Kontinents im Falle von Bolivien und Ecuador um wirtschaftspolitische Leichtgewichte handelt, lösten auch deren Bestrebungen nach Eigenständigkeit mitunter ernstzunehmende Krisen aus, die den Frieden in der Region maßgeblich gefährdeten. In diesem Zusammenhang gilt es besonders Ecuadors Militärbündnis mit Venezuela hervorzuheben sowie die Ausweisung des damaligen US-Botschafters durch den bolivianischen Präsidenten Evo Morales.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in Bezug auf die Geschichte der Außenpolitik von Bolivien und Ecuador aktuell beide Kleinstaaten einen noch nie dagewesenen Handlungsspielraum haben. Das ist vor allem auf die gestiegene Distanz zu den Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen. Die USA hatten in beiden Staaten über Jahrzehnte hinweg die Richtung der Außenpolitik vorgegeben. Heute ist dies nicht mehr im selben Ausmaß der Fall. In Bolivien hat sich jedoch, im Gegensatz zu Ecuador, das diplomatische Klima zu den USA in den letzten zwei Jahren wieder verbessert, was jedoch nicht bedeutet, dass das Land dem unilateralen Zugang der Supermacht nachgibt. Vielmehr versucht Bolivien das Verhältnis zu normalisieren und auf eine neue, ausgewogenere Basis zu stellen. Für Ecuador ist dies zurzeit, vor allem durch die offene Annäherung zu Venezuela, nicht möglich.

7.2. Ausblick: Annäherungsversuche Obamas vs. Militärbasis auf Costa Rica

Die Verfassung Costas Ricas sieht keine Streitkräfte auf seinem Staatsgebiet vor und definiert das Land als eine „Zone des Friedens“.¹⁸⁷ Costa Rica verfügt weder über ein eigenes Heer noch über militärische Ausrüstung. Dennoch genehmigte das Parlament am 1. Juli 2010 die Stationierung von 46 Kriegsschiffen und 7000 US-Soldaten, um den Kampf gegen den Drogenhandel sowie humanitäre Einsätze in der Region zu unterstützen. Ein Dokument der US-Airforce rechtfertigt die Maßnahme damit, dass aktuell ein „breites Spektrum“ militärischer Operationen nötig sei, um gegen "... die ständige Bedrohung durch anti-amerikanische Regierungen in der Region"¹⁸⁸ vorgehen zu können. Der Handlungsspielraum des oben genannten, ‚breiten Spektrum‘ schließt laut einem Schreiben der amerikanischen Botschaft an Costas Ricas Ministerium für Sicherheit kriegerische Maßnahmen offenbar ein: "Das Personal der Vereinigten Staaten in Costa Rica genießt Bewegungsfreiheit und das Recht, jeder Tätigkeit nachzugehen, die für die Erfüllung seiner Mission notwendig ist".¹⁸⁹ Die in diesem Statement enthaltene Anspielung auf die ‚Gegner‘ der USA bezieht sich nicht nur auf Venezuela, sondern auch auf Bolivien und Ecuador. Damit verweist die Aussage nicht zuletzt auf den Umstand, dass die Beziehungen Boliviens und Ecuadors zu den USA derzeit nicht auf Freundschaftlichkeit basieren.

Besonders was Ecuador anbelangt, ist die Schaffung eindeutig freundschaftlicher Beziehungen eine diplomatische Herausforderung, die aufgrund der aktuellen politischen Lage sowie aufgrund der Ereignisse der letzten beiden Jahre momentan kaum gelingen dürfte. So kann die Stationierung der US-Armee auf Costa Rica als eine Strategie gedeutet werden, sich die militärische Dominanz in Südamerika zu sichern und dadurch gegebenenfalls die Durchführung weiterer Initiativen im Rahmen

¹⁸⁷ Golinger, Eva (Stand 09.07.2010). Massive Militärpräsenz der USA in Costa Rica <<http://amerika21.de/analyse/3252/militramerikas>>

¹⁸⁸ Golinger, 2010. <<http://amerika21.de/analyse/3252/militramerikas>>

¹⁸⁹ Ebd.

des *Plan Colombia* zu unterstützen. Oppositionellen Abgeordneten Costa Ricas, die bereits eine Klage beim Verfassungsgericht wegen Souveränitätsverletzung seitens der USA eingereicht haben, erscheint dieser Legitimationsversuch jedoch äußerst fadenscheinig. "Die Art der Waffen weist darauf hin, dass diese Operation militärischer Natur ist, und nicht um den Drogenhandel zu bekämpfen."¹⁹⁰ heißt es dazu von Seiten der Opposition, die immerhin eine sechsmonatige Befristung der Genehmigung erreichen konnte. Der Vorwurf richtet sich vor allem gegen die militärische Ausrüstung der US-Flotte, zu der beispielsweise der Flugzeugträger *USS Making Island* zählt. Dieser bietet 1.500 Soldaten Platz, und ist für "intensive Kampfeinsätze" gerüstet, da er darüber hinaus fünf Kampfflugzeuge und 42 Hubschrauber transportieren kann.¹⁹¹ Außerdem spielt der Vorwurf darauf an, dass die USA Costa Rica nicht nur in seiner *Souveränität*, sondern auch in seiner *Neutralität* verletzen, zumal das Land durch seine Funktion als Militärstützpunkt zwingend in das Lager der Bündnispartner ‚USA-Kolumbien‘ gezogen wird, welches, wie die politischen Ereignisse der vergangenen zwei Jahre belegen, dem Bündnis zwischen Ecuador und Venezuela feindlich gegenübersteht.

Maßgeblich verhärteten sich diese Fronten im Jahr 2008, als die kolumbianische Armee mit Unterstützung der USA einen nicht genehmigten Luftangriff auf ecuadorianischem Staatsgebiet durchführte. Im Zuge dessen wurde der stellvertretende Anführer der FARC, Raúl Reyes, getötet. Kolumbien rechtfertigte sein Vorgehen damals als einen ‚Akt der Selbstverteidigung‘ gegen kolumbianische Rebellen in Ecuador. Außerdem hätten die Kampfflugzeuge lediglich über die Grenze hinweg geschossen, den ecuadorianischen Luftraum also nicht verletzt. Wenige Tage nach dem Militärschlag ergänzte Kolumbien, Bodentruppen hätten im

¹⁹⁰ Daniljuk, Malte (Stand: 09.07.2010). Massive Flotten-Stationierung in Costa Rica. Genehmigung vorläufig für ein halbes Jahr
<<http://amerika21.de/nachrichten/2010/07/3251/costamilitar>>

¹⁹¹ Daniljuk, 2010. <<http://amerika21.de/nachrichten/2010/07/3251/costamilitar>>

Lager der FARC Softwaredateien gefunden, die belegten, dass Ecuador und Venezuela geheime Verbindungen zur FARC unterhielten und die Rebellen unterstützten, was beide Länder vehement zurückgewiesen.¹⁹²

Auch der damalige US Präsident George W. Bush verteidigte die militärische Offensive und betonte das sich die Vereinigten Staaten von Amerika voll und ganz hinter Kolumbien stellen.¹⁹³

Im Jahr 2009 kam es, wie im vorhergehenden Kapitel bereits erwähnt, zur Unterzeichnung eines offiziellen militärischen Bündnisses zwischen den USA und Kolumbien, in dem die beiden Staaten beschlossen, ihre militärische Zusammenarbeit gegen Drogenhändler und Guerillakämpfer in Kolumbien zu richten. Zu diesem Zweck dürfen US-Streitkräfte für die nächsten zehn Jahre sieben Stützpunkte in Kolumbien nutzen. Das Abkommen wurde von den linksgerichteten Regierungen der Nachbarländer Venezuela und Ecuador dahingehend heftig kritisiert, es handle sich lediglich um eine Strategie der USA, ihren Einfluss in Südamerika zu vergrößern.¹⁹⁴ Der venezolanische Präsident Hugo Chávez äußerte darüber hinaus in den Medien offene Kriegsdrohungen gegen Kolumbien und demonstrierte deren Ernsthaftigkeit durch Waffenkäufe in Russland. Bei dieser Gelegenheit verwies Chávez nicht zuletzt auf die einst freundschaftlichen Beziehungen Venezuelas zur Sowjetunion, um zu signalisieren, dass ein Auffrischen eines solchen Verhältnisses zur Russischen Föderation in seinem Sinne wäre.¹⁹⁵ All diese Maßnahmen und Äußerungen unterstrichen gleichzeitig die Abwendung Venezuelas von den USA – ein außenpolitischer Kurs, dem Ecuador in gleichem Maße zu folgen hatte.

In diesem Sinne könnte das massive Aufrüsten seitens der USA in Costa Rica als Machtdemonstration im Gegenzug zur Aufrüstung Venezuelas aufgefasst werden, woraus sich schließen lässt, dass auch die

¹⁹² Süddeutsche Zeitung (Stand: 03.03.2008). Kolumbianischer Militärschlag in Ecuador Kriegswarnungen in Südamerika <<http://www.sueddeutsche.de/politik/kolumbianischer-militaerschlag-in-ecuador-kriegswarnungen-in-suedamerika-1.267086>>

¹⁹³ Streck, Ralf (Stand: 05.03.2008). Kolumbien/USA gegen Ecuador/Venezuela <<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27431/1.html>>

¹⁹⁴ Spiegel.Online (Stand: 09.11.2009). Chávez ruft Venezuela zu Kriegsvorbereitungen auf <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,660090,00.html>>

¹⁹⁵ Handelsblatt (Stand: 08.09.2009) Chávez zum Waffenkauf in Russland <<http://www.handelsblatt.com/politik/international/chavez-zum-waffenkauf-in-russland;2454574>>

diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Ecuador derzeit gespannt sind. Das deutsche Außenministerium beschreibt die Beziehungen Ecuadors zu den USA wie folgt:

Zu Beginn des Jahres 2009 hatte Ecuador durch Ausweisung von US-Diplomaten und durch die Nichtverlängerung des Vertrages über die Luftwaffenbasis Manta (am 18.9.2009 übergeben) zu erkennen gegeben, dass sie eine gewisse Distanz in den Beziehungen zu den USA wünscht.¹⁹⁶

Eine Streitfrage, die sich besonders im Hinblick auf den thematischen Fokus dieser Arbeit daraus stellt, ist jene nach der Realisierbarkeit der Emanzipation Ecuadors zum eigenständigen Kleinstaat. Die in dieser Arbeit vorgenommene Darstellung der aktuellen politischen Situation legt immerhin die Auffassung nahe, Ecuador tausche lediglich seine einstige Abhängigkeit von den USA gegen eine neue Abhängigkeit von Venezuela ein.

7.2. Conclusio

Fest steht, dass sich Bolivien und Ecuador im Laufe der letzten fünf Jahre politisch zunehmend einem extrem linksgerichteten Kurs angeschlossen haben und in gleichem Maße bestrebt waren bzw. sind, sich von ihrer Abhängigkeit von den USA zu lösen sowie ihre innen- und außenpolitischen Angelegenheiten im Sinne der lateinamerikanischen Integrationspolitik als emanzipierte Kleinstaaten selbst in die Hand zu nehmen. Das diplomatische Verhältnis zu den USA war zu dieser Zeit also besonders angespannt und basierte vor allem auf gegenseitigem Misstrauen sowie auf medialen und politischen Drohgebärden der jeweiligen Regierungen.

Die linksgerichteten Regierungen richteten ihre politischen Ziele vor allem auf die baldige Umsetzung einer Außen- und Wirtschaftspolitik, die sich in

¹⁹⁶ Auswärtiges Amt Deutschland (Stand: März 2010). Außenpolitik Ecuadors <<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Ecuador/Aussenpolitik.html>>

ihren Ansätzen an den Bolivarismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anlehnt. Beide Staaten wollten ihre Abhängigkeit gegenüber den USA verringern und gleichzeitig ihren Spielraum und Verhandlungsrahmen gegenüber anderen Staaten vergrößern. Die Euphorie über die vermeintliche Chance auf Emanzipation, die sich Bolivien und Ecuador durch den Linksruck erwarteten, wurde jedoch bald durch innere wirtschaftliche und sicherheitspolitische Probleme gedämpft, mit denen die Staaten bislang nicht gerechnet hatten. So schreckte der Konflikt mit den USA zum Beispiel ausländische Investoren ab und schwächte maßgeblich die inländische Wirtschaft. Außerdem erhalten beide Staaten nach wie vor beträchtliche Summen an Entwicklungsgeldern aus den Vereinigten Staaten. Dieser Umstand verschärfte die unsichere Wirtschaftslage, zumal mögliche Sanktionen seitens der USA, deren Androhung als Druckmittel eingesetzt wurde, tatsächlich schwerwiegende wirtschaftliche Folgen gehabt hätten.

Wie jüngste Entwicklungen zeigen, unterscheiden sich Ecuador und Bolivien derzeit maßgeblich in ihrem bilateralen Verhältnis zu den USA. So zeichnet sich im Falle Boliviens eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ab, die vor allem auf die Initiative Barack Obamas zurückgeht. In naher Zukunft sollen Rahmenabkommen unterzeichnet werden, die zu neuen Wirtschaftsbündnissen zwischen den Staaten führen dürften. Sollten die entsprechenden Verträge, wie derzeit suggeriert wird, Bolivien tatsächlich erlauben, zumindest in Teilbereichen auf Augenhöhe mit den USA zu verhandeln, dann hätte das wirtschaftlich bislang schwächste Land Südamerikas tatsächlich einen wesentlichen Schritt in Richtung seiner Emanzipation als Kleinstaat getan. Aus Perspektive der Kleinstaatentheorie würde Bolivien nach Väyryns Definition seine wirtschaftliche Schwäche also auf Basis des Realpolitischen Ansatzes durch einen starken Bündnispartner kompensieren. Im Gegensatz zu früher, hat der Bündnispartner USA mittlerweile seinen unilateralen Ansatz zumindest teilweise zu einem bilateralen Zugang umgewandelt. Dies

bedeutet weniger direkte Fremdbestimmung und ist als Erfolg der bolivianischen Außenpolitik zu werten.

Was Ecuador betrifft, so werden aktuell immer mehr Stimmen laut, die betonen, dass das Land seine ehemalige Abhängigkeit von den USA gegenwärtig eintauscht gegen eine neue Abhängigkeit von Venezuela. Allerdings gilt es an dieser Stelle auch hervorzuheben, dass Ecuador wirtschaftlich zwar stärker ist als Bolivien, dessen Handlungsspielraum aber massiv durch die aktuelle Drogenproblematik eingeschränkt wird. Vor allem der Umstand, dass kolumbianische FARC-Rebellen zentrale Stützpunkte auf ecuadorianischem Staatsgebiet unterhalten, drängen das Land in eine strategisch höchst relevante Position für beide Parteien des Drogenkonflikts: Ecuador dient gezwungenermaßen als Austragungsort von Geiselnahmen und kriegesischen Auseinandersetzungen. Die skizzierte Bedrohung für den Frieden in der Region durch den illegalen Drogenhandel sowie den dagegen implementierten *Plan Colombia*, aber auch die unlängst erfolgte Stationierung von US-Streitkräften in Costa Rica tun ihr Übriges, um Ecuador daran zu hindern, sich als Kleinstaat zu emanzipieren und seine eigene Strategie zur Lösung des Drogenkonflikts zu entwickeln.

Literaturverzeichnis

Baker Fox, Annette. The Power of Small States: Diplomacy in World War II. Chicago: Univ. of Chiacago Press, 1959.

Bergfeld, Daniel. US-amerikanische Interessen in Bolivien. In: Jäger, Thomas. Bolivien: Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. S. 62-94

Boeckh, Andreas. Neoliberalismus und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika. In: Bendel, Petra und Michael Krennerich (Hsg.). Soziale Ungerechtigkeit: Analysen zu Lateinamerika. Frankfurt am Main: 2002. S. 137-153

Calderón, Fernando und Alicia Szmukler. La politica en las calles: Política, urbanización y desarrollo. La Paz: Plural, 2000.

Christmas-Moller, Wilhelm. Some Thoughts on the Scientific Applicability of the Small State Concept: A Research History and a Discussion. In: Otmar Höll (Hsg.). Small States in Europe and Dependence. Wien: Braumüller, 1983. S. 35-53

Effner, Henning. Die Andengemeinschaft: Scheitern eines Integrationsmodells? In: Bodemer, Klaus (Hsg.). Lateinamerika im internationalen System, Hamburg: VS Verlag, 2003. S 112

Gabbert, Karin. Länderbericht Ecuador. In: ders. Neue Optionen Lateinamerikanischer Politik: Jahrbuch Lateinamerika Nr. 29. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2005. S. 156-170

Gauhar, Altaf (Hsg.). Regional Integration: The Latin American Experience. London: MW Books, 1985.

Geser, Hans: Kleinstaaten im internationalen System. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 4/1992. S.42

Henzler, Herbert und Lothar Späth. Jenseits von Brüssel: Warum wir uns für die europäische Idee neu begeistern müssen. Econ, Berlin: 2001.

Hummer, Waldemar. Von der „Gemeinschaft“ zur „Union“ Südamerikanischer Staaten. In: Verfassung und Recht in Übersee Nr. 42/2009. S. 7-21

Husar, Jörg. Konfliktstoff Erdgas. In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 11/2005. Hamburg: Institut für Ibo-amerikakunde, 2005. S. 1-12

Isacson, Adam. The U.S. Military in the War on Drugs. In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. Drugs and Democracy in Latin America. London: Lynne Rienner Publishing. S. 15 -61

Ismar, Georg. Die Drogenproblematik in den US-amerikanischen Beziehungen am Beispiel der Drogenpolitik der USA gegenüber Bolivien. München: Grin Verlag, 2000. S. 133

Jäger, Thomas. Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

Keohan, Robert. Lilliputian's Dilemma: Small States in international relations. In: Ingebritsen, Christine. Small States in International Relations. Washington: Washington Univ. press. S. 55-77

Kernic, Franz und Walter Feichtinger. Transatlantische Beziehungen im Wandel. München: Nomos, 2006.

Kocher, Martin. Außenabhängigkeit und der öffentliche Sektor von Kleinstaaten. In: Eberhard Busek (Hsg). Der Kleinstaat als Akteur in den Internationalen Beziehungen. Vaduz: Liechtenstein Politische Schriften, 2004. S. 170-192

Kramer, Helmut. Kleinstaaten-Außenpolitik: Kleinstaatlichkeit im Europa der 90er Jahre. In: Waschkuhn, Arno (Hrsg). Kleinstaat: Grundsätzliche und allgemeine Probleme. Vaduz: Symposium des Liechtenstein-Instituts vom 26.- 28. September 1991. S. 249-260

Kreft, Heinrich. Ökonomische und politische Kooperation in Lateinamerika: Der Andenpakt. In: Das Parlament, No. B43/1990. S. 10

Lea, David und Colette Milward. A political Chronology of the Americas. Cornwall: Europa Publications Limited, 2001.

Ledbur, Kathryn. Bolivia: Clear Consequences. In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. Drugs and Democracy in Latin America. London: Lynne Rienner Publishing. S. 143 -185.

Lessmann, Robert. Drogenökonomie und internationale Politik: Die Auswirkungen der Anti-Drogenpolitik der USA auf Bolivien und Kolumbien. Frankfurt: Vervuert, 1996.

Lessmann, Robert. Amerikanisierung und Politisierung: Die auswärtige Drogenpolitik der USA. In: Rudolph, Peter (Hrsg.). Weltmacht ohne Gegner: Amerikanische Außenpolitik zu Beginn

des 20. Jahrhunderts. Baden-
Baden: Nomos, 2000. S. 355 - 356

Mittermayer, Maria. Drogengeschäft und Drogenkrieg: Politische Ökonomie der andinen Kokainproduktion und US-Drogenpolitik in Lateinamerika. Berlin: Peter Lang, 1998.

Mols, Manfred. Entstehungs- und Funktionsbedingungen eines lateinamerikanischen regionalen Subsystems. In: Lindenberg, Klaus(Hsg). Lateinamerika: Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1982. S. 180-194

Neild, Rachel. U.S. Police Assistance and Drug Control Policies. In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. Drugs and Democracy in Latin America. London: Lynne Rienner Publishing. S. 61-99

Piepenstock, Anne et al. Vom Musterland zum Volksaufstand. In: Gabbert, Karin (Hsg.). Medien und ihre Mittel: Jahrbuch Lateinamerika Nr. 28/2004. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2004. S. 149-160.

Ponce Leiva, Javier. Relaciones Ecuador-Estados Unidos en 25 años de democracia (1974-2004). Quito: Ágora, 2005.

Ponce Leiva, Javier. Emigración política exterior en Ecuador. Quito: Ágora, 2005.

UNODC . World Drug Report 2010. Wien: United Nations Publication, 2010.

Urioste, M. und A. Kallabis. Bolivien: Land in Gefahr? In: Entwicklung und Ländlicher Raum, Nr. 5/2005. S. 20-22

Rice, Roberta. Die Evolution indigener Politik in Bolivien. In: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr. 1/2006. S. 49-61

Rivera Velez Fredy. Ecuador: Untangling the Drug War. In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. Drugs and Democracy in Latin America. London: Lynne Rienner Publishing. S. 231-263

Schirm, Stefan. Kooperation in den Amerikas: NAFTA, MERCUSOR und die neue Dynamik regionaler Zusammenarbeit. Baden-Baden: Nomos, 1997.

Ströbele-Gregor, Juliana. Bolivien im Umbruch In: Gabbert, Karin (Hsg.). Rohstoffboom mit Risiken: Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte Nr. 31. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2007. S. 182-193

Vital, David. The survival of small States: Studies in Small Powers. In: Dahl, Robert und Edward Tufte. Size and Democracy. Stanford: Stanford Univ. Press, 1973.

Väyrynen, Raimo. Small states in different theoretical traditions of international relations research. In: Höll, Otmar (Hsg.). Small States in Europe and dependence. Wien: Braumüller, 1983.

Youngsters, Coletta. The collateral Damage of the U.S. War on Drugs: Conclusions and Recommendations. In: Youngsters, Coletta und Eileen Rosin. Drugs and Democracy in Latin America. London: Lynne Rienner Publishing. S. 339-375

Internetquellen

Auswärtiges Amt Deutschland (Stand: 13.09.2010). Beziehungen zwischen Bolivien und Deutschland <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Bolivien/Bilateral.html>>

Auswärtiges Amt Deutschland (Stand 13.09.2010). Beziehungen zwischen Ecuador und Deutschland <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Ecuador/Bilateral.html>>

Ashcroft, John (Stand: 12.09.2010). Prepared Remarks of Attorney General John Ashcroft: Press Conference 6 November 2002
<<http://www.justice.gov/archive/ag/speeches/2002/110602newsconferenceoperationwhite-terror.htm>>

Azzellini, Dario (Stand: 21.09.2010). Das kolumbianische Drogenbusiness: Unternehmensstrukturen einer Wachstumsbranche In: Lateinamerikanachrichten Nr. 333/2002
<<http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/1368.html>>

Berger, Timo (Stand: 12.09.2010). Wir wollen eine Beziehung auf Augenhöhe. In: Lateinamerikanachrichten Nr. 404/2008
<<http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/2695.html>>

Caldas Meyer, Enrico (Stand : 12.09.2010). Die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasreserven in Bolivien
<<http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-verstaatlichung-der-erdol-und-erdgasreserven-in-bolivien-19093.html>>

CIA World Factbook (Stand: 19.08.2010): Austria
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

CIA World Factbook (Stand: 19.08.2010): Bolivia
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

CIA World Factbook (Stand: 19.08.2010): Ecuador
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

CIA World Factbook (Stand: 19.08.2010): Switzerland
<https://www.cia.gov/library/publications/the-worldfactbook/geos/bl.html>>

CRS Report for Congress (Stand : 13.09.2010). Ecuador: Political and Economic Situation and US Realtions
<<http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA482614&Location=U2&doc=GetTRDoc.pdf>>

Elpais.com (Stand: 12.09.2010). La Junta ecuatoriana a la segunda ronda electoral
<http://www.elpais.com/articulo/internacional/ROLDOS_AGUILERA/_JAIME/ECUADOR/Junta/ecuatoriana/segunda/ronda/electoral/elpepiint/19780812elpepiint_19/Tes>

El Universo (Stand: 12.09.2010). Ayer se recordó el fallecimiento de Roldós y su esposa
<<http://www.eluniverso.com/2005/05/25/0001/8/8EDAF55BA57E4B8C8603D20C4A4B8EC3.html>>

Gehrke, Mirjam (Stand: 13.09.2010). Bolivien und Russland knüpfen Beziehungen <<http://www.dw-world.De/dw/article/0,,4036092,00.html>>

Golinger, Eva (Stand 09.07.2010). Massive Militärpräsenz der USA in Costa Rica
<<http://amerika21.de/analyse/3252/militramerikas>>

Kurtenbach, Sabine (Stand: 01.05.08). OAS: Vom Instrument der US-Politik zur demokratischen Sicherheits-gemeinschaft?
<http://www.km.bayern.de/blz/web/old_100111/kurtenbach.htm>

MercoPress (Stand 05.05.2010): Argentina with the Highest GDP Per Capita PPP in 2009 <<http://en.s.com/2010/05/05/argentina-with-the-highest-gdp-per-capita-ppp-in-2009>>

Quetzal (Stand: 12.09.2010). Lateinamerika: Gründung der Staatengemeinschaft CELC als Gegengewicht zur OAS<http://www.quetzal-leipzig.de/nachrichten/mexiko_/lateinamerika-gruendung-destaatengemeinschaft-celc-als-gegengewicht-zur-oas093.html>

Reuters (Stand: 27.09.2009). Gadaffi plant Nato des Südens
<<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,651561,00.html>>

Vieira, Constanze (Stand: 14.09.2010). 'There are no animals left'<<http://ipsnews.net/news.asp?idnews=38067>>

Voltairenet.org (Stand: 12.09.2010). Bolivia entrega sus misiles a Estados Unidos <<http://www.voltairenet.org/article134223.html#article134223>>

Zackel, Marc (Stand: 12.09.2010). Ausnahmezustand und Tote: Ex-Diktator Hugo Banzer greift wieder auf die Militärs zurück. In: Lateinamerikanachrichten Nr. 311/2002 <<http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/1758.html>>

Bildnachweis

Hinweis: Die Landkarten, die in der vorliegenden Arbeit verwendet werden, dienen lediglich als geographische Orientierungshilfe. Es wird kein Anspruch auf politische Korrektheit erhoben was Grenzziehungen und Ortsbezeichnungen betrifft.

Abb. 1 (siehe S. 6): Karte Südamerika
<<http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Suedamerikaklein.jpg&filetimestamp=2006120183429>>

Abb. 2 (siehe S.7): CIA World Factbook (Stand 19.08.2010): Bolivia
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

Abb. 3 (siehe S. 7): CIA World Factbook (Stand 19.08.2010): Ecuador
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ec.html>>

Abb. 4 (siehe S. 9): CIA Factbook: Ecuador(Stand: 19.08.2010), Bolivia
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

CIA World Factbook (Stand 19.08.2010): Ecuador
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

CIA World Factbook (Stand 19.08.2010): Austria
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

CIA World Factbook (Stand 19.08.2010): Switzerland
<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bl.html>>

Abb. 5 (siehe S. 19): Eigene Darstellung

Abb. 6 (siehe S. 20): Inhaltlich nach Hans Vogel, 1979

Abb. 7 (siehe S. 22): Eigene Darstellung

Abb. 8 (siehe S. 27): Struktur der Andengemeinschaft (Stand: 12.04.09)
<<http://www.comunidadandina.org/sai/quehtml>>

Abb. 9 (siehe S. 33): Historische Gebietsverluste Boliviens (Stand: 28.05.2010)
<http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/5/50/Bolivia_territorial_loss_map_LOC.jpg/300pxBolivia_territorial_loss_map_LOC.jpg>

Abb. 10 (siehe S. 46): Historische Gebietsverluste Ecuadors (Stand: 12.04.09)
<http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Geschichte_ecuadors.jpg>

Abb. 11 (siehe S. 56): Zeitleiste der politischen Ausrichtung der Regierungen in Südamerika (Stand: 25.04.09)
<http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_S%C3%BCdamerikas>

Abb. 12 (siehe S. 61): BIP 1820 bis 1998 (Stand: 16. April 2002)
<<http://www.eclac.org/publicaciones/xml/4/12284/lcg2175i.pdf>>

Abb. 13 (siehe S. 64): Annual prevalence of cocaine use among the population aged 12 and older. In: World Drug Report 2010. Wien: UN Pubilcation, 2010. S. 175

Abb. 14 (siehe S. 77): Beschlagnahmtes Kokain 2007 -2008 . In: World Drug Report 2010. Wien: UN Pubilcation, 2010, S. 166

Abb. 15 (siehe S. 78): Produktion frischer Koka-Blätter für Kokainherstellung (2004 – 2009). In: World Drug Report 2010. Wien: UN Pubilcation, 2010. S. 167

Abstract

Die erstmalige Anwendung der Kleinstaatentheorie an den Lateinamerikanischen Beispielen Bolivien und Ecuador zeigt anhand mehrerer Faktoren auf, dass diese Theorie auch außerhalb des europäischen Kontexts nützlich ist. Die theoretische Umlegung der Theorie in diese Region erfolgt durch die Analyse von Texten und Dokumenten, der Klassifizierung und dem Vergleich der behandelten Fallbeispiele als Kleinstaaten und einer Diskussion der Implikationen dieser Ergebnisse.

Die Aussagekräftigen Resultate zeigen eine deutliche Übereinstimmung der Kleinstaatentheorie in Europa und Lateinamerika mit einigen regionalen Besonderheiten. Aus der Analyse der außen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen geht hervor, dass die politische Neuorientierung beider Länder, im begrenzten Maße zu einem neuen Auftreten in den internationalen Beziehungen geführt hat. Folglich ist es Kleinstaaten, wie Bolivien oder Ecuador, möglich ihren außenpolitischen Handlungsspielraum zumindest bedingt zu vergrößern.

As previous research by Värynen and Geser has shown, there are several external strategies, by which so-called 'small states' manage to maintain their political independence. So far, the respective Small State Theory has only been used to characterize the external strategies of European small states such as Switzerland, Estonia, Latvia or Lithuania. This paper will therefore show that the principles of the small state theory are also applicable to the Latin American states Bolivia and Ecuador. This thesis argues that Bolivia and Ecuador can be characterised as small states according to the theoretical principles of Värynen and Geser. In order to extend their degree of independence from the US, it is efficient for the two states to form regional and international alliances in both the military and the economic sphere. However, the extent to which Bolivia and Ecuador will finally be able to distance themselves from the United States remains speculative and can therefore only be discussed hypothetically.

Curriculum vitae

Berufserfahrung

Seit 9/2009

Referent des österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums

Schuljahr 2010/11 – Referent im Auftrag des österreichischen Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Organisation und Umsetzung der Wanderausstellung „*Auch du bist gut versichert*“. 200 Vorträge an österreichischen Hauptschulen und Gymnasien über das österreichische Sozialversicherungssystem.

Schuljahr 2009/10 – Referent im Auftrag des österreichischen Parlaments, Organisation und Umsetzung der Wanderausstellung „*Demokratie hat Geschichte*“. 400 Vorträge an österreichischen Gymnasien über die Demokratieentwicklung in Österreich von 1848 bis in die Gegenwart.

Februar 2010 – 15 Vorträge über die Geschichte und Entwicklung der österreichischen Demokratie an den slowakischen Universitäten Kosice, Nitra, Presov, Banska Bystrica und Bratislava, im Auftrag des österreichischen Nationalrats.

Sommer 2009

DaF-Kurs Leiter

Hauptverantwortliche Leitung eines Sprachcamps für italienische Schüler in Nordrhein-Westfalen – sechs Wochen mit 300 Schülern.

Organisation der DaF-Kurse und Organisation des gesamten Aufenthaltes: Exkursionen mit hundert Schülern mehrmals wöchentlich nach Köln, Osnabrück, Münster und Bielefeld (Anreise mit Bussen, kulturelles Sightseeing mit DaF Vorträgen, Verpflegung der SchülerInnen)

2006/2007

Englisch- und Gastronomie-Lehrer in Peru

Im Zuge zweier Auslandssemester in Iquitos (Peru) Unterricht als Englisch- und Gastronomielehrer, insgesamt im Ausmaß von 200 Unterrichtseinheiten.

2004-2006

Redaktionsassistent in der Austria Presse Agentur – APA

Neben dem Studium der Politikwissenschaft eingesetzt in allen Bereichen der Redaktion als

Assistenzkraft.

2001/2002

Zwei Saisonen Arbeit als Souschef (Küchenchef-Stellvertreter)

Angestellt als Souschef in Mayerhofen und Wien

2000/2001

Auslandszivildienst – Hospital Santa Isabel, San Ignacio de Velasco – Bolivien

Pflege von bis zu 15 unterernährten Kindern im Turnus Tag und Nacht. Schulung des Personals der Hospitalskantine. Selbst organisierter, erfolgreicher Spendenaufruf über österreichische Zeitungen.

1999/2000

Vier Saisonen Arbeit als Chef de Partie (PostenchefGroßküche)

Angestellt als Postenchef in vier verschiedenen Großküchen in Tirol.

1996/1999

Kochlehre in Sölden

In Fünfsterne-Hotel erfolgreich absolvierte Kochlehre

Berufsausbildung

1996/1999

Kochlehre in Sölden

2002/2003

Berufsreifeprüfung in Wien

Fachbereich Kinderpädagogik und Kinderpsychologie

2003-2012

Diplomstudium der Politikwissenschaft an der Hauptuniversität Wien

2006/2007

Auslandsstudium in Iquitos Peru

Hauptsächlich Kurse der Kommunikationswissenschaft

Herbst 2009

Schulung zum Referenten des österreichischen Parlaments

Sechswöchige Ausbildung zum Parlamentsreferenten im österreichischen Parlament